

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

44/2010 · 1. November 2010



Extremismus

Gero Neugebauer

Zur Strukturierung der politischen Realität

Matthias Mletzko

Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen

Ulrich Dovermann · Eren Güvercin

„Auf Fragen von Extremisten reagieren können“

Jan Schedler

„Autonome Nationalisten“

Roland Eckert

Kulturelle Homogenität und aggressive Intoleranz

Karin Priester

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa

Syed Mansoob Murshed · Sara Pavan · Matenia Sirseloudi

Radikalisierung von europäischen Muslimen: Zwei Ansätze

Editorial

Im Verfassungsschutzbericht 2009 heißt es: „Extremismus und Terrorismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sind für den demokratischen Rechtsstaat eine stete Herausforderung. Die umfassende Bekämpfung aller Formen des politischen Extremismus ist daher ein wesentlicher Schwerpunkt der Innenpolitik und dient zugleich der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.“ Für Maßnahmen gegen politischen Extremismus stehen ab 2011 jährlich 25 Millionen Euro zur Verfügung.

Was unter den Begriff des politischen Extremismus fällt, ist politisch und wissenschaftlich umstritten. Kritiker werfen ein, der Begriff sei analytisch unscharf und relativiere die Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht. Unbestritten ist dagegen, dass sich eine wehrhafte Demokratie gegen Bedrohungen des Verfassungsstaats schützen muss. Sie ist darauf angewiesen, das Gefährdungspotenzial demokratiefeindlicher Bestrebungen zu erkennen. Dazu braucht es Analysekatégorien und Begrifflichkeiten, die von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden.

Antidemokratische Reflexe zeigen sich vor allem in Krisenzeiten: Das Gefühl sozialer Ausgrenzung, zunehmende persönliche Unzufriedenheit und die Wahrnehmung, über keine wirksamen politischen Einflussmöglichkeiten zu verfügen, fordern Abwehrreaktionen heraus, fördern gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die Ablehnung der herrschenden Ordnung. Laut einer aktuellen Studie sind quer durch das politische Spektrum offenbar fast ein Drittel der Befragten der Meinung, dass Ausländer die Sozialsysteme ausnutzten und knapp ein Viertel davon überzeugt, dass der „Einfluss der Juden“ zu groß sei. Demokratiegefährdende Bestreben beschränken sich nicht auf die „Ränder“ der Gesellschaft. Solange in einem deutschen Landesparlament Abgeordnete in vollem geistigen Bewusstsein ihre provozierenden Redebeiträge mit „Wir Nationalsozialisten wollen“ garnieren, gilt es, noch mehr in das „Engagement für Demokratie und Toleranz in Deutschland“ zu investieren.

Asiye Öztürk

Gero Neugebauer

Einfach war gestern. Zur Strukturierung der politischen Realität in einer modernen Gesellschaft

Essay

Unmittelbar nach dem Passus über Zuverlässigkeitsüberprüfungen von Privatpiloten erklären die Regierungsparteien im aktuellen Koalitions-

Gero Neugebauer

Dr. rer. pol., geb. 1941;
Politologe am Otto-Stammer-
Zentrum, FU Berlin,
Ihnestraße 26, 14195 Berlin.
gerosofo@zedat.fu-berlin.de

vertrag, sie wollten gewalttätige und extremistische Formen der politischen Auseinandersetzung nicht hinnehmen und „Extremismen jeder Art,

seien es Links- oder Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Islamismus“, entgegentreten, um die „Grundwerte der pluralen Gesellschaft, insbesondere die freie Entfaltung der Person, Meinungs-, Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit“ als konstitutive Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung „zu schützen und zu verteidigen“.¶ In einem Koalitionsvertrag muss Extremismus nicht erklärt werden, da davon ausgegangen wird, dass der Begriff im öffentlichen politischen Diskurs besetzt ist. Zur Begrifflichkeit tragen Berichte über Polizisten, die aus Demonstrationen heraus mit Sprengkörpern „Marke Eigenbau“ beworfen werden, ebenso bei wie Bilder randalierender rechtsextremistischer Demonstranten oder Mutmaßungen über Jugendliche islamischen Glaubens, die als Anhänger einer radikalen Richtung des Islam wie des militanten Salafismus als potenzielle islamistische Terroristen gelten.¶ Wenn dann ein oberstes Gericht dem Verfassungsschutz bestätigt, dass der Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke in Thüringen Bodo Ramelow öffentlich beobachtet werden darf, weil es in dessen Partei organisierten politischen Extremismus gäbe, dann verfestigt sich der Eindruck, dass „politischer Extremismus“ einen Feind bezeich-

net, gegen den angegangen werden muss, weil sonst die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigt werden würde.

Kann dieser Begriff deshalb tabuisiert werden – oder ist er nicht doch entbehrlich? Offensichtlich ist Extremismus im politischen Kontext ein eindeutig interessengeleiteter Begriff zur Auseinandersetzung mit diversen politischen Phänomenen. Ist er das als sozialwissenschaftlicher Begriff auch? Ist politischer Extremismus als Schnittmenge aller Extremismen die Grundlage dafür, eine Identität von sogenannten linken und rechten Extremismen zu behaupten? Politisch motivierte Gewaltausübung gegen Sachen wie gegen Personen kann nicht akzeptiert werden. Was jedoch haben sowohl polemische bis abfällige Äußerungen über die Verfassung als auch gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Anhängern verschiedener politischer Richtungen mit der Gefährdung der Demokratie zu tun? Werden dadurch nicht strafrechtlich zu verfolgende Taten zu politischen aufgewertet und damit das Selbstverständnis der jeweiligen Akteure bedient?

Extremismusbegriff

Extremismus geht auf „extremus“ und „extremitas“ zurück. Ersteres bedeutet äußerst, entferntest, aber auch der ärgste, gefährlichste; letzteres bedeutet der äußerste Punkt, Rand. Eine Position gilt als umso extremer, je weiter entfernt sie von einer – ideellen – Mitte ist. In jeder Gesellschaft gibt es individuelle extreme Positionen, doch als politisch extremistisch gelten im politischen Kontext solche, die sich – als politische Strömungen – an den Rändern des politischen Spektrums befinden oder sich in diese Richtung bewegen.¶ Diese Vorstellung basiert auf der Annahme, dass das politische Spektrum einer Gesellschaft linear auf einer eindimensionalen Recht-Links-Achse abgebildet werden kann.¶

¶ Vgl. Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, online: www.csu.de/dateien/partei/beschluesse/091026_koalitionsvertrag.pdf (10.10.2010), S. 99f.

¶ Vgl. Berliner Morgenpost vom 16. 6. 2010 und vom 30. 8. 2010.

¶ Vgl. Petra Brendel, Extremismus, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.), Lexikon der Politikwissenschaft, München 2002², S. 222.

¶ Vgl. das Extremismusmodell bei Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2007², S. 19.

Zwar ordnen bei Befragungen Wähler sowohl sich selbst als auch die Parteien nach diesem Schema ein,[¶] aber damit sind die Probleme dieses Modells nicht gelöst. Es wird der Komplexität der Gesellschaft nicht gerecht, da es statisch ist und mit der Reduktion auf „rechts“ und „links“ die Konfliktstruktur der Gesellschaft nur bedingt widerspiegelt. Politischer Extremismus wird nicht in der Mitte der Gesellschaft, sondern als Randphänomen verortet und die – tatsächlich oder vermeintlich – von ihm ausgehende Bedrohung für den Kern der Verfassungsordnung zu seinem Alleinstellungsmerkmal gemacht. Zudem wird nicht deutlich, nach welchen Kriterien die Übergänge zwischen der jeweiligen extremen Position und der Mitte bestimmt werden, wie also im rechten Spektrum die Positionen zwischen den beiden Extremen „Mitte“ und „rechter Rand“ verortet werden und wie sich der Übergang zu radikalen und weiter zu extremen Positionen vollzieht. Denn die Mitte wird selbst zur extremen Position, wenn auf der Achse die beiden Teilspektren links und rechts abgetragen werden.

Wer sich als Mitte definiert, erhebt zugleich den Anspruch, diese und damit zugleich die Mehrheit zu repräsentieren. Ob diese Mitte oder Mehrheit tatsächlich „gut“ ist, kann bezweifelt werden. Denn auch sie können zu extremen Positionen tendieren: „Fühlt die Mehrheit sich gefährdet, ist sie bereit, alle Vernunft und Gesetzlichkeit über Bord zu werfen, wie die Akzeptanz des Nationalsozialismus zeigt.“[¶] Schließlich ist der Nationalsozialismus aus der Mitte der deutschen Gesellschaft heraus groß geworden, und auch heute entspringt der Rechtsextremismus zum Teil der Mitte der Gesellschaft, das heißt dem Ort, an welchem die sind, die durch Verunsicherung, Zukunftsangst und Orientierungsprobleme veranlasst sind, sich rechtsextremistischen Deutungs- und Problemlösungsangeboten zu öffnen.

Politischer Extremismus ist kein Sammelbegriff für alle extremen Positionen im politischen Spektrum. Eine Partei mit strikter

marktliberaler Orientierung, die allein dem Markt die Regelung letztlich auch der gesellschaftlichen Verhältnisse überlassen will, gilt keineswegs als politisch extrem, selbst wenn in diesem Fall die Politik faktisch durch die Ökonomie dominiert wird. Als extremistisch gelten explizit die Positionen im Links-Rechts-Spektrum, denen unterstellt wird, dass sie sich programmatisch wie auch rhetorisch gegen den „demokratischen Verfassungsstaat“ richten.[¶] Diese Auffassung wird durch das Konzept der „wehrhaften“ oder „streitbaren“ Demokratie legitimiert. Der Staatsrechtler Carlo Schmid hatte 1946 bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates über das Grundgesetz gefragt, ob Freiheit und Gleichheit „auch denen eingeräumt werden (sollen), deren Streben ausschließlich darauf geht, nach der Ergriffung der Macht die Freiheit selbst auszurotten“. Seine Antwort war, dass dann, wenn man den Mut habe zu glauben, dass die Demokratie „etwas für die Würde des Menschen Notwendiges sei“, auch „den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen (muss), die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen“.[¶]⁸ Diese Haltung wurde von den Erfahrungen der Weimarer Republik, der entstehenden Blockkonfrontation, der Existenz einer politisch aktiven kommunistischen Partei und Zweifeln an der Akzeptanz der von den Besatzungsmächten initiierten Entwicklung zur Demokratie geprägt.

Verfassungswidrigkeit als Kriterium

1952 definierte das Bundesverfassungsgericht im Verbotsurteil zur neonationalsozialistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) acht Prinzipien als Kern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese sind Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der Parteien einschließlich Oppositionsfreiheit.[¶] 1956 verbot das Bundesverfassungsgericht die Kommu-

¶ Vgl. ARD-Deutschlandtrend, Februar 2008, online: www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0802.pdf (20.9.2010).

¶ Eberhard Tiefensee, Extremismus aus philosophischer Sicht, Erfurt 2001, online: www.extremismus.com/texte/philex.htm (20.9.2010).

¶ „Der politische Extremismus (...) zeichnet sich dadurch aus, dass er den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt und beseitigen will.“ Eckhart Jesse, Extremismus, Bonn 2003, online: www.bpb.de/wissen/04533837686809612704313150200958,0,0,Extremismus.html (20.9.2010).

¶⁸ Zit. nach: R. Stöss (Anm. 4), S. 15.

¶ Vgl. ebd., S. 16.

nistische Partei Deutschlands (KPD) und führte aus, dass eine Partei nicht bereits „dann verfassungswidrig ist, wenn sie diese obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, sie ablehnt, ihnen andere entgegensetzt. Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen, sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen“.¹⁰ Das zentrale Kriterium für das Verbot der Parteien war wie in den Diskussionen um ein Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) die Verfassungswidrigkeit. Von rechtsextremistisch oder linksextremistisch war nicht die Rede.

Bis 1973 wurde amtlich nicht von politischem Extremismus, sondern von Rechtsbeziehungsweise Linksradikalismus geredet. Der Wechsel wurde damit begründet, dass der Begriff „extremistisch“ der Tatsache Rechnung trage, „dass politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine bestimmte nach allgemeinem Sprachgebrauch ‚radikale‘, das heißt eine bis an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben“.¹¹ In der Politik und in der Publizistik galt der Begriff bis in die 1980er Jahre „für Ideologie und Praxis von politischen Akteuren“. Dazu zählten Parteien, Parteipolitiker und Publizisten, welche „die politisch-rechtliche Grundordnung verändern wollten“.¹²

Bis heute wird die Fortgeltung der Formel der „wehrhaften Demokratie“ erklärt, obwohl die Demokratie in Deutschland insgesamt als stabil gilt.¹³ So konnte es dem Bun-

¹⁰ Ebd., S. 17.

¹¹ So der damalige Bundesinnenminister Werner Maihofer im Vorwort des Verfassungsschutzberichts von 1974, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern (BMI), Bonn 1975.

¹² Andreas Klärner/Michael Kohlstruck, Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in: dies. (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 17.

¹³ Die Stabilität ist sowohl durch mangelnde Angebote für demokratische Partizipation als auch durch die Zunahme von Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus gefährdet. Vgl. Oliver Decker et al., *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*, Berlin 2010, S. 152, S. 140.

desverfassungsgericht 2005 leicht fallen, zu bestätigen, dass die „bloße Kritik an Verfassungswerten und Verfassungsgrundsätzen nicht als Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzuschätzen (ist), wohl aber darüber hinausgehende Aktivitäten zu deren Beseitigung“.¹⁴ Selbst Kritik an der Verfassung und ihren wesentlichen Elementen sei ebenso erlaubt wie die „Äußerung der Forderung, tragende Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu ändern“.¹⁵ Politischer Extremismus ist also kein Rechtsbegriff. Er wird im politischen Diskurs als Kampfbegriff zur Charakterisierung bestimmter politischer Kräfte gebraucht. Im Kontext der Arbeit des Verfassungsschutzes fungiert er als Sammelbezeichnung für Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder gerichtet sind oder darauf abzielen, die Amtsführung der Verfassungsorgane oder ihrer Mitglieder in Bund und in den Ländern auf ungesetzliche Weise zu beeinträchtigen.

Amtlicher versus wissenschaftlicher Extremismusbegriff

Der amtliche Begriff ist nicht der der Sozialwissenschaften. In politikwissenschaftlichen Lexika bezeichnet Extremismus „politische Einstellungs- und Verhaltensmuster, die auf der für die Operationalisierung politischer Orientierungen üblichen Rechts-Links-Skala an den äußeren Polen (...) angesiedelt“ sind.¹⁶ Es wird versucht, nach Zielen und Werten oder nach Mitteln und Normen zu unterscheiden. Dabei wird offen gelassen, ob mit diesen Positionen zugleich die „völlige Ablehnung“ der existierenden politischen und sozialen Ordnung verbunden ist.¹⁷ Forscher, die sich auf den amtlichen Extremismusbegriff stützen, haben ein strikt normatives Verständnis von der Gesellschaft und ihrer politischen Verfasstheit, weshalb sie per se unterstellen, dass Vertreter extremistischer Positionen die gegebene Ordnung beseitigen wollen. Oft wird

¹⁴ Leitsätze zu dem Beschluss des Ersten Senats vom 24.5.2005, Randziffer 70, online: www.bverfg.de/entscheidungen/rs20050524_1bvr107201.html (20.9.2010).

¹⁵ Ebd., Randziffer 72.

¹⁶ Everhard Holtmann et al. (Hrsg.), *Politiklexikon*, München–Wien 1994², S. 165.

¹⁷ Vgl. P. Brendel (Anm. 3).

davon ausgegangen, dass der Wortlaut eines Programms die politische Praxis der Partei determiniert.¹⁸ Interesse an der Erforschung der unterschiedlichen Ursachen für das Entstehen beispielsweise rechtsextremer Einstellungen sowie an den Voraussetzungen ihrer Umsetzung in politisches Handeln ist oft kaum erkennbar. Doch weil es in den Sozialwissenschaften um die Analyse von gesellschaftlichen und politischen Sachverhalten geht, muss ein wissenschaftlicher Arbeitsbegriff so operationalisiert werden können, dass er sowohl zur Analyse von gesellschaftlichen und politischen Phänomenen als auch zur Entwicklung von Strategien zur politischen Auseinandersetzung taugt. Das kann ein solch normativ bestimmter Ansatz nur bedingt leisten.

Die Wissenschaft folgt auch nicht der Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus unter dem Oberbegriff des politischen Extremismus. Zum einen, weil keine Identitäten behauptet werden sollen und zum anderen, weil Rechtsextremismus ein eigener und Linksextremismus kein eigener Forschungsgegenstand ist. Bereits die amtlichen Definitionen von Rechts- wie von Linksextremismus zeigen beachtliche Differenzen. Rechtsextremismus wird als „Weltbild“ definiert, das „von nationalistischen und rassistischen Anschauungen geprägt (wird). Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen“.¹⁹ Rechtsextremisten wollen ein durch einen Führer angeführtes autoritäres politisches System, in dem das ethnisch homogene Volk mit dem Staat zur Volksgemeinschaft verschmilzt. Parlamentarische Kontrolle wie politische Opposition seien überflüssig, denn der oder die Führer würden nach dem von ihnen repräsentierten vermeintlich einheitlichen Willen des Volkes handeln.²⁰

Der Linksextremismus will zwar auch die bestehende Ordnung abschaffen, aber damit hat die Gemeinsamkeit der Ziele ein Ende. Linksextremisten richten ihr politisches Handeln

an „revolutionär-marxistischen“ oder anarchistischen Vorstellungen aus und streben „ein sozialistisches bzw. kommunistisches System oder eine ‚herrschaftsfreie‘ anarchistische Gesellschaft an“.²¹ Während der Rechtsextremismus sich in verschiedene nationalistische und anders geprägte Strömungen ausdifferenzierte, organisierte sich der Linksextremismus, in dem besonders die gewaltbereiten Linksextremisten auffällig seien, in unterschiedlichen Aktionsfeldern: „Antirepression“, „Antimilitarismus“ und „Antifaschismus“. Die „Antifaschismusarbeit“ zielt dabei vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen ab, das eigentliche Ziel sei es, „die freiheitliche demokratische Grundordnung zu überwinden, um die dem ‚kapitalistischen System‘ angeblich innewohnenden Wurzeln des Faschismus zu beseitigen“.²² Trotzdem sich Autonome (vereinzelt) um klare politische Positionen bemühen, sei das autonome Selbstverständnis von der Vorstellung eines freien, selbstbestimmten Lebens innerhalb „herrschaftsfreier Räume („Autonomie“)²³ geprägt.“²³ Als Vertreter dieser sozialen Bewegung werden die „Traditionellen Anarchisten“ dem linksextremen Spektrum zugeschlagen.²⁴

Dass Autonome, Anarchisten und Kommunisten unter einem Begriff subsumiert werden, was sowohl weder die einen noch die anderen akzeptieren würden, ist eine der Schwierigkeiten, die Systematik der Kategorie „Linksextremismus“ zu verstehen. Zudem bevorzugen Kommunisten in der Regel hierarchische und nicht selten auch autoritäre Strukturen. Den Autonomen sind sie zuwider; ihr Ziel ist Herrschaftslosigkeit. Sie bilden keine Parteistrukturen und sind Marxisten-Leninisten, Trotzisten und insbesondere Stalinisten äußerst suspekt. Autonome, die sich nicht als „Gesetzlose“ stilisieren, sondern in die Tradition des Anarchismus als soziale Bewegung stellen,²⁵ können ihre „autonomen Räume“ nur in pluralistischen demokratischen Systemen entfalten. Denn nur diese bieten die rechtlichen als auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie Schutz der individuellen Rechte und – mit einiger Wahrscheinlichkeit – gesellschaftliche

¹⁸ Programme werden erst durch ihre Interpretation wirksam, wenn sie zur Begründung der religiösen oder politischen Praxis durch die entsprechenden Akteure als Anleitung zum Handeln ausgelegt werden.

¹⁹ BMI (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Vorabfassung, Berlin 2010, S. 49, online: www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2009.pdf (20.9.2010).

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Ebd., S. 126.

²² Ebd.

²³ Ebd., S. 133 f.

²⁴ Vgl. ebd., S. 150.

²⁵ Vgl. Peter Lösche, Anarchismus, in: D. Nohlen/R.-O. Schultze (Anm. 3), S. 19f.

Toleranz. Manche gewalttätigen Aktivisten, die als „Autonome“ zur linken Szene gezählt werden (dank dieser Tatsache brauchen sie nicht den Nachweis zu führen, dass sie überhaupt links sind), sehen sich vielleicht in der historischen Nachfolge anarchistischer Gewalttäter. Dass dieses „organisierungs- und hierarchiefeindliche radikale linksextremistische Spektrum“²⁶ politische Aktivitäten mit dem Ziel des gewaltsamen Umsturzes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entfalten könnte, erstaunt. Die der Szene zurechenbaren gewalttätigen Aktionen, dies haben sie mit gewaltbereiten und -tätigen Rechtsextremen gemein, sind deshalb nicht zu relativieren, könnten jedoch primär ein Problem der öffentlichen Sicherheit und ein strafrechtliches sein.

In den empirischen Sozialwissenschaften gibt es eine etablierte und differenzierte Rechtsextremismusforschung. Rechtsextremismus ist nach der Definition von Richard Stöss „kurz gesagt (...) völkische(r) Nationalismus“.²⁷ Nach Hans-Gerd Jaschke bezeichnet Rechtsextremismus „die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität der Völker verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“.²⁸ Dieser Begriff orientiert sich nicht an amtlichen Bedrohungsszenarien, summiert die unterschiedlichen Ansätze sowie relevante, die Forschung leitende Fragen über den Rechtsextremismus und weist auf dessen unterschiedliche Dimensionen – Einstellungen und Verhalten – sowie deren Inhalte – von Nationalismus bis Sexismus sowie von Protest bis zum Terror – hin.

Ähnlich konzise Definitionen eines Linksextremismus liefert die sozialwissenschaftliche

²⁶ BMI (Anm. 19), S. 149.

²⁷ Richard Stöss, Neuere Entwicklungstendenzen des Rechtsextremismus in Deutschland, in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 21 (2010) 2, S. 117.

²⁸ Hans-Gerd-Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe Positionen – Praxisfelder, Opladen 2001, S. 30.

Forschung nicht. Sie befasst sich primär mit politikwissenschaftlichen, historischen Ansätzen und empirischen sozialwissenschaftlichen Methoden mit Revolutions-, Kommunismus-, Bewegungs- und Anarchismusforschung,²⁹ jedoch nicht mit Linksextremismus als eigenem Forschungsgegenstand. Das Verständnis von Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft führt dazu, die Faktoren zu erforschen, die die Demokratie stärken – und bei der Erforschung jener, die sie schwächen, sich auf den Rechtsextremismus zu konzentrieren.

Auch hinsichtlich der Gemeinsamkeiten der „Extremismen“ werden wesentliche Differenzen zwischen dem amtlichen und dem wissenschaftlichen Extremismusbegriff sichtbar: Einerseits handele es sich um gänzlich unterschiedliche Phänomene, andererseits seien sie in Bezug auf ihre politischen Ziele, ihre Mittel und ihre Organisationsstrukturen ähnlich.³⁰ Wenn Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten zwischen rechts- und linksextremistischen Positionen auftauchen, dann in dem Punkt, der die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bei beiden Parteiverboten bestimmt hat: Demokratiefeindlichkeit. Politischer Extremismus als System findet sich im rechtsextremistischen Führerstaat und der Ideologie des völkischen Nationalismus; bei Linksextremisten findet er sich bei den Anhängern der Diktatur des Proletariats als politische Form der Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Protagonisten des nationalsozialistischen Regimes wie auch der stalinistischen Diktatur weichen mit ihrer Orientierung an der Vergangenheit einer adäquaten Auseinandersetzung mit den Problemen der Gegenwart und Zukunft aus.³¹

Die unterschiedlichen Dimensionen des Begriffs sowie Zweifel an seiner Angemessenheit tragen dazu bei, dass er infrage gestellt wird. So wird beklagt, dass der Extremismusansatz die Gewaltorientierung von nazistischen Organisationen unter dem „Zerrbild der Auseinandersetzung zwischen linken und rechten

²⁹ Vgl. Gero Neugebauer, Extremismus-Linksextremismus-Rechtsextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 24ff.

³⁰ Vgl. P. Brendel (Anm. 3).

³¹ Vgl. BMI (Hrsg.), Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin 2009, S. 63.

Jugendgruppen“ verschleiert; dass er keine Klarheit über die Relevanz verschiedener antidemokratischer Einstellungen schafft; dass er den Blick für die reale Gefährdung der staatlichen Institutionen wie der demokratischen Alltagskultur trübt und dass er wenig hilfreich sei für die Auseinandersetzung „mit antidemokratischen und menschenfeindlichen Einstellungen“.¹² Daher spricht etliches für eine Überprüfung, da die damaligen Voraussetzungen für das Konzept der „wehrhaften Demokratie“ zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit und dem Ende der Blockkonfrontation nicht mehr existieren. Laut Bundesverfassungsgericht verträgt eine gefestigte Demokratie durchaus Kritik und begreift sie nicht als Gefährdung ihrer Existenz. Die repräsentative Demokratie erweitert durch Volksabstimmungen und Volksentscheide die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger. Wahlenthaltung wird nicht als Bekenntnis gegen die demokratische Ordnung, sondern unter anderem als Kritik an deren Leistungsfähigkeit gewertet.

Neue politische Konfliktkonstellationen

Darüber hinaus hat der soziale Wandel zu einer neuen Struktur der gesellschaftlichen Konflikte geführt. Mit der alten Industriegesellschaft hat sich zugleich das Zeitalter der Klassenkämpfe aus der politischen Organisation der Gesellschaft weitgehend verabschiedet. Die Konfliktstruktur der nachindustriellen Gesellschaft ist nicht mehr durch den Konflikt von Arbeit (Sozialismus) und Kapital (Kapitalismus) gekennzeichnet, sondern durch gegensätzliche Wertvorstellungen oder politische Ziele. Die maßgebliche politische Konfliktkonstellation verläuft nicht zwischen rechts und links, sondern zwischen einer sozial-libertären und einer neoliberal-autoritären Politikkonzeption. Der alte Klassenkonflikt wurde abgelöst durch einen Konflikt zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Grundüberzeugungen, also einen Wertekonflikt, in dem

¹² Als weiteres Beispiel wird auch die Behauptung genannt, dass „Verschwörungstheorien, Utopismus und Absolutheitsanspruch“ nur Merkmale des Extremismus wären, obwohl sie in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden sind. Vgl. Grit Hanneforth/Michael Nattke/Stefan Schönfelder, Einführung, in: Kulturbüro Sachsen et al. (Hrsg.), Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen, Dresden 2010, S. 7.

sich die jeweiligen Ziele nicht grundsätzlich ausschließen: Bei Befragungen zeigt es sich, dass Personen, die sich als „links“ einstufen, sozial und libertär eingestellt sind, während Personen, die sich als „rechts“ bezeichnen, zwar betont autoritär disponiert sind, aber zugleich auch soziale Gerechtigkeit anstreben. Auf der politischen Achse stehen sich Libertarismus (Links) und Autoritarismus (Rechts) gegenüber, das heißt einerseits libertäre postmaterialistische Werte (wie direkte Demokratie, Ökologie, Gleichberechtigung der Geschlechter, Multikulturalität) und andererseits autoritäre Werte (wie nach innen und außen starker Nationalstaat, Patriotismus, Sicherheit und Ordnung). Es kann durchaus zu Wertesynthesen kommen, also jemand für Verteilungsgerechtigkeit und zugleich für Leistungsdenken sein, oder im Umweltbereich libertäre, in Fragen der inneren Sicherheit jedoch autoritäre Positionen vertreten. Das entspricht den komplexen Denkmustern und Wertorientierungen der Menschen in modernen Gesellschaften, die sich geschlossenen Ideologien entziehen.

Somit wird durch die Veränderung der Konfliktstruktur in der Folge des sozialen Wandels die Bedeutung der Begriffe „rechts“ und „links“ zur Strukturierung der politischen Realität erheblich eingeschränkt. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass in der Bevölkerung sehr unterschiedliche Vorstellungen über deren Bedeutung bestehen. Wer sich als „rechts“ oder als „links“ einstuft, folgt bestimmten sozio-politischen Orientierungen. Sie beziehen sich auf Persönlichkeitseigenschaften (wie Autoritarismus, Selbstbewusstsein), auf Wertorientierungen und Einstellungen zu den politischen oder sozialen Verhältnissen in der Bundesrepublik. Dabei kontrastieren zwei Grundmuster: demokratische versus autoritäre Überzeugungen.

Demokratische Überzeugungen sind eine Kombination aus politischem Selbstbewusstsein, freiheitlichen libertären Werten und demokratischen Einstellungen. „Links“ ist jemand, der von der Demokratie als System überzeugt ist und dieses mit einem libertären Selbstverständnis verknüpft sowie ein Bedürfnis nach politischer Partizipation hat. Bei autoritären Überzeugungen verbinden sich autoritäre Persönlichkeitsmerkmale, autoritäre Werte und restriktive Demokratievorstellungen. Von dieser „rechten“ Position aus können diejenigen anfällig für Rechtsextre-

mismus werden, die diese Überzeugungen mit Unzufriedenheit über wirtschaftliche, soziale und/oder politische Verhältnisse verknüpfen. Es dürfte traditionelle Linke, die kapitalismuskritisch oder gar antikapitalistisch eingestellt sind und sich einen starken Staat wünschen, durchaus irritieren, wenn sie plötzlich feststellen müssen, dass beide Positionen auch von Rechten eingenommen werden.

„Politischer Extremismus“ ade?

Angesichts dieser Komplexität ist ein Begriff wie politischer Extremismus für die Wissenschaft unterkomplex und als Arbeitsbegriff ungeeignet. Es geht vielmehr darum, die weiteren Auswirkungen des fortschreitenden sozialen Wandels auf politische Einstellungen und Orientierungen angemessen zu analysieren. Die Verwendung des Begriffs durch den und im Umfeld des Verfassungsschutzes signalisiert, dass er sich nur zögerlich den Herausforderungen stellt, die von der inzwischen erreichten Kompliziertheit politischer Strukturen, von der Komplexität politischen Denkens und von den veränderten Rahmenbedingungen politischen Handelns ausgehen. Die Missbilligung eines Verfassungsgrundsatzes ist weder ein strafrechtlicher Tatbestand noch Ausdruck politischen Extremismus. Sachbeschädigungen, Gewalttätigkeiten oder Körperverletzungen durch angeblich oder tatsächlich politisch motivierte Akteure sind strafrechtliche Tatbestände, die vom polizeilichen Staatsschutz untersucht werden und für die im Fall einer Verurteilung kein Tatbestandsmerkmal eines politischen Extremismus konstruiert wird. Daher könnte überlegt werden, ob der Begriff nicht hinfällig geworden ist. Denn letztlich soll der amtliche Verfassungsschutz nicht einen begrifflich unscharfen politischen Extremismus bekämpfen, sondern organisierte Aktivitäten, durch die die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigt oder in ihrer Funktion beeinträchtigt werden soll. Zugleich sollte in einem öffentlichen Diskurs ein Verständnis über die Grundrechte hergestellt werden, welches zu ihrer offensiven Auslegung führt. Dadurch würde es der Zivilgesellschaft leichter fallen, mit Unterstützung staatlicher Institutionen oder diese unterstützend gegen einzelne extremistische Einstellungen anzugehen und damit die Demokratie zu stärken.

Matthias Mletzko

Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen

Politisch motivierte Gewalt in Deutschland ist in den vergangenen 20 Jahren stark durch das Handeln rechter und linker militanter Szenen und deren Randbereiche geprägt.¹ Relevante Trägergruppen finden sich im „subkulturell geprägten Rechtsextremismus“, zu dem gegenwärtig Teile der NS-affinen Szene und die Rechtsrockszene zählen, und im Milieu linksautonomer Gruppen.

Matthias Mletzko

M. A., geb. 1950; war von 2007 bis 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden; Tillichbau, Helmholtzstraße 6, 01069 Dresden. hait@mail.zih.tu-dresden.de

Spätestens seit vergangenem Jahr wird öffentlich darüber gestritten, ob die rechte oder linke militante Szene die „gefährlichere“ sei. So hört man etwa von denjenigen, die rechte Gewalt für ungleich bedrohlicher halten, dass es seit Beginn der 1990er Jahre im Gegensatz zu zahlreichen Todesopfern rechter Gewalt kein Todesopfer linker Gewalt mehr gegeben habe. Umgekehrt gab es im Zuge eines Anstiegs linker Gewaltdelikte 2009 mediale und politische Verlautbarungen, die nahelegen wollten, es stünde nun ein neuer Linksterrorismus bevor. Bei näherem Hinsehen mangelt es beiden Positionen an belastbaren Daten, denn systematische Langzeituntersuchungen politisch motivierter Gewalt nach Tötungsdelikten und lebensbedrohlichen Tatbegehungen liegen bislang nicht vor.

¹ Dieser Beitrag ist mit Unterstützung der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts (BKA) entstanden. Das BKA hat zudem das Forschungsprojekt „NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt“ ermöglicht, welches durch das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. durchgeführt wurde und einen Teil der empirischen Grundlage für den vorliegenden Beitrag bietet. Vgl. Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt, Köln 2010. Der Artikel spiegelt die persönliche Meinung des Autors wider. Diese entspricht nicht notwendigerweise der des BKA.

Kurzcharakterisierung der militanten Akteure

Zunächst gilt es, die Kernszenen, aus denen heraus Gewalttaten verübt werden, mit einigen Stichworten zu beschreiben. Im linken Feld spielt die aus dem Sponti-Milieu der 1970er Jahre hervorgegangene, seit Anfang der 1980er Jahre existierende politische Szene autonomer Gruppen eine Schlüsselrolle. Sie hat sich als äußerst heterogenes und fluktuierendes, aber gleichzeitig auch als regenerierungsfähiges Phänomen erwiesen. Zu ersten Ausbrüchen von Massenmilitanz kam es 1980/81, meist im Kontext von Hausbesetzungen. Ab Mitte der 1980er Jahre versuchten autonome Gruppen an die seinerzeit dominanten Themenfelder neuer sozialer Bewegungen wie die Anti-Atomkraft- oder Friedensbewegung anzuknüpfen. Regional ragten dann Ausschreitungen um die seit 1987 jährlich abgehaltenen „revolutionären 1. Mai-Demonstrationen“ in Berlin und um die besetzten Häuser in der Hamburger Hafenstraße heraus. Anfang der 1990er Jahre gab es im Wechselspiel mit der fremdenfeindlichen Gewaltwelle neuen Schub im Aktionsfeld „Antifaschismus“. Ab Mitte der 1990er Jahre griffen autonome Gruppen aus Anlass der Castor-Transporte mit einer Serie von Sabotageaktionen gegen bahntechnische Anlagen wieder das Reizthema Kernenergie auf. Ab dem Jahr 2000 bemühte sich dieses Spektrum, an Kampagnen gegen marktradikale Wirtschaftspolitik und deren globale Folgen („Anti-Globalisierungsbewegung“) anzudocken. Vorläufiger Höhepunkt war die militante Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm Anfang Juni 2007. Danach rückten wieder alte Aktionsthemen in den Vordergrund, so etwa antimilitaristisch begründete Brandanschläge, auf den „Repressionsapparat“ zielende Gewalttaten gegen Polizeikräfte und -einrichtungen sowie die medial und politisch stark beachtete Serie von Brandanschlägen gegen „Luxuslimousinen“ im Begründungszusammenhang mit städtebaulicher Umstrukturierung (Gentrifizierung). Aktionskonjunkturen und Themenfelder wechseln also ständig. Konstant geblieben ist der Versuch der Radikalisierung nichtmilitanter Teilbereichsbewegungen.

Trotz eines bei öffentlichkeitswirksamen Anlässen wie Demonstrationen mehr oder weniger einheitlichen äußerlichen Erscheinungsbildes und Gebarens entziehen sich militante

autonome Gruppen einer trennscharfen Abgrenzung: „Die Autonomen“ im Sinne einer genau eingrenzbareren Gruppierung gibt es nicht. Das Verhaltensspektrum reicht von passagerem, eher erlebnisorientiertem Agieren – hierbei gibt es Berührungspunkte mit lebensstilistisch verwandten Szenen wie etwa Punks – bis zum auf längere Dauer gestelltem klandestinen Handeln. Gleiches gilt für die Denkstrukturen: Ein einheitliches „Weltbild“ der Autonomen sucht man vergebens – am ehesten greift wohl die Selbstcharakterisierung als „Suchbewegung“. Verbindendes Element ist allerdings der Konsens über Militanz als Mittel des politischen Konfliktaustrags. Das staatliche Gewaltmonopol wird grundsätzlich abgelehnt. Das Wann, Wie und Wogegen des Gewalteinsatzes ist Gegenstand ausgedehnter Militanzdebatten. Trotz Zersplitterung, Zerstrittenheit und erheblicher Orientierungsprobleme vermag sich offenbar das Personenpotenzial immer wieder zu regenerieren und hält sich den Schätzungen der Ämter für Verfassungsschutz zufolge – andere Daten gibt es nicht – seit den 1990er Jahren auf einem Niveau von etwa 5000 bis 6000 Anhängern, mit bisherigen Höhepunkten 2000/2001 (7000) und 2009 (6600). Der sozialwissenschaftliche und kriminologische Forschungsstand zu dem Phänomenfeld autonome Szene ist äußerst dünn. Täteranalysen, wie aus dem rechten Spektrum bekannt, liegen hier ebenso wenig vor wie soziodemografische Angaben zur Zusammensetzung des Milieus.^F Dies ist zum einen strikter Explorationsverweigerung geschuldet, zum anderen lag bisher das Hauptaugenmerk der Forschung im Bereich des Rechtsextremismus.

Nicht minder heterogen stellt sich der Phänomenbereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus dar, dem verschiedene Teilspektren zuzurechnen sind: die im Wandel begriffene Szene der Neonationalsozialisten und die

^F Anregungen für künftige Forschungen finden sich bei Michael Kohlstruck, Zur aktuellen Debatte um politische Gewalt in der Metropole Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Expertisen für Demokratie, (2010) 2. Zum Kenntnisstand: Armin Pfahl-Traughber, Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier Linksextremismus, Berlin 2008; Matthias Mletzko, Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 11, Baden-Baden 1999, S. 180–199.

Rechtsrockszene sowie weltanschaulich und stilistisch verwandte Hooligan- und Rockermilieus. Die Ursprünge der NS-affinen Szene gehen auf die 1970er Jahre zurück. Eine der Schlüsselpersonen war Michael Kühnen, der die Gruppe Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten (ANS/NA) initiierte. In den Zeitraum von Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre fiel eine Sequenz rechtsterroristischer Aktivitäten, die Bezüge zum NS-affinen Spektrum aufwies. Die Konturen der sich ausdrücklich auf den historischen Nationalsozialismus beziehenden NS-affinen Szene haben sich nach der massiven fremdenfeindlichen Gewaltwelle zu Beginn der 1990er Jahre und dem danach erhöhten behördlichen und öffentlichen Druck nachhaltig verändert. Traditionelle Organisationen sind einem Geflecht „autonomer Kameradschaften“ und lockeren Aktionsbündnissen „freier Nationalisten“ gewichen. In den 1980er Jahren entstanden sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR erste Skinheadszenen, die dann in den 1990er Jahren vor allem in den ostdeutschen Bundesländern an Zulauf gewannen. Die subkulturelle Zugkraft lag vor allem in den Möglichkeiten, mit emotional stark besetzter Rockmusik und extremen Provokationstechniken rassistische, antisemitische, NS- und gewaltverherrlichende Inhalte zu transportieren. Ab Mitte der 1990er Jahre haben sowohl eine aktionistische Umorientierung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) als auch Wandlungsprozesse in der NS-affinen Szene das Verhältnis zur Skinheadszene verbessert und zu gegenseitigen Annäherungen geführt. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich dieser Prozess weiter ausdifferenziert. Zum einen vermischte sich streckenweise die Neo-NS-Szene mit der Rechtsrockszene, zum anderen adaptierten beide Akteure neue jugendkulturelle und stilistische Elemente. So ist ab 2003 die bislang bundesweit noch minoritäre, aber im Wachsen begriffene Strömung der „Autonomen Nationalisten“ (AN) in Erscheinung getreten. Hooligans und Rocker spielen als Randszenen eine gewisse Rolle. Das von den Verfassungsschutzämtern geschätzte Personenpotenzial gewaltbereiter Rechtsextremer hat sich über die 1990er Jahre hinweg fast verdoppelt und ist seit 2000 auf dem Niveau von etwa 9000 Personen verblieben.[¶]

¶ Vgl. Christian Menhorn, Die Erosion der Skinhead-Bewegung als eigenständiger Subkultur, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremis-

Im Folgenden geht es um Aussagen zu Gewalttaten,[¶] soweit diese polizeilich erfasst wurden. Über die Güte polizeilich erhobener Daten wird spätestens seit der Einführung des 2001 eingerichteten kriminalpolizeilichen Definitions- und Erfassungssystems Politisch motivierte Kriminalität (PMK) trefflich gestritten. Zum einen muss klar sein, dass diese Daten zum Zweck der Aufklärung von Straftaten und nicht unter Forschungsperspektiven mit Ansprüchen zur Beschreibung und Erklärung der komplexen sozialen Realität gewaltsamen Handelns gesammelt werden. Zum anderen kann dieser Datenbestand von seiner Anlage als Eingangstatistik her – es handelt sich um Dokumente der polizeilichen Ersterfassung von Sachverhalten und Tatverdächtigen – nur Hinweise auf Trends und keine statistischen Exaktheiten liefern. Es bleiben zwangsläufig Unschärfen, zu denen auch gehört, dass sich Zugehörigkeiten von Tatverdächtigen zu Organisationen, Gruppen und Szenen nicht immer zuverlässig quantifizieren lassen. Dennoch bleiben diese polizeilichen Daten für Gewaltanalysen aus folgenden Gründen unverzichtbar: Die Erkenntnisse werden oft noch in unmittelbarer Nähe zum Tatgeschehen gewonnen und seit 2001 mit einheitlichen Kriterien bundesweit und kontinuierlich aufbereitet. Der grundsätzlich mögliche alter-

mus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Potsdam 2010, S. 63–131.

¶ Zunächst wird hier aus Gründen begrifflicher Handhabbarkeit in Anlehnung an das 1989 erstellte Endgutachten der unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt ein *enger Gewaltbegriff* im Sinne der zielgerichteten, direkten physischen Schädigung von Menschen durch Menschen zugrunde gelegt. Es geht um *absichtsvoll herbeigeführte körperliche Beeinträchtigungen* anderer Menschen. Vgl. Hans Dieter Schwind/Jürgen Baumann (Hrsg.), Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt, Berlin 1990, S. 52. Die Operationalisierung von Gewaltakten erfolgt über den Katalog politisch motivierter Gewaltkriminalität, zu dem Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Widerstandsdelikte und – quantitativ weniger relevant – Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung und Sexualdelikte zählen. Ergänzend wird auf der Einstellungsebene unter *Gewaltbereitschaft* (in diesem Text gleichbedeutend mit *Militanz*) ebenfalls in Anlehnung an die Gewaltkommission die „Neigung von Personen, unter jeweils näher zu beschreibenden Umständen für die Erreichung ihrer Ziele Gewalt einzusetzen“, verstanden. Ebd., S. 46.

native Erfassungsweg über Opferberatungsstellen ist zumindest bislang mangels bundesweiter Einheitlichkeit und Kontinuität nicht gangbar. Darüber hinaus liefert die Anlage die Möglichkeit einer zeitnahen Darstellung der Lageentwicklung mit einigen Differenzierungsmöglichkeiten wie etwa mehrdimensionale Themenfeldzuordnung, Demonstrationskontext oder Angaben zu Tatverdächtigen und Opfern. Sofern bei wissenschaftlichen Untersuchungen mit polizeilichen Daten deren Grenzen benannt werden und Vertiefungen mit weiteren Zugängen erfolgen, steht gehaltvollen Aussagen nichts im Wege.^f

Rückblick

Bevor auf die aktuelle Entwicklung linker und rechter Gewalt eingegangen wird, erscheint ein kurzer Rückblick auf Verläufe und einige Charakteristika des Gewalthandelns der 1980er und 1990er Jahre angebracht. Zum Langzeitverlauf linker Gewalt lässt sich festhalten, dass das Ausmaß des Gewalthandelns militanter autonomer Gruppen in den 1990er Jahren im Vergleich zur vorangegangenen Dekade stark zurückgegangen ist und keine eruptiven Ausreißer mehr aufweist. Als wesentliche Muster des Gewalthandelns (links-)autonomer Gruppen haben sich schon in den 1980er Jahren Massenmilitanz und die sogenannte „klandestine Aktion“ – von konspirativen Kleingruppen begangene Anschläge gegen Institutionen, Unternehmen und Infrastruktureinrichtungen – herausgebildet. Massen- oder Straßemilitanz als gewaltsames Vorgehen größerer Gruppenkontingente bei Demonstrationen, behördlichen Maßnahmen oder ähnlichen Anlässen richtete sich personenbezogen vorwiegend gegen „Bullen“ als Repräsentanten des Staates oder auch Rechtsextremisten und objektbezogen meistens gegen Gebäude oder andere Einrichtungen mit Symbolwert (wie Banken, Geschäfte, Behörden). An den verschiedenen Brennpunkten wurden mit teilweise beachtlichem taktischen Geschick gegenüber Polizeikräften alle Gewaltmittel unterhalb der Schwelle von Schusswaffen eingesetzt: Steine, Knüppel, Eisenstangen, Reizgas, Molotow-Cocktails oder von Dächern geworfene Backsteine. Ab und an wurden von anderen Kräften isolierte Polizeibeamte eingekreist, überwältigt und entwaffnet. Die Gefahr

^f Vgl. M. Kohlstruck (Anm. 2), S. 2–6, S. 9–12.

schwerer bis tödlicher Verletzungen wurde bei derartigen proaktiv gesuchten Konfrontationen nicht selten in Kauf genommen.⁶ Ausmaß und Intensität der massenmilitanten Episoden der 1980er Jahre wurden danach nicht mehr erreicht.

Allerdings gab es in den 1990er Jahren wieder Aktionsschübe im Kontext militanter Antifa-Aktivitäten,⁷ bei denen personenbezogene Gewalt gehäuft zutage trat. Zu einer ersten Episode kam es Anfang der Dekade in der Folge der größtenteils fremdenfeindlich motivierten Gewaltwelle, die zu Aufschaukelungen zwischen links-autonomen Antifa-Aktionen und rechtsmilitanten Anti-Antifa-Aktionen führte und mit einigen qualitativen Besonderheiten sowohl auf der Ebene des Gewalthandelns als auch der Diskurse einherging. Bei personenbezogenen Angriffen wurden mit der eingesetzten Bewaffnung – Messerstiche, Kopftreffer mit Baseballschlägern, Eisenstangen oder Holzknüppeln – schwere Verletzungen verursacht oder in Kauf genommen. Zu den herausragenden Merkmalen dieser Aktionsphase zählte auch eine ausführliche szeninterne Debatte über das Für und Wider der „Tötung von Faschisten“, die sich an einen Überfall von Berliner Linksmilitanten anschloss, bei dem der Rechtsextremist Gerhard Kaendl getötet wurde.⁸ Gegen Ende der 1990er Jahre bis ins neue Jahrzehnt hinein kam es zu erneuten Häufungen von Gewaltdelikten im Antifa-Themenfeld. Diese Hinweise auf einige Gewaltepisoden, die an anderer Stelle mit Interaktionsgeflechten kontextualisiert und vertieft sind,⁹ sollen verdeutlichen, dass im Phänomenbereich linker Militanz seit einiger Zeit Eskalationsbereitschaften und Neigungen zu lebensbedrohlichen Tatbegehungen existieren – ein Befund, der in gegenwärtigen Dis-

⁶ Vgl. M. Mletzko (Anm. 2), S. 184.

⁷ Unter militanter Antifa wird hier in Abgrenzung zu erwünschten zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen gegen Rechtsextremismus gewaltsames Vorgehen gegen rechte Personen und Einrichtungen verstanden, bei dem die tätliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner gesucht wird. Hierbei maßen sich private Gruppen unter Umgehung des rechtsstaatlichen Instrumentariums Bestrafungs- und Vergeltungsbefugnisse an.

⁸ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Gewaltbereit Autonome*, Köln 1994, S. 39–73.

⁹ Vgl. Matthias Mletzko, *Unterschiede bei Gewaltdiskursen und beim Gewalthandeln militanter Szenen: Das Beispiel „Antifa“ und „Anti-Antifa“*, in: *Kriminalistik*, (2001) 8–9, S. 543–548, und (2001) 10, S. 639–644.

kursen mitunter in Vergessenheit zu geraten scheint. Bislang ist allerdings offen, inwieweit diese radikalisierten Handlungsstränge das Gesamtbild linker Gewaltdelikte prägen.

Zum Langzeitverlauf rechter Gewalt lässt sich festhalten: In den 1960er bis zu den 1980er Jahren blieb – trotz einer Reihe gravierender rechtsterroristischer Aktionen Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre – rechte Gewalt eher im Schatten links motivierter Gewaltphänomene (Rote Armee Fraktion, Revolutionäre Zelle, „Spontis“, militante Autonome). Umso mehr ragt die in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einzigartige, überwiegend fremdenfeindlich motivierte Gewalteruption von 1991 bis 1993 heraus, die sich vor dem Hintergrund gravierender Transformationsprobleme und unverarbeiteter Einwanderungsströme entwickelte. Nach deren Abflachen bewegte sich das Aufkommen in einem bedenklich hohen Korridor mit gelegentlichen kräftigen Anstiegen wie etwa im Jahr 2000. In den 1990er Jahren blieb Fremdenfeindlichkeit das dominante Themenfeld rechter Gewalt. Die gegen den politischen Gegner gerichtete Gewalt verblieb dagegen auf niedrigem Niveau.

Die rechte Gewalt der 1990er Jahre weist auch qualitative Besonderheiten auf. Zum einen war das Handeln eher durch Spontaneität und Expressivität gekennzeichnet. Zum anderen waren im Vergleich zum linken Phänomenbereich sehr viel höhere Anteile an Körperverletzungsdelikten und vor allem drastisch höhere Anteile an Tötungsdelikten zu finden. Ein beträchtlicher Teil der Gewaltwelle von 1991 bis 1993 waren Brandanschläge mit Personenbezug. Diese Mittelwahl hat eine eliminatorische Komponente und spielt zumindest unausgesprochen an Traditionen nationalsozialistischer Feindbekämpfung an, die immer auch die Möglichkeit der physischen Vernichtung einbezogen hat. Dazu kommt eine ganze Reihe von Exzesstaten, bei denen Opfer mehrere lebensbedrohliche Tateinwirkungen hintereinander, teilweise auch über längere Dauer erleiden mussten. Es wird zu zeigen sein, ob sich bei dieser Handlungsschiene Kontinuitäten feststellen lassen.

Gewalthandeln in den 2000er Jahren

Seit dem Beginn des neuen polizeilichen Erfassungssystems PMK lassen sich aufgrund einheitlicher Kriterien Langzeitbetrachtungen

anstellen.¹⁰ In diesem Zeitraum hat es keine mit den 1990er Jahren vergleichbaren dramatischen Ausschläge rechter Gewalt mehr gegeben. Gleiches trifft für die Entwicklung linker Gewalt zu.¹¹ Allerdings waren ab 2005 wieder deutliche Anstiege zu verzeichnen. In den Jahren von 2005 bis 2009 lag das linke Aufkommen über dem rechten. Beide Verläufe bewegen sich aber in einem relativ engen Korridor und weichen im deutlichen Unterschied zu den 1980er und frühen 1990er Jahren nicht mehr signifikant voneinander ab. Die gemeinsamen Anstiege von 2005 bis 2006 deuten auf Interaktionseffekte zwischen rechter und linker Gewalt hin. Der scharfe Anstieg links 2009 ist vor allem beträchtlichen Zunahmen

¹⁰ „Der Politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten, (...) gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet“. Vgl. Bundeskriminalamt, Informationen zum polizeilichen Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität (PMK), Meckenheim 2007, S. 5.

¹¹ Im PMK-System werden Straf-/Gewalttaten dem Phänomenbereich „links“ zugeordnet, „wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer ‚linken‘ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Diese politisch motivierten Straftaten sind als linksextremistisch zu qualifizieren.“ Dem Phänomenbereich „rechts“ werden Straf-/Gewalttaten zugeordnet, wenn sie „einer ‚rechten‘ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Diese politisch motivierten Straftaten sind als rechtsextremistisch zu qualifizieren.“ Vgl. ebd., S. 8f.

von Körperverletzungs- und Widerstandsdelikten, aber auch Brandanschlägen ohne Personenbezug geschuldet.

Als Indikator für die Zielrichtung des Gewalthandelns lassen sich die Themenfeldnennungen der PMK-Erfassung heranziehen. Durchgängig dominiert haben die unter den Oberbegriffen „Konfrontation/Politische Einstellung“, „Innen- und Sicherheitspolitik“ und „Hasskriminalität“ subsumierten Zielrichtungen. Im linken Phänomenbereich lag 2001 bis 2008 die stark durch das Vorgehen gegen rechte und sonstige politische Gegner geprägte Konfrontationsgewalt an der Spitze und wurde 2009 zum ersten Mal durch das Themenfeld „Innen- und Sicherheitspolitik“ abgelöst, wobei die Ausschreitungen um die beiden Hamburger Schanzenviertelfeste mitursächlich für den starken Anstieg waren. Im rechten Phänomenbereich stand bis 2004 der schon seit den 1990er Jahren herausragende Themenbereich der überwiegend fremdenfeindlich geprägten Hassgewalt oben. Zweitstärkstes Aufkommen war die Konfrontationsgewalt, die allerdings 2004 nachzog und dann ab 2005 an der Spitze stand. Festhalten lässt sich, dass die gegenseitig ausgeübte Konfrontationsgewalt in den vergangenen Jahren insofern an Bedeutung gewonnen hat, als sich beide Lager mit diesbezüglichen Handlungsschwerpunkten deutlich angenähert haben.¹² Ob der Prioritätenwechsel des Jahres 2009 im linken Bereich einen Trend anzeigt, wird weiter zu beobachten sein.

Eine erste Betrachtung nach Tatspezifik verweist bereits auf deutliche rechts/links-Unterschiede hinsichtlich personenbezogener Gewaltanwendung: Die Anteile von Körperverletzungsdelikten am Gesamtaufkommen der Gewaltdelikte liegen von 2001 bis 2009 rechts (immer über 80 %) deutlich höher, nämlich etwa doppelt so hoch wie im linken Bereich (meistens über 40 %).¹³ Lediglich 2006 und 2009 stieg der Anteil links auf etwa 50 %, dagegen gab es Tiefpunkte 2003 mit unter 40 % und 2001 mit unter 30 %. 2009 gab es erstmals mehr linksmotiviertere (849) als rechtsmotiviertere Körperverletzungsdelikte (800). Die Anteile der Landfriedensbruchs- und Widerstandsdelikte sind links durchgängig deutlich höher

als rechts: Kontext linker Gewalthandlungen sind sehr oft Demonstrationsereignisse. Eine Auswertung dieser Rechtsnormzuordnungen hinsichtlich der Intensität personenbezogener Gewalt müsste an anderer Stelle erfolgen. Erforderlich wäre auch eine dementsprechende Analyse der Brand- und Sprengstoffdelikte.

Ebenso unterscheidet sich das Aufkommen an Tötungsdelikten: In absoluten Zahlen gab es seit 2001 links 17 Fälle – 16 versuchte und ein vollendetes Delikt, rechts dagegen 47 Fälle – 44 versuchte und drei vollendete Delikte. Der traditionell von rechten Tätern präferierte personenbezogene Einsatz von Brandmitteln hat auch im linken Lager wieder zugenommen. Die linken Tötungsdelikte wurden etwa jeweils zur Hälfte gegen die Polizei und rechte Gegner, einmal gegen sonstige Gegner und einmal gegen die Bundeswehr verübt. Die rechten Tötungsdelikte wurden zu über zwei Dritteln im Handlungsfeld der Hasskriminalität und dort mit mehrheitlich fremdenfeindlichem Hintergrund begangen. Das restliche Drittel waren Konfrontationsgewalttaten gegen links, sonstige Gegner und in einem Fall gegen die Polizei. Weitergehende Aussagen erschließen sich nur über vertiefende Aktenanalyse mit Einzelfallbetrachtungen.

Tatschwerebetrachtungen

Die Zahl der in der polizeilichen Ersterfassung enthaltenen Tötungsdelikte ist ebenso wie die niedrige Zahl schwerer Körperverletzungsdelikte aber nur ein kleiner Ausschnitt der Realität intensiven Gewalthandelns. Die bloße Rechtsnormzuordnung nach gefährlicher und einfacher Körperverletzung bietet keine weiteren Einblicke in Handlungsqualitäten. Insbesondere Zu- oder Abnahmen von Brutalitäten – ein wichtiger Hinweis für Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozesse – entziehen sich so der Darstellung. Daher wurden im Rahmen einer rechts/links-vergleichenden Tatanalyse der Länder Sachsen und Nordrhein-Westfalen Polizeidaten der Jahre von 2003 bis 2006 unter diesem Blickwinkel betrachtet.¹⁴ Aus dem umfangreichen Fallmaterial der Untersu-

¹² Vgl. U. Backes et al. (Anm. 1), S. 190–200.

¹³ Vgl. ders., Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland – vergleichende Betrachtungen, in: Politische Studien, (2007) 1, S. 39.

¹⁴ Vgl. U. Backes et al. (Anm. 1), S. 75–80, S. 89–93. Als Datenbasis standen die polizeilichen Ersterfassungsdokumente (Kriminaltaktische Anfragen in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KTA-PMK)) mit Sachverhaltsvolltexten zu Verfügung.

chung – 874 Fälle rechts, 661 Fälle links – wurden herausragend brutale Tatbegehungsweisen gesammelt und aus rechtsmedizinischer Sicht nach Einwirkungsintensität auf das Opfer in vier Schwerekategorien gewichtet:

1. Einwirkungen, die mit *hoher Wahrscheinlichkeit akut lebensbedrohlich* sein oder bleibende Schäden hinterlassen können.
2. Einwirkungen, die *seltener lebensbedrohlich oder dauerhaft schädigend* sind, aber dennoch starke Schmerzen, stationäre Behandlungsbedürftigkeit oder längere Arbeitsunfähigkeit bedingen können, eventuell auch Funktionsausfälle wie nach Sehendurchtrennungen.
3. Einwirkungen, die *kaum lebensbedrohlich*, aber dennoch schmerzhaft sein, aber ohne stationäre Krankenhausbehandlung therapiert werden können wie großflächige Blutergüsse, größere Schürfwunden oder nicht allzu stark blutende Wunden.
4. Bagatellverletzungen, die ambulant oder in Selbsthilfe behandelt werden können und keine Folgeschäden hinterlassen.

Um allseits bekannten situativen Unwägbarkeiten der Gewalthandlung Rechnung zu tragen, wurden noch Zwischenstufen eingeführt. So gilt beispielsweise für die häufig anzutreffende Vorgehensweise Stein-/Flaschenwurf zunächst grundsätzlich, dass der Werfer von Schottersteinen oder Flaschen das Risiko von Kopftreffern und damit lebensbedrohlicher Verletzungen in Kauf nimmt. Insofern ist die Einstufung in den Schweregrad 1 gerechtfertigt. Dennoch bestehen hinsichtlich Täterdisposition und Trefferwahrscheinlichkeit offensichtliche Unterschiede zu dem Angreifer, der im direkten Angesicht des Opfers auf den Kopf tritt oder mit Gegenstand schlägt. Dies soll durch die Einstufung 1–2 verdeutlicht werden.

Mit diesem Verfahren konnten einige rechts/links-Unterschiede herausgestellt werden: Die Anteile rechter Gewalttaten mit hochwahrscheinlich akut lebensbedrohlichen Einwirkungen (1) beliefen sich in Sachsen auf 21 %, in NRW auf 11,2 %. Mit gewisser Wahrscheinlichkeit lebensbedrohliche Einwirkungen (1–2) lagen in Sachsen bei 18,5 % und in NRW bei 15,3 %. Herausragend brutale Vorgehensweisen rechter Gewalttäter

beider Länder waren Kopfschläge mit Gegenstand (1), Tritte auf am Boden liegende Person (1), Wurf mit Stein oder Flasche (1–2) und Kopftritte mit „normalen“ Schuhen (1).

Die linke Gewalt hatte deutlich andere Schwerpunkte: In beiden Ländern lag die Stufe 1–2 an der Spitze – in Sachsen mit 43 %, in NRW mit 24 %. Der Anteil akut lebensbedrohlicher Einwirkungen (1) machte in Sachsen etwas über 2 %, in NRW etwas über 6 % aus. Die bevorzugte Handlungsweise war der Stein-/Flaschenwurf (1–2) aus der Distanz. Diese Präferenz spiegelt typische Ambivalenzen linksmilitanten Gebarens wider: Einerseits gilt die Prämisse der Legitimität von Gewalt, andererseits gibt es Tendenzen zur Gewaltdosierung.¹⁵

Diese Ergebnisse können nun mit einer bundesweiten Stichprobe aus den Jahren von 2006 bis 2009 verglichen werden. Aus dem Gesamtaufkommen rechter und linker Gewalt wurden alle schweren und gefährlichen Körperverletzungsdelikte herausgezogen – in der Erwartung, dass diese Auswahl hinsichtlich der Auswertung von Gewaltintensitäten ertragreicher als der Bereich einfacher Körperverletzungen sein würde. Dies ergab rechts 1975 und links 1253 Fälle. Da diese Fallzahl (n) mit dem zur Verfügung stehenden Zeitfenster und Kräfteansatz nicht zu bearbeiten war, wurde mit einfacher Zufallsstichprobe ein Drittel der Fälle gezogen. Damit lag die Fallzahl rechts bei n=658 und links bei n=417.¹⁶ Im rechten Handlungsfeld zeigten sich 16,9 % akut lebensbedrohliche (1) und 16,9 % mit gewisser Wahrscheinlichkeit lebensbedrohliche Tateinwirkungen (1–2), zusammen also 33,8 % – ein Drittel des Aufkommens rechter gefährlicher Körperverletzungsdelikte. Leider blieb eine nicht unbeträchtliche Restmenge (r) von Fällen, die aufgrund von Sachverhaltsschilderungen wie „schlagen“, „treten“, „zusammenschlagen“ oder ähnliches ohne zusätzliche Angaben – getroffene Körperregion, Tatmittel – keine weiteren Tatschweredifferenzierungen ermöglichte.

Betrachtet man die Gewalttaten nach der Präferenz bestimmter Handlungsweisen, so

¹⁵ Vgl. ebd., S. 169–173.

¹⁶ Erhebungsbasis waren anonymisierte Datensätze der BKA-Datei „Lagebild/Auswertung politisch motivierter Straftaten (LAPOS)“ mit Kurzsachverhalten.

zeigt das rechte Aufkommen wie auch schon bei den Erhebungen in Sachsen und NRW ein deutliches Übergewicht des direkten Angriffs auf die Person aus nächster Nähe. Dabei liegt die akut lebensbedrohliche Tatvariante Kopfschlag mit Gegenstand (1) an erster Stelle, gefolgt von Faustschlag auf Kopf ohne weitere Angabe (2–3), Tritten auf am Boden Liegende (1–2) und Stein- und Flaschenwürfen (1–2). Bei den akut lebensbedrohlichen Tatbegehungen (1, n=111) lag das Themenfeld Fremdenfeindlichkeit knapp vor der Konfrontation gegen links und sonstige politische Gegner, bei den bedingt lebensbedrohlichen Varianten (1–2, n=111) verhielt es sich umgekehrt.

Der rechts/links-Vergleich zeigt ähnliche Konturen wie die vorangegangene Untersuchung: Der sich hauptsächlich aus Stein-/Flaschenwürfen speisende Schweregrad 1–2 steht mit 33,6 % an erster Stelle, akut lebensbedrohliche Handlungsweisen (1) stehen an vierter Stelle. Allerdings liegt dieser Anteil mit knapp 10 % deutlich höher als die zuvor ermittelten niedrigen Werte für Sachsen (2 %) und NRW (6 %). Die Differenz dürfte sich dadurch erklären, dass bei der bundesweiten Auswertung Zentren der Linksmilitanz – vor allem Berlin und Hamburg – eingeflossen sind.

Der rechts/links-Vergleich präferierter Handlungsweisen zeigt die bereits bekannten Unterschiede: Beim linken Gewalthandeln steht zunächst der Stein-/Flaschenwurf im Vordergrund. Das für den rechten Phänomenbereich typische *face to face*-Gewalthandeln ist zwar auch anzutreffen, prägt aber nicht das Bild. Die Mehrheit der mit akut lebensbedrohlichen Einwirkungen (1, n=41) vorgetragenen Gewalttaten fand sich im Feld der Konfrontation gegen rechts, wobei in fünf Fällen Polizeibeamte betroffen waren. Die bedingt lebensbedrohlichen Akte (1–2, n=140) fanden mehrheitlich im Themenfeld der Konfrontation gegen rechts statt, der zweitgrößte Anteil lag in der Thematik Sicherheitsbehörden. In 74 Fällen war die Polizei Angriffsziel. Ein weiterer Unterschied findet sich bei der Häufigkeit von Mehrfachbegehungen, womit gemeint sein soll, dass zwei oder mehrere schwere Tateinwirkungen hintereinander erfolgen. Ein klassisches Beispiel hierfür: Das Opfer wird mit Kopfschlägen zu Boden gebracht und dann am Boden

liegend weiter getreten. Der Anteil solcher Taten lag rechts bei 13 %, links bei knapp 5 %.

Fazit

Die Betrachtungen verweisen zuvorderst auf einen bedenklich hohen Anteil lebensbedrohlicher rechtsextremer Gewalt, bei der es oft lediglich situativen Zufälligkeiten überlassen bleibt, ob das Opfer zu Tode kommt oder nicht. Diese Charakteristik hat sich seit den 1990er Jahren offenbar nicht verändert. Seit 2001 verteilen sich diese schweren Gewaltdelikte etwa zu gleichen Teilen auf die gegen Migranten und Randgruppen gerichtete Hassgewalt und die Konfrontation gegen linke und sonstige Gegner. Bei der linken Gewalt ist die akute Dimension der Lebensbedrohlichkeit zwar geringer ausgeprägt, sie ist aber anzutreffen. Auch im linken Phänomenbereich scheint es Kontinuitäten von Tötungsbereitschaften zu geben: kaum überraschend am häufigsten im eskalationsträchtigen Feld der Konfrontation gegen rechts. Darüber hinaus ist die Polizei am zweithäufigsten betroffen, dies insbesondere wieder in jüngerer Zeit. Auch die Tatsache, dass das Jahr 2009 die seit der PMK-Erfassung höchste Zahl linker versuchter Tötungsdelikte aufweist – sechs von sieben gegen die Polizei gerichtet – lässt aufhorchen. Zwei der Sachverhalte betrafen die unter Linksmilitanten bevorzugte Handlungsweise des Stein-/Flaschenwurfs – ein Hinweis darauf, dass sich mancherorts gepflegte Bagatellisierungen dieses Verhaltens verbieten sollten.

Insbesondere wenn politisch motivierte Gewalt mit Leib und Leben bedrohender Intensität vorgetragen wird, besteht Grund zu öffentlicher Besorgnis. Daher wäre ein auf Dauer gestelltes solides Monitoring von Tötungsdelikten und lebensbedrohlichen Handlungsweisen äußerst wünschenswert. Die Erkenntnisse könnten dann mit Verlaufsanalysen – Gibt es Veränderungen der Brutalitäten? – und Betrachtungen von herausragenden Handlungsmustern und Gewaltsequenzen – Wo dominieren Initial-, wo Reaktionstaten? Wo bilden sich besonders gewaltträchtige Konstellationen heran? – vertieft werden.

Ulrich Dovermann · Eren Güvercin

„Auf Fragen von Extremisten reagieren können.“ Eren Güvercin im Gespräch mit Ulrich Dovermann

Eren Güvercin: Extremismus gilt als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. In den vergangenen Jahren rückten der Linksextremismus

Ulrich Dovermann
Leiter des Fachbereichs „Extremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung;
Adenauerallee 86, 53111 Bonn.
dovermann@bpb.de

Eren Güvercin
M.A., geb. 1980; arbeitet als freier Journalist unter anderem für „Deutschlandfunk“, „Der Freitag“, „Neue Zürcher Zeitung“ und „Qantara.de“.
<http://erenguevercin.wordpress.com>

und der Islamismus in den Vordergrund. Wie hoch ist die Gefahr, die von diesen Strömungen ausgeht, und welche Anknüpfungspunkte für die politische Bildungsarbeit gibt es?

Ulrich Dovermann:
Eine realistische Einschätzung ihres Gefährdungspotenzials liegt in der Zuständigkeit der entsprechenden Dienststellen wie

des Verfassungsschutzes, der Polizei, des Staatsschutzes und der Ministerien des Inneren. Selbst wenn das Gefährdungspotenzial linksextremistischer und islamistischer Gruppierungen in Deutschland heute nicht wesentlich höher ist als vor einigen Jahren, erleben wir dennoch eine erhöhte Wahrnehmungsdichte in dem Sinne, dass stärker auf diese Probleme hingewiesen und darüber berichtet wird.

Aber für die politische Bildung ist die Frage der Staatsgefährdung gar nicht die entscheidende – sie gehört in den Bereich der Sicherheitsapparate. Für die politische Bildung ist entscheidend, welche Inhalte im Extremismus eigentlich diskutiert und inwieweit diese in der Gesellschaft wahrgenommen und rezipiert werden. Die Ausgangsfrage, die wir an die politische Bildung und die Gesellschaft richten müssen, ist die, ob es tiefgreifende Veränderungen mit Blick auf den Umgang

mit Themen gibt, welche große Teile der Gesellschaft verstärkt beschäftigen? So, wie wir vom Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft sprechen, müssen wir uns fragen, ob es auch Tendenzen gibt, die andeuten, dass sich in der Mitte der Gesellschaft auch Linksextremismus ausbreitet: Gibt es Themen rund um Revolution, Sozialismus, klassenlose Gesellschaft und weltweite Gerechtigkeit, die jetzt zu großer Aktualität aufwachsen, und die geeignet sind, die politische Kultur insgesamt zu beeinflussen?

Auch das Terrorismus-Schema müsste aufgelöst werden: Ein Islamist ist nicht primär jemand, der eine Bombe wirft, sondern jemand, der den Koran in die Mitte seines Lebens stellt und ihn zum Leitfaden seines Alltags macht. Es gibt tolerante wie auch intolerante Islamisten. Ich muss als Nichtmuslem und als Mitglied dieses Gemeinwesens einem Islamisten durchaus die Frage stellen dürfen, ob er in Konflikt mit meiner Lebensführung kommen kann, und wenn ja, wie wir diesen Konflikt lösen wollen. Religion ist auf Dauer zu einem politischen Thema in Deutschland geworden, und dann sollen wir uns diesem Thema auch stellen.

Viele Stimmen kritisieren die Neuordnung der Extremismusprogramme und sprechen von einer „Extremismusverwirrung“. Werden linke und antifaschistische Initiativen, gegen Nazis beispielsweise, durch diese Neuordnung kriminalisiert?

Dovermann: In der Tat gibt es viele Programme gegen Extremismus. Für Außenstehende kann das verwirrend sein. Man muss allerdings trotz der Neuordnung der Programme unterstreichen, dass Rechtsextremismus nach wie vor den Schwerpunkt der politischen Bildungsarbeit bildet. Die Mittel wurden in ihrer Gesamtheit nicht gekürzt. Der Linksextremismus wurde als zusätzlicher Schwerpunkt hinzugefügt, und es wurde bislang in der Tat nicht genau definiert, was darunter zu verstehen ist. Ist eine Demonstration vor einem Weltwirtschaftsgipfel automatisch „links“? Ist die Blockade eines Castor-Transports „links“? Ist die Auseinan-

Die Meinung des Interviewten gibt nicht notwendigerweise die Meinung der Bundeszentrale für politische Bildung wieder. Das Gespräch fand am 14. Oktober 2010 in Bonn statt.

dersetzung um einen Baum „links“? Oder gibt es nicht andere Typologien von Extremismus, die sich jenseits der rechts-links-Diskussion entfalten? Die Vermutung wäre, dass es der politischen Kultur nicht zuträglich ist, wenn alle Formen von Protest, die nicht eindeutig rechtsextremistisch oder islamistisch motiviert sind, unter dem Begriff „links“ zusammenfasst werden. Doch muss man mit Blick auf die offizielle Sprachregelung auch dazu sagen, dass sie die Begriffe Links- und Rechtsextremismus sparsam nutzt. Sie hat ein Generalwort eingeführt, der heißt „Extremismus“, und wir müssen uns fragen, ob dieses Wort zweckmäßig ist.

Bei Demonstrationen ist immer öfter die Rede vom „schwarzen Block“. Sind Autonome automatisch linksextrem?

Dovermann: Gewiss nicht, wenn man bedenkt, dass es innerhalb der Autonomenszene beispielsweise auch autonome Nationalisten gibt, die dem rechtsextremen Lager zuzuordnen sind. Diese werden seit mindestens zwei Jahren als Problemgruppe wahrgenommen, und sie sind mit Delikten in der Statistik der „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) aufgetaucht. Das Interessante an den schwarzen Blocks ist ihre Sogwirkung: Die Strategien, die Symbole und die Verhaltensweisen einer ursprünglich linken Form des Protests ist offensichtlich für andere Protestgruppen so attraktiv, dass sie sich in die schwarzen Blocks hineinbegeben, die gleichen Protestformen verwenden und vielleicht sogar über die Gleichheit der Protestform auch zu einer Gleichheit der Protestinhalte kommen. Das ist nicht als ideologische Nähe zu verstehen. Antiamerikanisch beispielsweise können sowohl Linksextreme als auch Rechtsextreme sein. Ihre Motive mögen verschieden sein, aber in der Ausdrucksform bleibt der Inhalt sehr ähnlich. Diese können als Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte bezeichnet werden oder aber auch als Unübersichtlichkeit.

Wo liegen sonst noch Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Links- und Rechtsextremismus?

Dovermann: Der große Unterschied besteht darin, dass Rechtsextremisten exklusiv und Linksextremisten inklusiv denken und handeln. Rechtsextremisten wollen Politik, Rechte und Lebensmöglichkeiten auf

eine „Rasse“, ein Volk begrenzen. Sie wollen Geschichte darauf zuschneiden, dass völkische Identitäten entstehen. Linksextremisten haben die Exklusionen dieser Welt als Ungerechtigkeit vor Augen und versuchen, sie aufzubrechen. Sie führen einen Kampf mit der Macht, die manchen Menschen Privilegien zugesteht und anderen nicht.

Die größte Gemeinsamkeit ist, dass Extremisten generell behaupten, in einer Notwehrsituation zu sein. Sie haben ein Bild von der Welt vor Augen, das sie in tiefe Verzweiflung stürzt. Die so wahrgenommenen Zustände bedrängen diese Menschen so sehr, dass sie glauben, sich wehren zu müssen. Das ist ihre Legitimation für Gewalt. Wir müssen in der politischen Bildung viel mehr als bisher auf diese Notwehrfrage eingehen und die Bedrängung von Menschen wahrnehmen, die glauben, dass Politik ihre Probleme nicht löst und ihre Zukunftswünsche nicht erfüllt. Weitere Berührungspunkte gibt es auch mit Blick auf die Strategien und Aktionsformen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht in seinem Bericht für das Jahr 2008 von rund 31 000 Personen mit Linksextremismuspotenzial aus, im Vergleich zu etwa 35 000 Personen mit Islamismus- und 31 000 Personen mit Rechtsextremismuspotenzial. Wie deuten Sie diese Zahlen?

Dovermann: Man muss mit diesen Zahlen sehr sorgfältig umgehen. Sie stellen weniger das gesellschaftliche Gefährdungspotenzial in seiner Gesamtheit dar, als das, was polizeiliche Meldestellen an die entsprechenden Gremien weitergeben. Diese Zahlen sind mit hohen Dunkelziffern belastet, da viele Taten und Ereignisse aus den unterschiedlichsten Gründen bei der Polizei erst gar nicht registriert werden, beispielsweise weil sie die Betroffenen aus Angst nicht zur Anzeige bringen. Die handelnden Personen in den Sicherheitsapparaten stellen die Statistiken zwar sehr behutsam zusammen, dennoch lässt sich das Problem des Extremismus in der Gesellschaft mit Formen und Formeln der Statistik nicht eindeutig beschreiben. Die Zahlen lassen kaum Rückschlüsse auf die tatsächliche Verbreitung extremen Gedankenguts zu. Hierfür benötigen wir die Ergebnisse der Forschung, die sich auf die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts und auch ent-

sprechender Handlungspotenziale konzentriert, wie die Studien von Oliver Decker und Elmar Brähler. Auch bei den Untersuchungen von Wilhelm Heitmeyer, Richard Stöss und anderen sehen wir, dass antisemitische, rassistische, exkludierende und menschenfeindliche Einstellungen und Handlungsmuster in unserer Republik sehr viel weiter verbreitet sind, als es eine Kriminalstatistik abbilden kann.

Vergleichbares lässt sich von „Links“ nicht sagen, aber nicht deshalb, weil es hier kein extremistisches Gedankengut gäbe, sondern weil die Gegenstände der linken Debatten eher gesamtgesellschaftliche Fragen aufgreifen wie die Gerechtigkeitsfrage, Umwelt- und Klimaschutz oder die Gefahren, die vom „Kapital“ ausgehen. Das sind Themen, die in der Gesellschaft breit diskutiert werden und daher kaum Rückschluss über linksextreme Haltungen erkennen lassen. Zu Extremisten werden die Protagonisten dieser Debatten weniger über die Themen als über die Art und Weise, wie sie versuchen, die Themen in den politischen Diskurs einzubringen.

Heißt das, wenn sie Gewalt anwenden, um ihre Ideen zu verwirklichen?

Dovermann: Gewalt ist eine schwierige Kategorie, um eine Grenze zum Extremismus zu ziehen. Sie eignet sich dafür, eine Grenze zur Kriminalität zu ziehen, aber nicht alles, was kriminell ist, ist politisch. Und nicht alles, was politisch ist, ist kriminell. Die Gewalt ist sicherlich ein Indikator, den man einrechnen muss. Übrigens auch die Androhung von Gewalt und nicht nur die Ausübung: Ein schwarzer Block hat – auch wenn keine unmittelbare Gewalt angewendet wird – eine gewalttätige Wirkung. Das gleiche gilt für eine Nazi-Demonstration. Daher unterscheiden die Sicherheitsbehörden aus guten Gründen zwischen politisch motivierter Kriminalität und Extremismus. In den unterschiedlichen Kapiteln der jeweiligen Berichte wird diese Unterscheidung dadurch deutlich gemacht, dass auf der einen Seite die Parteien, ihre mediale Vernetzung und Parolen wie etwa Äußerungen von Spitzenfunktionären stehen, und auf der anderen Seite die unmittelbare Gewaltanwendung von Extremisten.

Dabei ist es ebenso verwerflich, Polizeibeamte mit einer Brandflasche in Gefahr zu

bringen, wie einen Migranten oder Homosexuellen anzugreifen. Man muss hinter die Gewalt schauen und sehen, dass Rechtsextremisten ihre Gewalt gegen die „Schwachen“ richten, Linksextremisten aber gegen das, was sie als Machtsymbole wahrnehmen. Dazu gehören Polizeibeamte oder auch „Luxuslimousinen“, die Reichtum und Kapitalismus – in ihrer Logik Unterdrückung und Ausbeutung der Schwächeren – symbolisiert. Das ist keine moralische Wertung, sondern eine für den Diskurs wichtige analytische Unterscheidung zwischen dem, wogegen sich die Gewalt richtet und wodurch sich der jeweilige Extremismus bedroht fühlt: Die einen behaupten, sie richten sich gegen die Macht, die Gerechtigkeit verhindere, und die anderen behaupten, sie richten sich dagegen, dass Migranten unser Sozialsystem ausbeuten würden.

Die Grenze zwischen „linken“ Debatten und dem Linksextremismus liegt eher da, wo politisch handelnde Menschen in kleinen, intransparenten Zirkeln Konzepte und Gesellschaftsentwürfe entwickeln, ohne sie auch nur ansatzweise mit anderen Teilen der Bevölkerung diskutiert zu haben oder diskutieren zu wollen. Da, wo politische Gruppen wie „Sektenführer“ behaupten, ihr Gesellschaftsentwurf sei die einzig legitime Wahrheit und die Gesellschaft müsse dahin geführt und umerzogen werden, notfalls mit Gewalt, fängt für mich Extremismus an. Mit anderen Worten: Wenn die Bereitschaft zum Diskurs mit der Gesellschaft unterbrochen und ersetzt wird durch eine Behauptung von Wahrheit, die nicht mehr diskutierbar ist und sich damit gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, die konstitutiv sind für die freiheitliche demokratische Ordnung, entzieht.

Ist die Ablehnung der Wirtschaftsordnung und des „Kapitalismus“ ein Indiz für die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung?

Dovermann: Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist nicht Gegenstand der Kriterien, die das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1952 als kennzeichnend für die freiheitliche demokratische Grundordnung benannt hat. Diese acht Kriterien sind die Menschenrechte, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhän-

gigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit der Parteien einschließlich der Oppositionsfreiheit. Das Grundgesetz bietet in den Artikeln 14 und 15 ausdrücklich die Möglichkeit der Vergesellschaftung und Verstaatlichung. Dagegen ist der absolut freie Verkehr von Geld und Waren – wenn man Kapitalismus so urliberalistisch verstehen will – nicht Gegenstand unserer Verfassung, die an vielen Stellen Einschränkungen des Eigentumsrechts und des „Kapitalismus“ vorsieht. Deshalb wäre auch die Behauptung, dass jeder, der sich kritisch zum Kapitalismus äußert, linksextremistisch sei, nicht mehrheitsfähig.

Heruntergebrochen auf Einzelfragen bewegt sich beispielsweise die Forderung nach Verstaatlichung der Banken – unabhängig von der Frage ihrer Zweckmäßigkeit – in der Tat im Grenzbereich zwischen extremistischen und noch tragfähigen Ansichten. Aber Personen, die eine Verstaatlichung des Bankenwesens fordern, sind eine Herausforderung, auf welche die Gesellschaft auch auf diskursiver Ebene reagieren muss. Nichtkonforme Positionen müssen zwar damit rechnen, dass sie infrage gestellt werden und unter Rechtfertigungsdruck geraten, dennoch müssten alle das Recht haben, eine solche Herausforderung für die Gesellschaft zu sein, solange sie nicht mit Gewalt drohen. Die Gruppen, die alternative Wege jenseits des politisch-fachlichen Mainstreams diskutieren wollen, sollten das tun können, aber öffentlich und nicht in klandestinen Sekten. Umgekehrt muss auch der politisch-fachliche Mainstream in der Lage sein, im Umgang mit diesen Gruppen sachlich zu argumentieren. Grundsätzlich geht es bei den geistigen Auseinandersetzungen darum, sich den Themen zu stellen, welche Extremisten jeglicher Couleur an und in die Gesellschaft herantragen, und auf die gesellschaftlichen Herausforderungen bessere „Lösungen“ und Antworten zu finden. Das ist nicht immer einfach, da sich Extremisten dadurch auszeichnen, dass sie einfache Lösungen propagieren. Die Gesellschaft muss lernen, auf die Fragen und Argumente der Extremisten reagieren zu können. Das ist das zentrale Motiv, weswegen ich versuche Extremismus und politische Bildung zusammenzubringen.

Jan Schedler

„Autonome Nationalisten“

Das Bild neonazistischer Demonstrationen hat sich in den vergangenen acht Jahren gewandelt. Auf den ersten Blick erinnert wenig an das in der Vergangenheit für dieses Spektrum stilbildende Auftreten. Schwarz verumumt drängen sich Jugendliche hinter bunten Transparenten, anstelle von Frakturschrift und Runen treten zeitgemäße Gestaltungsformen mit bekannten Comicfiguren. Verwendete Slogans wie „Capitalism kills“ oder „Gegen Krieg und Kapitalismus“ werden in der Regel eher mit der politischen Linken assoziiert. „Autonome Nationalisten“ (AN) nennen sich diese jugendlichen Neonazis, die sich nicht nur mit ihrer Selbstbezeichnung, sondern vor allem in ihren stilistischen und ästhetischen Praxen wie ihren Aktionsformen an den linken Autonomen orientieren.¹ AN sind eine Subform der sogenannten „Freien Kameradschaften“ oder auch „Freien Nationalisten“. Diese entstanden Mitte der 1990er Jahre in Reaktion auf die Verbote zahlreicher extrem rechter Organisationen. Während sich ein Teil der Neonazis in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) sammelte, wandten sich viele von den traditionellen Strukturen der bislang vor allem in Parteien und parteiähnlichen Vereinigungen organisierten Szene ab. Stattdessen organisierte man sich in kleinen, lose strukturierten Gruppen auf lokaler Ebene, den *Kameradschaften*. Diese unabhängigen Gruppen vernetzen sich häufig regional in *Aktionsbüros* oder *Aktionsbündnissen*. Angelehnt an die Organisationsstruktur der radikalen Linken zielen sie darauf ab, für staatliche Repression weniger angreifbar zu sein. Trotz einer regional unterschiedlich stark ausgeprägten Zusammenarbeit mit der NPD bestehen die mehr als 120 Kameradschaften auf ihrer Eigenständigkeit.

Jan Schedler

Dipl.-Soz. Wiss., geb. 1977;
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
an der Fakultät für Sozialwis-
senschaft der Ruhr-Universität
Bochum, Universitätsstraße 150,
44801 Bochum.
jan.schedler@rub.de

¹ Vgl. Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.), „Autonome Nationalisten“, Wiesbaden (i. E.).

Die neuen Strukturen eröffneten der Szene Möglichkeiten, neue Personenkreise für den Neonationalsozialismus zu gewinnen – speziell Jugendliche, die von den für Parteien typischen Regularien eher abgeschreckt werden. Zeitgleich entwickelte sich eine insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern stark ausgeprägte extrem rechte Jugendkultur, welche sich ausdifferenzierte und sich heute auch der Codes anderer Jugendkulturen als jener der Skinheads bedient.

Genese der „Autonomen Nationalisten“

Hatte sich das zuvor recht überschaubare optische Erscheinungsbild durch diese Entwicklung bereits diversifiziert, so waren es im Jahr 2002 Neonazis aus dem Berliner Kameradschaftsspektrum, die sich nicht nur in ihrem Äußeren verstärkt an der radikalen Linken orientierten, sondern auch mit der provokativen Selbstbezeichnung als „Autonome Nationalisten“ Bezug nahmen auf die Autonomen und deren militantes Selbstverständnis. Einerseits frustriert von den eingefahrenen Ausdrucksformen der neonazistischen Szene und deren kultureller Limitierung, andererseits fasziniert von der jugendkulturell wesentlich zeitgemäßerer Ästhetik, aber auch den Aktionsformen der linksradikalen Szene vor Ort, begannen Neonazis, vor allem aus dem Umfeld der Kameradschaft Tor, sich Stilelemente des politischen Gegners anzueignen. Hierin liegt das eigentliche Novum, war doch der Vorbildcharakter der Autonomen hinsichtlich ihrer Organisationsstrukturen und ihrer Aktionsformen bereits Mitte der 1990er Jahre von führenden Köpfen der neonazistischen Szene diskutiert worden. In expliziter Ablehnung der von ihnen als reformistisch verachteten NPD griffen zunächst jüngere Neonazis aus Nordrhein-Westfalen den neuen Ansatz auf und bezeichneten sich ebenfalls als „Autonome Nationalisten“.

Nur die wenigsten Gruppen der AN lassen sich schon durch ihre Eigenbezeichnung diesem Flügel des Neonazismus zurechnen. Entsprechend schwierig gestaltet sich eine zuverlässige Einschätzung des Personenpotenzials. Das Bundesministerium des Innern schätzt die Gesamtzahl organisierter Neonazis auf 5000,¹⁵ insbesondere der Zulauf, den die AN

¹⁵ Vgl. Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 62.

durch ihre gestiegenen Aktivitäten erhalten hätten, wird als wesentlicher Faktor für den erneuten Anstieg des neonazistischen Personenpotenzials gewertet. Den AN selbst seien davon mehr als zehn Prozent zuzurechnen, womit sich die Anhängerschaft dieser Strömung innerhalb von nur vier Jahren zumindest verdreifacht hätte.¹⁶ Eigenen Analysen zufolge dürfte die tatsächliche Zahl noch deutlich höher liegen. In fast allen Bundesländern existieren gegenwärtig neonazistische Strukturen, die den AN zuzurechnen sind, allerdings handelt es sich zum Teil um vereinzelte Kleingruppen. Regionale Schwerpunkte liegen vor allem in Nordrhein-Westfalen, Südwestdeutschland und im Großraum Berlin. Während es sich lange Zeit um ein Phänomen der westlichen Bundesländer handelte, so haben sich inzwischen auch in den ostdeutschen Ländern entsprechende Gruppen gebildet. Nachahmung findet das Phänomen inzwischen auch im europäischen Ausland.

Selbstverständnis

Das Selbstverständnis der „Autonomen Nationalisten“ ist gekennzeichnet durch eine spezifische Kombination von rebellischer Attitüde und revolutionärem Pathos. Leitlinien wie „Revolutionär – statt Reaktionär“¹⁷ oder „Während andere noch reden, handeln wir. Autonom“¹⁸ zeugen sowohl von der Abgrenzung gegenüber dem tradierten Auftreten der extremen Rechten als auch der Selbststilisierung als revolutionäre Elite. Es sind vor allem jüngere Neonazis, die den eingefahrenen Mustern der eigenen Szene entsagen und sich in individueller Selbstdarstellung wie kollektiver Außendarstellung im Kontext politischer Veranstaltungen radikal am Zeitgeist ausrichten. Sie verstehen sich selbst als Trendsetter in der extremen Rechten, als szeneinterne Avantgarde, als neu und innovativ. „Wir waren was Neues, wir waren was Junges, wir waren viel revolutionärer als die Anderen“, erklärt ein ehemaliger AN rückblickend.¹⁹ „Veraltete Parolen, angelehnt an vergangene

¹⁷ Vgl. BMI (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 60.

¹⁸ AN Wolfenbüttel/Salzgitter, o.J., online: www.anwfsz.info/politischetheorie/anwfsz.pdf (10.7.2010).

¹⁹ AN Südthüringen, o.J., online: www.netzwerkth.de/~ansued/ (28.11.2008).

¹⁶ Interview im Rahmen eines eigenen Forschungsprojekts.

Parteiprogramme oder verstaubte Bücher“ entsprächen einfach nicht dem Zeitgeist.⁷

Stattdessen bedient man sich gezielt einer Enteignung und Adaption von Symbolik und Aktionsformen der radikalen Linken. Die Nutzung der Selbstbezeichnung als *Autonome* geht einher mit einem Prozess des Kopierens und des extrem rechten Rekodierens von Ausdrucksformen der linksradikalen Autonomen. In der politischen Praxis findet diese Selbstinszenierung ihren Ausdruck beispielsweise in Transparenten, die an Stelle von Runen und Frakturschrift Slogans setzen wie „Ya basta! Es reicht!“. Galten Gegenwart und Zeitgeist in der neonazistischen Szene zuvor als dekadent, individualistisch und eine Orientierung an eben diesen als absoluter Gegensatz zur angestrebten Volksgemeinschaft nach historischem NS-Vorbild, so brachen die AN mit dieser Tradition kultureller Limitierung und erklärten, ihnen sei zur Erreichung der eigenen politischen Ziele jedes Mittel recht. Während NPD und klassische Kameradschaften sich als wahre Vertreter eines imaginierten Volkswillens verstehen, sich als diejenigen sehen, die den Unmut einer schweigenden Mehrheit verkörpern und auf die Straße trügen, sind die Aktivitäten der AN häufig von einem antibürgerlichen und provokativen Habitus geprägt.

Ideologie

Allen ästhetischen und semantischen Anleihen aus der radikalen Linken zum Trotz ist diese Abgrenzung nicht ideologischer Natur, wie „Autonome Nationalisten“ angesichts andauernder Kritik aus den eigenen Reihen nicht müde werden zu betonen. Es handele sich lediglich um eine *Aktionsform*, die sich in den vergangenen Jahren entwickelt habe, nicht jedoch um eine eigene *Weltanschauung*: „Der Autonome Nationalismus bezeichnet eine Agitationsform, welche sich die letzten Jahre innerhalb der nationalen Bewegung entwickelt hat. Eine eigene Weltanschauung o. Ä. ist mit AN nicht gemeint.“⁸

⁷ AN Gladbeck, o. J., online: www.ag-ruhr-mitte.info/Aktionsgruppe%20Ruhr-Mitte/index.html (10. 1. 2008).

⁸ Bundesweit genutztes Positionspapier der AN, o. J., online: www.logr.org/fnmitte/?page_id=37 (14. 4. 2010), <http://bayerischeruntermain.wordpress.com/ueberuns/der-autonome-nationalismus-eine-agitationsform/> (13. 9. 2010).

Die im Mittelpunkt stehende Adaption von Ausdrucksformen der Linken korrespondiert dabei nicht mit einer ideologischen Flexibilisierung. Zwar bedienen sich die AN mit Transparentaufschriften wie „Kapitalismus abschaffen“ oder „Freiheit für alle – aus dem System ausbrechen“ semantischer Anleihen beim politischen Gegner. Tatsächlich versuchen sie, Deutungskämpfe um politische Themenfelder zu führen, die traditionell von der Linken besetzt sind. Kern ihrer Agitation sind mit völkischem Antikapitalismus und Antisemitismus zentrale Ideologieelemente des Nationalsozialismus, welche die AN mit Blick auf gegenwärtige Feindbilder und Ressentiments zu aktualisieren suchen, um sich auf diese Weise neue Zielgruppen zu erschließen. Inhaltlich handelt es sich nicht um eine Modernisierung, sondern um eine Aktualisierung von – im Kern unveränderten – ideologischen Deutungsangeboten. Außerdem verfolgen die AN mit den gewandelten Darstellungsformen eine Strategie der Dekontextualisierung, indem sie in der Vermittlung ihrer politischen Ziele gezielt versuchen, diese von ihren historischen und ideologischen Zusammenhängen zu entkoppeln.

Adaption der Ästhetik

Die Modernisierung extrem rechter Agitation durch die AN ist daher vor allem eine stilistische und ästhetische Neuerung. Durch die AN erfuhr die kulturelle Limitierung eine Entgrenzung: „Es gab damals (...) gewisse Zwänge. (...) Als Nazi hat man sich so und so zu kleiden, man hat das und das zu essen, man hat die und die Musik zu hören. Und, das war bei diesem AN-Konzept halt eben nicht so. Man konnte sich anziehen, wie man wollte, man konnte essen was man will, man konnte Musik hören, was man möchte und musste nur diese Ideologie propagieren. (...) Also man konnte leben wie man will, man konnte alternativ, cool, locker irgendwie leben und gleichzeitig Nazi sein“, erklärt ein ehemaliger Neonazi.⁹ Die durch die AN gesteigerte Verbreitung zeitgemäßer Bekleidungsformen aus der links-alternativen Jugendkultur dürfte daher bedingt sein durch den Wunsch der Einzelnen nach mehr Individualität. Gleichzeitig ist dies eine Folge der gestiegenen Po-

⁹ Interview im Rahmen eines eigenen Forschungsprojekts.

pularität der Musikrichtung des sogenannten *National-Socialist Hardcore* (NSHC), der sich am für die linke Szene stilbildenden Lifestyle der Hardcore-/Punk-Szene ausrichtet. Der von den AN adaptierte Style – Cargohosen, Kapuzenpullover und Button-besetzte Basecaps – ist inzwischen in der neonazistischen Szene weit verbreitet. Ungeachtet der jugendkulturellen Motive erklären die AN diese Praxis zur politischen Strategie. Gezielt versucht man sich abzugrenzen vom gängigen Medienbild und bemüht sich, den Eindruck zu vermitteln, Äußerlichkeiten spielen für eine Partizipation überhaupt keine Rolle: „Wir sind keine gewalttätigen arbeitslosen Schläger mit Glatze und Stiefeln, wie es in den Medien berichtet wird.“¹⁰ Es sei unwichtig, welche Musik man höre oder welche Kleidung man trage; was zähle, sei der persönliche Einsatz für die gemeinsame Sache.¹¹

Auch in ihrer Zeichensprache und Symbolik orientieren sich die AN an moderner Popkultur wie auch dem politischen Gegner. Während die Versuche, das Bild des nationalsozialistischen Soldaten in die Gegenwart zu übertragen, in der Vergangenheit häufig altbacken wirkten, wollen die AN die Jugendlichen dort abholen, wo sie stehen: „Das heißt, dass wir uns dafür einsetzen alle relevanten Teile der Jugend und der Gesellschaft zu unterwandern und für unsere Zwecke zu instrumentalisieren. (...) Ultrakonservatives Gerede können wir nicht mehr hören.“¹² Zwar wenden sich auch die AN in ihren Verlautbarungen radikal gegen den Zeitgeist, andererseits erfährt dieser in ihren Selbstinszenierungen eine geradezu euphorische Huldigung. Es sind fundamentale Widersprüche wie dieser, die kennzeichnend sind für das Phänomen AN, die nach Aussagen ehemaliger Neonazis von den Akteuren allerdings ausgeblendet werden.

Die häufig bis ins Detail gehende Übernahme der Symbolik der linken Autonomen zeigt, dass es sich nicht um reine Anpassung an den Zeitgeist handelt. Anfänglich vor allem als Provokation gedacht, werden Symboliken und Insignien des politischen Gegners

aus ihrem ursprünglichen politischen Kontext gerissen beziehungsweise auf einzelne Aspekte reduziert, um diese in neonazistischem Zusammenhang nutzbar zu machen und neu zu besetzen. Gezielt versucht man auf diese Weise insbesondere junge Menschen für die rechte Szene zu interessieren, die sich unabhängig von den politischen Inhalten durch Ästhetik und Codes der Linken angezogen fühlen: „Diese ‚Autonomen‘ kopieren den Stil und die Aufmachung der linken Strukturen und von linken bisher agitierten Jugendkulturen, dabei werden die bekannten Symbole und Outfits mit unseren Inhalten besetzt und in unserem Sinne interpretiert. (...) Mittels dieses Auftretens besteht die Möglichkeit sozusagen unerkannt, da dem bekannten Bild des ‚Faschisten‘ entgegen laufend, in die bisher von gegnerischen Lagern beherrschten Gebiete vorzudringen, politisch und kulturell. Graffitis sprühen, unangepasst und ‚hip‘ sein können nicht nur die Antifazkes, sondern auch wir, damit erreichen wir ein Klientel welches uns bis dato verschlossen geblieben ist.“¹³ Aussteiger betonen jedoch, dass dies nur bedingt Wirkung zeige; so seien es zumeist ohnehin rechts eingestellte Jugendliche, die den Weg zu den AN finden.

Aktionsformen

Die AN propagieren eine strikt antiparlamentarische Politik: „Wir glauben nicht daran, dass Wahlen etwas verändern können und geben uns nicht der Illusion hin, auf demokratischem Wege Veränderungen zu erreichen. Die neue Revolution muss auf der Straße stattfinden“, erklärt beispielsweise die „Aktionsgruppe Rheinland“.¹⁴ Entsprechend sind die AN sehr aktionistisch ausgerichtet. Ihre politische Praxis ist geprägt von einer großen Zahl kleinerer Aktionen, die sich auch von wenigen Personen durchführen lassen. Orientiert an der politischen Linken zählen neben Spontandemonstrationen, Störungen missliebiger Veranstaltungen oder Gegendemonstrationen auch sogenannte Direkte Aktionen wie symbolische Hausbesetzungen zum Aktionsrepertoire.

¹⁰ AN Sauerland, o.J., online: <http://logr.org/ansauerland/jugend-zu-uns/> (3.2.2010).

¹¹ Vgl. Aktionsgruppe Rheinland, o.J., online: www.ag-rheinland.info/bereich/werdeaktiv (3.2.2010).

¹² Vgl. AN Wuppertal/Mettmann, o.J., online: www.ab-west.net/anwm.html (21.5.2006).

¹³ Axel W. Reitz, o.T., online: <http://freies-forum.net/board/thread.php?threadid=1044> (21.5.2004) (diese Webseite ist seit 2005 nicht mehr online), ebenfalls online: www.netz-gegen-nazis.de/artikel/das-label-autonome-nationalisten (13.9.2010).

¹⁴ Aktionsgruppe Rheinland (Anm. 11).

Ihre Aktivitäten sind von der für die AN typische Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Einerseits dienen sie vor allem dem Ziel, in Konkurrenz zum politischen Gegner den öffentlichen Raum zu besetzen oder sich gegenüber der Staatsmacht zu behaupten. Die Erfolge eigener Aktionen werden dementsprechend häufig an Existenz und Dynamik der Reaktionen seitens der radikalen Linken oder der Polizei gemessen. Im Mittelpunkt stehen zumeist nicht politische Inhalte und deren Vermittlung, sondern die Selbstinzenierung als dynamisch, rebellisch und militant. Andererseits versucht man mancherorts, sich auf lokaler Ebene bürgerlich zu geben und realpolitisch zu agieren, was dazu führt, dass beispielsweise mit den eigenen Graffiti-Parolen geprahlt und gleichzeitig saubere und ordentliche Innenstädte gefordert werden.

Insbesondere der Charakter vieler extrem rechter Demonstrationen hat sich durch die AN verändert: Schwarz gekleidet, mit Sonnenbrillen, Handschuhen und anderen Accessoires erscheinen die Neonazis zwar noch stärker uniformiert, als dies in der Vergangenheit der Fall war, aber mit einem ordentlichen, disziplinierten Aufzug haben ihre schwarzen Blöcke nur wenig gemein. Gerade die von der Linken adaptierte Aktionsform des Schwarzens Blocks prägt das Selbstverständnis der AN ebenso wie ihre Außenwahrnehmung durch die Öffentlichkeit. Durch die generell hohe Anzahl neonazistischer Demonstrationen hatten diese zuvor zumeist wenig spektakulären Veranstaltungen gerade für jugendliche Neonazis an Attraktivität verloren. Bei ihnen haben häufig subjektive Erfolgsergebnisse Vorrang vor der Vermittlung politischer Inhalte. Durch das rebellische Auftreten der „Autonomen Nationalisten“ und die offensiv propagierten Auseinandersetzungen mit der Polizei und den Gegendemonstranten haben die Demonstrationen jedoch einen Erlebnischarakter erhalten, der das Mobilisierungspotenzial unter jungen Neonazis vergrößert.

Gewalt

Die extreme Rechte betrachtet Kampf beziehungsweise Krieg ihrer sozialdarwinistischen Ideologie entsprechend als ontologi-

sche Seinskategorie.¹⁵ Die Anwendung von Gewalt gilt daher zumindest in weiten Teilen des neonazistischen Spektrums als legitim. Während sich NPD und viele Kameradschaften um ein möglichst gesetzeskonformes Verhalten bemühen, um politische Inhalte an breite Bevölkerungsschichten zu vermitteln und unter diesen Sympathisanten zu gewinnen, sind den AN solche Bestrebungen fremd. Die provokativ zur Schau getragene Gewaltbereitschaft und das aggressive Auftreten sind zentrale Elemente ihres politischen Selbstverständnisses. Ihre ostentative Gewaltbereitschaft äußert sich nicht nur in rebellischen Parolen wie „Autonom, militant, nationaler Widerstand“, sondern findet ihren Ausdruck auch in martialischen Darstellungsformen. Gewalt ist jedoch nicht nur ein Mittel zum Zweck, sondern ein konstitutives Element der spezifischen extrem rechten Erlebniswelt der AN: Durch ihren kulturellen Habitus wird Gewalt auf einer symbolischen und einer faktischen Ebene ästhetisiert und legitimiert.¹⁶

Neuer Stil

Die unterschiedlichen Spektren der extremen Rechten lassen sich unter anderem durch die Akzentsetzungen in der Stil- und Symbolpolitik differenzieren. Die „Autonomen Nationalisten“ und die für sie konstitutive „Stilbastelei“ sind daher nicht nur Ausdruck einer Suchbewegung, sondern ebenso von Distinktionskämpfen.

Durch das zeitweilige *anything goes* postmoderner Beliebigkeit der AN eröffnete sich im deutschen Neonazismus ein Experimentierfeld, aus dem sich in Abgrenzung von dem bisherigen Auftreten der eigenen Szene, in Orientierung am Zeitgeist und nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ein neuer Stil ausgebildet hat. Dieser kann verstanden werden als ein eigenständiges Sinnkonzept, zu dem Kleidung, Symbolik und Habitus ebenso zählen wie die spezifische Art und Weise, in der kulturelle

¹⁵ Vgl. Fabian Virchow, *Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten*, Hamburg 2006, S. 72 ff.

¹⁶ Vgl. Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. (Hrsg.), *Die „Autonomen Nationalisten“ als Erscheinungsform des Rechtsextremismus*, Hintergrundpapier, (2008) 1, Magdeburg-Halle/S. 2008.

und politische Inhalte aufgenommen, interpretiert und ausgedrückt werden.¹⁷

Die „Stilbastelei“ der AN ist dabei nicht so ungewöhnlich, wie sie vielleicht auf den ersten Blick anmutet. Die Genese neuer kultureller Stile basiert grundsätzlich auf einer differenzierenden Selektion aus der Matrix des Bestehenden: Stile werden nicht aus dem Nichts geschaffen, sondern durch Transformation und Umgruppierung des Bestehenden in ein Muster, durch welches mit ihm eine neue Bedeutung verbunden wird.¹⁸ Dieser Prozess einer Übersetzung des Gegebenen in einen neuen Kontext und seine Adaption, den die AN vollzogen haben, kann als Bricolage (Bastelei) bezeichnet werden.¹⁹ Allerdings handelt es sich hier im Ursprung primär nicht um ein strategisches Vorgehen, sondern um eine Folge jugendkultureller Dynamiken, die in Abgrenzung vom Status quo der Neonaziszene auf die Schaffung eines identitätsstiftenden eigenen Stils abzielten. Erst später erkannte man die Möglichkeiten, auf diese Weise neue Mitstreiter zu gewinnen.

Rollback

Die Adaption linker Symbolik durch die AN und insbesondere ihr militantes Auftreten haben von Beginn an zu Konflikten sowohl mit der NPD als auch mit Teilen des Kameradschaftsspektrums geführt. Als sich die NPD im Jahr 2007 im Sinne einer taktischen Zivilisierung von dem Gebaren der AN distanzierte, solidarisierte sich der Großteil der Kameradschaften mit diesen, woraufhin die Partei – in vielen Regionen angewiesen auf die Unterstützung aus diesem Spektrum – zurückrudern musste. In der Folgezeit hat die von den AN geprägte Ästhetik weit über deren Spektrum hinaus Verbreitung gefunden. Gleichzeitig entwickelte sich unter den AN ab 2008 eine intensive Diskussion über die eigene Praxis, in der deutlich selbstkritische Töne laut wurden:

¹⁷ Vgl. Daniel Schlüter, Riot im Kopf. Inhaltliche Perspektiven des „Autonomen Nationalismus“, in: Jürgen Peters/Christoph Schulze (Hrsg.), „Autonome Nationalisten“. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur, Münster 2009, S. 22.

¹⁸ Vgl. John Clarke, Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt/M. 1979, S. 138.

¹⁹ Vgl. Claude Lévi-Strauss, Das wilde Denken, Frankfurt/M. 1973, S. 29f.

Leider sei die Agitations- und Aktionsform der AN von manchen Neonazis als neue ideologische Ausrichtung, von anderen als vom Aussehen bestimmte Subkultur missverstanden worden. Es fehle teilweise völlig die theoretische Fundierung, stattdessen dominierten Lifestyle und blinder Aktionismus.²⁰

War die Aufregung nach der Erklärung der NPD noch groß gewesen, so hat man – auch unter Einfluss des medienwirksamen Ausstiegs mehrerer „Autonomer Nationalisten“ aus der neonazistischen Szene – offenbar erkannt, dass sich postmoderne Beliebigkeit und hedonistische Selbstverwirklichung nur schwerlich mit dem Beharren auf einer nationalsozialistischen Identität des Einzelnen und dem gemeinsamen Streben nach einem völkischen Autoritätsstaat vereinbaren lassen. Anstatt allein möglichst anziehend auf Jugendliche zu wirken, sei eine Rückbesinnung auf völkische Werte und Traditionen notwendig.²¹ Jugendliche die nicht bereit seien, die theoretischen Grundsätze des Nationalsozialismus zu verinnerlichen, dürften nicht aus Gründen der Quantität die Reihen füllen. Offenbar hat hier ein *rollback* eingesetzt, erklärt man doch, es gelte sich dem „widernatürlichen Zeitgeist“ zu widersetzen.²²

Tatsächlich lässt sich auch in der politischen Praxis ein Wandel ausmachen: Für eine Demonstration in Recklinghausen im Jahr 2009 verbat sich die organisierenden AN aus NRW englischsprachige Parolen und forderten ein „ordentliches“ Erscheinungsbild, schließlich repräsentiere man immer noch ein Volk, samt Kultur und Identität und keine neuzeitlichen Subkulturen.²³ Mit in Frakturschrift gehaltenen Transparenten, zahllosen schwarz-weiß-roten Fahnen und Fahnen mit gekreuztem Hammer und Schwert – unter anderem Symbol des „national-revolutionären“ Flügels der NSDAP – legte man auch optisch ein Erscheinungsbild an den Tag, das traditioneller wirkte als so manche ande-

²⁰ Vgl. Freie Nationalisten Gladbeck, o.J., online: <http://forum.widerstand.info/showthread.php?t=19> (3.2.2010).

²¹ Vgl. ebd., online: <http://fng.1st-amendment.info/aktuelles/oktober%2008/mittelpunkt.htm> (3.2.2010).

²² Ebd., online: <http://freie-nationalisten-gla.net/aktuelles/mai%2009/familie.htm> (13.9.2010).

²³ Vgl. Tomas Sager, Neonazi-Demo in Recklinghausen, online: www.bnr.de/content/neonazi-demo-in-Recklinghausen (3.2.2010).

re Demonstration aus dem Kameradschaftsspektrum oder der NPD.

Kurzum

Die „Autonomen Nationalisten“ sind eine ästhetisch-stilistische und strategisch-aktionistische Neuerung im deutschen Neonazismus, die dessen Auftreten insgesamt modernisiert hat. Durch eine Adaption ikonografischer Formen der linksradikalen Autonomen, der Entwendung von Codes und Handlungsritualen und deren extrem rechter Rekodierung ist es gelungen, das jugendkulturelle Identitätsangebot der extremen Rechten zu erweitern und insbesondere bei Demonstrationen einen neuartigen Erlebnischarakter zu gewährleisten.

Es findet seitens der AN keine Abkehr von zentralen NS-Ideologieelementen statt, sondern man beschränkt sich darauf, diese mit Blick auf gegenwärtige Feindbilder und Ressentiments zu aktualisieren, um sich neue Zielgruppen zu erschließen. Gleichzeitig bedienen sie sich des rebellischen Habitus linker Jugendkultur als Projektionsfläche für ihre politischen Ziele. Extremismustheoretische Gleichsetzungen der AN mit linksradikalen autonomen Szenen sind daher unhaltbar, blenden sie doch in ihrer Oberflächlichkeit nicht nur deren grundlegende ideologische Verschiedenheit, sondern auch die Widersprüchlichkeit zwischen offen zur Schau getragener postmoderner Lebensstilpluralisierung und proklamierter völkischer Vergemeinschaftung der AN aus.

Während einerseits bestimmte Stilelemente der AN wie Kleidung oder Transparentgestaltung gegenwärtig in der gesamten neonazistischen Szene Anwendung finden, kann andererseits in Teilen eine Rückbesinnung auf tradierte Ausdrucksformen festgestellt werden. Che-Guevara-T-Shirts etwa finden sich kaum noch, auch manche Webseiten bedienen sich wieder eher ästhetischer Elemente aus dem NS als jener der Popkultur. Insgesamt ist daher wieder eine stärkere Verzahnung des neonazistischen Spektrums zu beobachten.²⁴ Die AN sind nur noch begrenzt als eigener Flügel wahrnehmbar. Vielmehr sind sie ein Modernisierungsfaktor im Neonazismus, durch den sich der etablierte Szenestil verändert hat.

²⁴ Vgl. BMI (Anm. 2), S. 64.

Roland Eckert

Kulturelle Homogenität und aggressive Intoleranz. Eine Kritik der Neuen Rechten

Als Antithese zur Neuen Linken wurde ab 1969 die Neue Rechte von dem französischen „Rechtsintellektuellen“ Alain de Benoist begründet. Seine zahlreichen Schriften sind auch in Deutschland aufgegriffen worden.¹ Die Idee einer Neuen Rechten findet heute vor allem im Umkreis der Wochenzeitung

„Junge Freiheit“, der Monatsschrift „Sezession“, der Schriftenreihe „Antaios“, des „Instituts für Staatspolitik“ und des Onlinemagazins „Blaue Narzisse“ Niederschlag, wobei der Begriff „Neue Rechte“ selbst kontrovers ist.² Die Begriffspolitik läuft darauf hinaus, sowohl den Begriff „konservativ“ als auch den Begriff „rechts“ zu besetzen und sich „vor jeder Ablenkung ins ‚Liberalkonservative‘, ‚Freiheitlich-Konservative‘, ‚Kulturkonservative‘, ‚Wertkonservative‘“³ zu bewahren. „Was spricht eigentlich dagegen, sich ‚rechts‘ zu nennen, da wo das Rechte, das Richtige gedacht, gewollt, getan wird?“⁴ 1994 verließen nach einem Streit über den „Leuchterreport“ Armin Mohler, Andreas Molau und Götz Meidinger die „Junge Freiheit“. Seither grenzen diese und das Institut für Staatspolitik sich gegen den Nationalsozialismus und seine Traditionswahrer, gegen Antisemiten und Geschichtsrevisoren ab und orientieren sich am konservativen Widerstand gegen Hitler, wie er für sie durch Claus Schenk Graf von Stauffenberg repräsentiert wird.⁵

Roland Eckert

Dr. phil., geb. 1937; Prof. em. für Allgemeine Soziologie, Fachbereich IV – Soziologie, Universität Trier, 54286 Trier. eckert@uni-trier.de

¹ Vgl. Armin Mohler, Vorwort, in: Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts, Krefeld 1985, S. 9–12.

² Vgl. Institut für Staatspolitik (Hrsg.), Die „Neue Rechte“. Sinn und Grenze eines Begriffs, Albersroda 2003.

³ Karlheinz Weißmann, Der konservative Katechismus, in: Sezession, (2009) 29, S. 36.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. Götz Kubitschek, 20 Jahre Junge Freiheit, Albersroda 2006, S. 194–206.

Vertreter der Neuen Rechten sind rechtsradikal, weil die universelle Geltung der Menschenrechte infrage gestellt wird, sie sind aber nicht notwendig rechtsextrem im Sinne eines Angriffs auf die Verfassungsordnung, wenn man das Verfassungsgerichtsurteil vom 25. Mai 2005, das der ehemalige Bundesanwalt Alexander von Stahl zugunsten der „Jungen Freiheit“ erkämpft hat, zu Grunde legt.⁶ Die Übernahme der politischen Philosophie Carl Schmitts begründet aber Zweifel daran, ob die Menschenwürde jenseits ethnischer Grenzen von ihnen so gewahrt wird, wie es dem Grundgesetz entspräche.⁷ Indem sie die „positiven“ Seiten der deutschen Geschichte wie des Preußentums betonen und die Verbrechen anderer Völker thematisieren,⁸ wollen sie Deutschland von der „Vergangenheitsbewältigung“ befreien und zu einer „selbstbewussten Nation“ machen.

Ethnopluralismus – was ist das?

Im Zentrum der Gedankenwelt der Neuen Rechten steht das „Recht auf kulturelle Differenz“ von unterschiedlichen Ethnien und Nationen auf möglichst getrennten Territorien. Das demokratische Subjekt werde nicht von Individuen, sondern vom „Volk“ beziehungsweise von ethnischen und religiösen Gemeinschaften konstituiert. Weil die Ideen von Alain de Benoist nicht unmittelbar durch nationalsozialistische Verbrechen diskreditiert sind, eignen sie sich eher zur Legitimation einer Politik der kulturellen Homogenität, die gegen Einwanderung, „Vermassung“,⁹ „Amerikanisierung“¹⁰ und insbesondere gegen den Liberalismus und „Individualismus“ in der Menschenrechtstradition gerichtet ist. Diese ethnopluralistische Kulturtheorie wird durch das Freund-Feind-Theorem von Carl Schmitt und die Annahme eines „Aggressionstriebes“

⁶ Vgl. Roland Eckert, Extremismus und kein Ende: zur Dynamik von Radikalisierung, in: R. Egg (Hrsg.), Extremistische Kriminalität. Kriminologische Zentralstelle, Wiesbaden 2006, S. 107–126.

⁷ Vgl. Wolfgang Gessenharter, Der Schmittismus der „Jungen Freiheit“ und seine Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz, in: Stephan Braun/Ute Vogt (Hrsg.), Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Wiesbaden 2007, S. 77–94.

⁸ Vgl. Alexander Ruoff, Verbiegen, Verdrängen, Beschweigen, Münster 2001.

⁹ Alain de Benoist, Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 2003, S. 13.

¹⁰ Ebd., S. 128.

nach Konrad Lorenz überlagert,¹¹ der, so Lorenz, in der Gegenwart durch ein „Erlahmen der Abwehrbereitschaft“¹² geschwächt sei. Götz Kubitschek vermutet in dieser Tradition, dass die heutige „weiche, pathologische Form der Toleranz tatsächlich ein wichtiger Indikator für einen an das Ende seiner Kraft gelangten Lebensentwurf, hier also: den europäischen“¹³ sei. Weil Völker „Wesenheiten mit eigener Persönlichkeit“ seien, „die sich im Lauf der Geschichte geprägt“¹⁴ haben und zum Träger des „Politischen“, also des Staates bestimmt seien, müssten diese sich vor Überfremdung schützen.

Gibt es eine „völkische“ Kultur?

Historisch gesehen kommen – so ist hier einzuwenden – Vorstellungen getrennter Kulturen schon immer zu spät. Nicht nur die „Stämme“, aus denen das Heilige Römische Reich Deutscher Nation gebildet wurde, sondern auch die „Kultur“ in Deutschland stand von Anfang an in engem Austausch mit den Traditionen anderer Länder. Die Mythisierung eines „deutschen Wesens“ ist nicht Ergebnis einer 2000-jährigen Geschichte von Arminius bis Bismarck, sondern Teil einer Grenzziehung zu Beginn des 19. Jahrhunderts, entstanden in dem doppelten Kampf der Nationalbewegung gegen die französische Fremdherrschaft einerseits und die unzähligen Fürstentümer andererseits, die nach dem Sieg über Napoleon die Souveränität wieder für sich beanspruchten. Sie war also Ausdruck spezifischer Konfliktlagen. Kultur aber hat sich auch damals kaum an tatsächlichen oder ersehnten Staatsgrenzen aufhalten lassen. Aktualisiert wird der völkische Kulturbegriff heute als Reaktion auf die Wanderung der Arbeitssuchenden und das exponentielle Anwachsen der Verfügbarkeit von Informationen rund um den Globus.

Recht auf Differenz

In dieser Situation verkündet die Neue Rechte, Kosmos, Natur und Mensch seien auf „Ver-

¹¹ Vgl. Karlheinz Weißmann, Krieg – nur eine Erfindung?, in: Sezession, (2003) 1.

¹² Vgl. Konrad Lorenz, Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit, München 1974.

¹³ Götz Kubitschek, Die 9. Todsünde der zivilisierten Menschheit, in: Sezession, (2009) 28, S. 26.

¹⁴ A. d. Benoist (Anm. 9), S. 42.

schiedenheit“¹⁵ ausgerichtet. Darum sollten sich auch Völker und Kulturgemeinschaften voneinander unterscheiden. Verschieden zu sein, sei ein Schutzrecht für traditionelle Gesellschaften und ein Abwehrrecht für Völker, die von Migration betroffen sind. Menschenrechte dagegen werden (in der Tradition Carl Schmitts) vor allem als „Neutralisierung des Politischen durch die Moral“,¹⁶ als „ideologische Verkleidung der Globalisierung“ und „Fortsetzung des kolonialen Syndroms“ gewertet.¹⁷

Wenig kontrovers ist dabei das Recht, „verschieden“ zu sein, das jedem Menschen, jeder Gemeinschaft, jeder Kultur zuzugestehen ist. Wir alle leben in Familien, haben eine Heimat, eine Sprache und sind durch sie mit einer größeren Gemeinschaft und deren Geschichte unlöslich verknüpft. Die konkrete, persönliche und verwandtschaftliche Loyalität, die daraus erwächst, steht aber keineswegs im Gegensatz zu den Menschenrechten. Denn diese schließen durchaus das Recht ein, von anderen verschieden zu sein. Sie werden daher auch von Minoritäten in Anspruch genommen, in denen der Individualismus kaum eine Rolle spielt. Die Anerkennung möglicher Differenz ist ein Element von Rechtsstaat und Demokratie und hat auch eine herausragende Bedeutung für die Formen, in denen Konflikte ausgetragen werden. Versuche, ethnische, kulturelle oder religiöse Homogenität durch die Unterdrückung von Religion, durch Sprachverbote und bürokratische Schikanen zu erzwingen, führen langfristig in Bürgerkrieg oder Terrorismus, wie sich in Spanien, der Türkei, in Sri Lanka und anderen Staaten gezeigt hat.

Pflicht zur Differenz?

Problematisch wird dieses „Recht auf Ungleichheit“ erst dadurch, dass es dem Prinzip nach nicht für Individuen, sondern für „Gemeinschaften“ gelten soll. Das Recht auf kulturelle Differenz ist nämlich nicht mehr gewährleistet, wenn aus ihm eine „Pflicht“ zur Differenz abgeleitet wird und Menschen dadurch zur Assimilation *an* eine Gemeinschaft

gezwungen werden. Diese Konsequenz des Ethnopluralismus ist kein Gedankenspiel. Auch heute noch verbietet eine amerikanische Sekte ihren jungen Leuten, zur höheren Schule zu gehen und begründet diesen Verstoß gegen die Schulpflicht mit dem (im Sinne der amerikanischen Verfassung) „höherwertigen“ Gut der Religionsfreiheit, das sie für sich in Anspruch nimmt. Ein Drittel der Jugendlichen verlassen später das Reservat und sind in den großen Städten ohne Berufschancen – Opfer ihrer Gemeinschaft.¹⁸ Auch „Ehrenmorde“ sind Ausdruck eines verwandtschaftlich beanspruchten Eigenrechts, demgegenüber das geltende Recht die individuellen Selbstbestimmungsinteressen der jungen Frauen zu verteidigen hat. Ein familiäres Sonder- oder gar Standrecht kann nicht durch die Achtung kultureller Differenz gedeckt sein.

Es ist daher nicht das Recht auf Differenz an sich, das im Widerspruch zu den Menschenrechten steht. Wir können unter dem Dach des Grundgesetzes durchaus Gemeinschaften gründen, die sich in ihrer Lebensform, ihrer religiösen Orientierung, ihrer inneren Ordnung voneinander unterscheiden und interne Hierarchien ausbilden. Menschen können in solchen Gemeinschaften ihre Anerkennung und Heimat finden, ja: ihre „Wurzeln“ schlagen. Das Lob der „Bindungen“ im konservativen Denken ist durchaus berechtigt. Nur eines muss gewährleistet sein: dass Menschen sich aus freien Stücken diesen Gemeinschaften anschließen, in „Zucht“ nehmen lassen *und* aus ihnen auch wieder ausscheiden können. Die Wahrung dieses Selbstbestimmungsrechts ist der Sinn der Schutzrechte im Grundgesetz und der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen. Diese richten sich nicht gegen Gemeinschaften und schon gar nicht, wie in der Tradition Carl Schmitts behauptet wird, grundsätzlich *gegen* den Staat, sondern versorgen diesen mit Akzeptanz und Legitimität. Das Recht auf Differenz muss aber von Individuen ausgeübt werden, die es dann in ihre Gemeinschaft einbringen können. Kollektive haben sich über die Zustimmung der Individuen zu legitimieren und nicht umgekehrt. Insofern können „autonome Gemeinschaften“¹⁹ zwar aufgebaut werden, aber keine individuellen Staatsbürgerrechte ablösen.

¹⁵ Ebd., S. 128.

¹⁶ Ebd., S. 27.

¹⁷ Alain de Benoist, Kritik der Menschenrechte. Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen, Berlin 2004, S. 10, S. 74.

¹⁸ Vgl. Russell Hardin, *One for All. The logic of group conflict*, Princeton–New Jersey 1995, S. 196, S. 202.

¹⁹ A. d. Benoist (Anm. 9), S. 68.

Verurteilt zum Kampf der Kulturen?

De Benoist sieht die Ursache der Vernichtung von Differenz nicht im missionarischen Eifer und dem Machtstreben religiöser und politischer Kollektive, sondern im modernen Individualismus und dem Kult der Gleichheit, den die Französische Revolution begründet habe. Konsequenterweise werden dabei Überlegungen zur Struktur moderner Gesellschaften ausgeblendet. Man glaubt, die gesellschaftliche Entwicklung durch „rechtes“ Denken neu und anders laufen lassen zu können. Es zeigt sich der gleiche Voluntarismus, den man vor 40 Jahren manchen Anführern der Neuen Linken vorwerfen musste, die zum Sprung aus dem „Reich der Notwendigkeit“ in das „Reich der Freiheit“ abhoben und schließlich in den Kadern von leninistischen und maoistischen Parteien, wenn nicht gar als Terroristen auf den Boden kamen.

Tatsächlich hat die heutige Welt sich aufgrund technischer Innovationen in Bild, Ton und Schrift umfassend vernetzt und die uralte Trennung der Traditionen durch den geographischen Raum minimiert. Zusammen mit den Wanderungsbewegungen stellt dies unweigerlich Kulturkontakt und Mischung her. Samuel Huntington meinte, dass dies zum *Clash of Civilisations* führen müsse, weil alle Menschen das tiefe Bedürfnis hätten, sich von anderen zu unterscheiden und daher auf „Blut und Überzeugung, Glaube und Familie“ zurückgreifen würden, wenn sie mit Fremden konfrontiert sind.^{F20} Seine These, dass die Großkonflikte der Zukunft vor allem Konflikte von Kulturen seien, bringt zentrale Positionen der Ethnopluralisten zum Ausdruck.

Nach allem, was wir wissen, ist der Kampf der Kulturen jedoch nur *eine* mögliche Reaktion auf die Begegnung der Menschen in einer globalisierten Welt. Viele Menschen pendeln unbekümmert zwischen zwei oder mehreren Welten, z. B. einer als „neutral“ wahrgenommenen beruflichen und öffentlichen Sphäre einerseits und einer durch spezifische religiöse Rituale bestimmten Familien- und Feiertagswelt andererseits, in der sie sich auf ihre innere „Heimat“ besinnen. Ob es zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft zu friedlicher Koexistenz, zur Konkurrenz, zum Kampf oder

^{F20} Vgl. Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations. Remaking of World Order*, New York 1996, S. 126.

zur „Gleich-Gültigkeit“ im doppelten Sinn des Wortes kommt, ist daher nicht generell zu prognostizieren, sondern hängt von Geltungsansprüchen, Strategien, Aushandlungsprozessen und Machtverhältnissen ab. Konflikttreiber können aktiv werden und Ideologien propagieren, die sich wechselseitig die Schuld zuweisen und sich in ihrer Feindschaft bestätigen (wie heute Islamismus und Islamophobie).

Einwanderung ist konfliktreich, bevor Fremdheit sich in Vertrautheit und Konkurrenz in Kooperation verwandelt hat. Niemand ist gerne in seiner Lebensform in der Minderheit. Wenn es beispielsweise um die Erziehung der Kinder geht, hoffen wir alle auf kulturelle Übereinstimmung und Unterstützung durch die Nachbarn und die Eltern der Schulkameraden.^{F21} Alle empirischen Untersuchungen zeigen indes, dass Menschen umso weniger Ablehnung und Fremdenfurcht äußern, je mehr Zuwanderer sie persönlich kennen. Die Informationen, die man von Mensch zu Mensch erhält, sind offenbar viel positiver, als die, die wir aus den Medien erhalten, in denen es zumeist um spektakuläre Konflikte und Verbrechen geht. Keineswegs muss es, wie Vertreter der Neuen Rechten glauben, zum Bürgerkrieg zwischen Einheimischen und Zuwanderern kommen, in dem Deutschland mit „Schuldkomplex“ und „universalistischem Humanitarismus“ sich abschaffe.^{F22}

Allerweltskultur und Kreativität – können sie nebeneinander bestehen?

De Benoist beklagt die zunehmende Angleichung der Städte, der Verkehrswege und der Lebensformen als Herrschaft des immer Gleichen, eine „weltweite Gleichschaltung“.^{F23} Sein Ethnopluralismus trifft sich hier mit der Kulturkritik von Herbert Marcuse und der linken Diagnose eines amerikanischen „Kulturimperialismus“. De Benoist verkennt dabei, dass die globale Kultur keineswegs uniform ist: Im Generationsgang, in den Sezessionen der Künstler, in der Reaktion auf neue technische Möglichkeiten in der Musik oder

^{F21} Vgl. Roland Eckert, *Wiederkehr des „Volksgesites“? Ethnizität, Konflikt und politische Bewältigung*, Opladen 1998.

^{F22} Vgl. Thorsten Hinz, *Zurüstung zum Bürgerkrieg*, Schnellroda 2009, S. 43 ff.

^{F23} A. d. Benoist (Anm. 9), S. 8.

dem Internet bilden sich immer wieder besondere und kreative Ausdrucksformen heraus. Im Widerstreit verschiedener Traditionen errichten Jugendliche ihre eigene und dritte Welt. Hybride Identitäten („Wir sind nicht Türken, nicht Deutsche, sondern Kreuzberger!“) entstehen, werden irgendwann „normalisiert“ und gelten schließlich vielleicht einmal als deutsches Erbe, wie weiland die französischen Märchen bei den Gebrüdern Grimm. Nicht mehr über voneinander abgegrenzte Orte, sondern über unterschiedliche Szenen, Themen und Stile differenziert sich Kultur in Zeiten der Globalisierung.^{F24}

Man fragt sich, warum dies von den „Rechten“ nicht gesehen wird. Vielleicht ist es die Allgegenwart eines Quotenfernsehens mit minimalen Qualitätsansprüchen, die gleichsam „aristokratische“ Abwehrreaktionen auslöst. Vielleicht ist es die Ablehnung von „Formlosigkeit“ (wie in der Kleidung, von Stilllosigkeit wie beim Essen, von exhibitionistischer oder voyeuristischer Erotik), die bei ihnen als „Dekadenz“ ästhetische Vorbehalte, ja: Ekel auslöst und auf Zuchtlosigkeit im Gefolge der 68er-Bewegung zurückgeführt wird. Nicht von ungefähr hat die Wiederentdeckung der Disziplin durch Bernhard Bueb^{F25} bei ihnen ein radikalisiertes Echo ausgelöst. Dabei ist es niemandem verwehrt, „stilvolle“ Erziehungs- und Lebensgemeinschaften aufzubauen, wie es die konservative Kulturkritik am Anfang des 20. Jahrhunderts (z.B. um Stefan George) auch ohne Chauvinismus geschafft hat. Sie haben sich aber eben *nicht* als räumlich, ethnisch oder religiös vorgegebene Gemeinschaften etabliert, sondern als „Bünde“ von *wahl-* und *wesensverwandten* Geistern – und zwar über Orte, Nationen und Konfessionen hinweg. Wahl-Nachbarschaft ist heute die Grundlage von Differenz. Als evolutionäres Prinzip hat die „kosmische Diversität“ mit ihr eine neue Basis gefunden.

Eine neue Aristokratie?

Die Ablehnung angenommener Gleichheitsforderungen beschränkt sich im Denken der Neuen Rechten nicht auf die Frage kulturel-

^{F24} Vgl. Roland Eckert et al., „Ich will halt anders sein wie die anderen“ – Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher, Opladen 2000.

^{F25} Vgl. Bernhard Bueb, *Lob der Disziplin – eine Streitschrift*, Berlin 2007.

ler Differenz, sondern will auch hierarchische Beziehungen zwischen den Menschen rehabilitieren. De Benoist weist insbesondere auf das Phänomen der aristokratischen Moral hin, die eine ungeschriebene Moral „gegen sich selbst“ sei und „Ausdruck einer privilegierten, direkten Beziehung zwischen einem selbst und etwas Höherem, zwischen dem, der lebt und dem, was seinem Leben Sinn gibt.“^{F26}

Auch hier sei unbestritten, dass Gemeinschaften ein gemeinsames Ethos entwickeln können, das sie zur Erbringung besonderer Leistungen befähigt. Religiöse, kulturelle, wissenschaftliche, politische und schließlich auch militärische Organisationen leben von der Ausbildung eines Ethos, das mit ihren Aufgaben eng verschränkt ist. Die gesellschaftliche Ordnung insgesamt braucht jedoch eine verlässliche Konfliktregelung durch Gesetzesrecht, weil das Ethos, das in den einzelnen Gruppen gilt, dem anderer Gruppen widersprechen kann. Warum sollte aber ein gruppenspezifisches Ethos und die Vorstellung, dafür bestimmt zu sein, durch das Prinzip rechtlicher und politischer Gleichheit der Individuen ausgeschlossen sein? Gerade die inhaltliche Offenheit des Gleichheitsprinzips eröffnet Raum für faktische und veränderbare Ungleichheit (nicht allerdings für wesensmäßige „Ungleichwertigkeit“). Der Wunsch, besser als Andere zu sein oder als etwas Besonderes anerkannt zu werden, ist eine starke Motivation der Lebensführung. Die Vision einer Aristokratie nimmt solche Impulse in sich auf, würde sie aber wieder entwerten, wenn immer schon feststünde, wer zu den „Besseren“ gehört, wenn Ungleichheit also in Ungleichwertigkeit erstarren würde. Demgegenüber käme es darauf an, zum Beispiel in Schulen und Jugendgruppen möglichst viele Gelegenheiten zu schaffen, in denen junge Menschen sich in spezifischen Zusammenhängen auszeichnen könnten – gegenüber anderen, die ihrerseits bei anderen Gelegenheiten einen Vorsprung anstreben können.^{F27}

Politik des Ausnahmezustands

Die Neue Rechte stellt nicht nur Differenzforderungen an die Kulturen, ohne zu beden-

^{F26} A. d. Benoist (Anm. 1), S. 88.

^{F27} Vgl. Benjamin R. Barber, *An aristocracy of everyone – the politics of education and the future of America*, New York et al. 1994.

ken, dass damit interner Zwang impliziert sein kann, sondern bringt die Differenz in einen gefährlichen Zusammenhang. Sie gräbt Carl Schmitt wieder aus, demzufolge das Wesen *des Politischen* in der Unterscheidung zwischen Freund und Feind liegt.¹²⁸

Bereits hier ist Einspruch zu erheben. Die Reduktion der politischen Prozesse auf *Freund* oder *Feind* ist nicht das Wesen des Politischen, sondern ist Folge der Eskalation von Konflikten, wie sie die Entstehungszeit der Theorie Schmitts ab 1927 bestimmte. Politik als Prozess kann nicht von einem *Ausnahmestand* her konstruiert werden, sondern ist immer auch Kompromiss und Verhandlung, um eben diesen zu vermeiden – das darf nicht im existenzialistischen Pathos der *Entscheidung* beiseitegeschoben werden. Nicht Krieg, sondern Frieden ist für die meisten Menschen das Ziel von Politik. Staaten haben sich von jeher dadurch legitimiert, dass sie friedliche Konfliktregulierung in rechtlichen Verfahren ermöglicht haben. Der Ausbau internationaler Institutionen kann weiterhelfen, damit Frieden auch zwischen den Nationen organisierbar wird.

De Benoist dagegen schreibt: „Der politische Akt par excellence ist die Bezeichnung des Feindes. Die Deutschen von heute drohen allein schon beim Aussprechen dieses Satzes in Ohnmacht zu fallen. Denn um den Feind zu bezeichnen, müsste man eine Zielvorstellung haben, und um zu einer solchen Zielvorstellung zu gelangen, müsste man auch wissen, was man sein will.“¹²⁹ Es geht also darum, einen Feind zu haben oder haben zu können. Wenn der Satz nicht leichtfertig formuliert ist, erscheint der Krieg hier nicht mehr nur als Vater, sondern Ziel aller Dinge. Muss der Wahnsinn des 20. Jahrhunderts wieder heraufbeschworen werden? In den jüngsten Balkankriegen wurde klar, was das angebliche Recht auf Differenz im „Ausnahmestand“ noch wert ist. Da wurden Menschen mit mehreren Zugehörigkeiten oder einem „fremdstämmigen“ Partner gezwungen, sich für eine Ethnie und gegen eine andere zu entscheiden. Sie mussten bei einer Seite unterkriechen, um nicht von beiden erst beargwöhnt, dann bekämpft und schließlich getötet zu werden. Über Todesangst ha-

¹²⁸ Vgl. Erich Vad, *Freund oder Feind. Zur Aktualität Carl Schmitts*, in: *Sezession*, (2003)1, S. 20–25; Alain de Benoist, *Carl Schmitt und der Krieg*, Berlin 2007.

¹²⁹ A. d. Benoist (Anm. 1), S. 104.

ben die *Warlords* auf dem Balkan, in Afrika und Südasien die Ethnisierung einer Bevölkerung vorangetrieben, die sich anfangs nicht notwendig in ethnischen Kategorien verstand und in der großen Mehrheit auch keine Hassgefühle gegeneinander hegte.

Lob der Intoleranz

Es kommt in der neurechten Ideenwelt noch schlimmer. Dass Kriege Männer brauchen – und verbrauchen –, wissen wir. Dass Männer Kriege brauchen (um sich ganz als Männer zu fühlen), verkennt die männliche Zurichtung, die in Zeiten des Krieges erfolgt. „Schlagt euch, werdet Männer!“ – dieser Ruf gellt den älteren von uns noch aus Kinderzeiten in den Ohren. All dies wird nun wieder einmal anthropologisch begründet – mit dem „Aggressionstrieb“ von Konrad Lorenz.¹³⁰

Ob Gewaltdispositionen für einen Krieg genutzt werden, darüber entscheidet letztlich die Form der Konfliktregulierung *in* und *zwischen* Gesellschaften, die sich dann auch in deren „Kulturen“ sedimentiert. Ob wir Gewaltbereitschaft fürchten oder aber als Kampfesmut preisen und der Erziehung zugrunde legen, ist nicht von der „Natur“ vorherbestimmt. Es liegt an uns beziehungsweise an Frieden und Unfrieden in einer Gesellschaft.

Genau diese Zivilisierung ist der Neuen Rechten ein Dorn im Auge. Nicht die unregulierte Aggression, sondern das „Erlahmen der Abwehrbereitschaft“ ist für sie der „Ernstfall an sich“.¹³¹ Uns Deutschen fehle die Kraft, das eigene Volk vor den Verrottungsszenarien der modernen, liberalen Massengesellschaft zu bewahren.¹³² Die heutige Form der Toleranz sei „die neunte Todsünde der zivilisierten Menschheit“.¹³³ „Das Gebot der Stunde ist also die Intoleranz, oder besser: das Lehren und das Erlernen der Intoleranz dort, wo das eigene in seiner Substanz bedroht ist. (...) Ganz Europa steht dem Mas-

¹³⁰ Vgl. Karlheinz Weißmann, *Krieg – nur eine Erfindung?*, in: *Sezession*, (2003) 1.

¹³¹ Vgl. K. Lorenz (Anm. 12); Henryk M. Broder, *Kritik der reinen Toleranz*, Berlin 2008.

¹³² Vgl. Götz Kubitschek, *Wir und die anderen – 12 Punkte zur Überfremdung*, in: *Sezession*, (2009) 33, S. 50.

¹³³ Ebd., S. 26 f.

senzuström muslimischer Migranten in einer fatalen Mischung aus Selbstzweifel (gesteigert: Selbsthass) und islamischer ‚Hyper-Identität‘ hilflos gegenüber. Deren Durchsetzungsaggressivität stößt auf mangelnde Verteidigungsbereitschaft (...). An die Stelle des deutschen kulturellen Standards und Bildungsanspruchs tritt nichts Besseres, sondern eine uns fremde Clan- und Sippenverbandskultur, die ohne das typisch deutsche und weit entwickelte Leistungsethos nimmt, was der Sozialstaat bietet.“^{P⁴}

Dass der Missbrauch von Sozialleistungen bei Migranten höher sei als bei Einheimischen, ist unwahrscheinlich. Für Kubitschek dürfte das allerdings nicht entscheidend sein, denn er ist der Meinung, dass ethnische Deutsche bevorzugt werden müssten. Es geht ihm also letztlich um eine Offensive gegen muslimische Einwanderer. Sie sind der Feind, der „bezeichnet“ werden muss.

Konflikte zwischen Cliquen, die sich über ethnische Zugehörigkeit definieren, sind in manchen Stadtvierteln und Schulen ein Problem. Gerade deshalb brauchen wir Konfliktschlichter und keine Konflikttreiber. Konflikteskalation ist ein sich über Gewalterfahrung selbst verstärkender Prozess und formt eine Weltsicht, die Carl Schmitt (aber nicht nur er, sondern auch Wladimir Iljitsch Lenin, Osama bin Laden und George W. Bush) für die eigentliche hielt. „Feindschaftsverweigerung“ ist dagegen eine strategische Option, um zu verhindern, dass sich die Fronten verhärten, bis schließlich der Waffengang unausweichlich wird. Triumphierend glaubt de Benoist am Ausnahmezustand nach dem 11. September 2001 bereits die Substanzlosigkeit der Menschenrechtstradition der Vereinigten Staaten gegenüber der von Schmitt geforderten uneingeschränkten Handlungsfähigkeit des Staates im „permanenten Ausnahmezustand“ illustrieren zu müssen.“^{P⁵}

Wissen, wohin man gehört!

Im Denken der Neuen Rechten wird letzten Endes die Solidarität, die wir in freundschaftlichen, familiären oder nachbarschaftlichen

^{P⁴} G. Kubitschek (Anm. 13), S. 50.

^{P⁵} Vgl. A. d. Benoist (Anm. 28).

Gemeinschaften erleben und leisten (religiös gesprochen: die Nächstenliebe), auf Völker als „imaginierte Gemeinschaften“^{P⁶} übertragen, nicht aber auf die Menschheit insgesamt. Damit verspricht es eine „eindeutige“ und von klein auf „vorgegebene“ kollektive Identität und kann (wie andere Sinngebungen mit einem unversöhnlichen Gegensatz zwischen Weiß und Schwarz, Gut und Böse), die Unsicherheiten des Lebenslaufs kompensieren, diesmal durch ein „Geburtsrecht“.

Von Anbeginn an ist der Mensch sicherlich ein Lebewesen, das immer wieder den Wunsch oder die Pflicht verspürt, sich selbst zu überschreiten und für ein größeres Ganzes da zu sein. Die Gemeinschaften, denen diese Solidarität zu Teil wird, werden ganz unterschiedlich definiert (davon war schon im Gleichnis des Samariters die Rede): Es kann das eigene Volk, die Religionsgemeinschaft, die Klasse, die Nation oder die Weltgemeinschaft sein. Für gedachte Gemeinschaften arbeiten wir, bringen wir Opfer, von ihnen her verstehen wir uns. Die weltgeschichtliche Entwicklung, insbesondere die Reduzierung von Raum und Zeit durch neue Technik, hat dazu geführt, dass neben Verwandtschaft, Nachbarschaft und Glaubensgemeinschaft in der Neuzeit die Nation und heute mehr und mehr die Menschheit insgesamt auf einen gefährdeten Erdball getreten ist. Der Schritt zu einem Weltbürgertum, das diesen heutigen Gegebenheiten entspricht und sie zu gestalten versucht, ist daher alternativlos. Die dazu notwendigen weltbürgerlichen Orientierungen schließen die Loyalität zu ethnischen und religiösen Gemeinschaften nicht aus, relativieren sie allerdings: Wir gehören weiterhin Verwandtschaften, Völkern, Nationen, Klassen und Glaubensgemeinschaften an. Diese sind aber nicht mehr das „letzte“ Wort. Das zu revidieren, scheint das Ziel der Neuen Rechten zu sein.

Lehren des 20. Jahrhunderts

Das Selbstbewusstsein der Deutschen werde durch „Schuldkult“, „Schuldlust“ und „Schuldstolz“ gebrochen, so Stimmen der

^{P⁶} Vgl. Benedict Anderson, *Imagined communities – reflections on the origin and spread of nationalism*, London et al. 2006.

Neuen Rechten.¹⁷ Traumata wird man aber nicht los, indem man sie ignoriert oder bagatellisiert. Wollen wir die Verbrechen des 20. Jahrhunderts – vom Todesmarsch der Armenier über die deutschen Konzentrationslager, die *Killing Fields* von Kambodscha bis zum Genozid in Ruanda – irgendwann einmal hinter uns lassen, müssen wir sie im Gedächtnis bewahren. Das Recht und die Würde des Trauerns gilt selbstverständlich für alle Opfer – auch die deutschen. Es geht dabei nicht um „Kollektivschuld“ oder „Meine Ehre heißt Reue“, wie die Neurechten das Gedenken ironisieren. Es geht um die Bewahrung eines Wissens, das wir nicht nur den Opfern der Vergangenheit, sondern vor allem den möglichen Opfern der Zukunft schulden. Jede abrechnende *Relativierung* von Völkermord gefährdet dieses Wissen und führt gerade *nicht* zu einer *selbstbewussten Nation*. Weil Völkermord aber in Zukunft durchaus wieder geschehen kann, sollte auch keine *Singularisierung* betrieben werden (auch nicht, wie häufig, als Antithese zur Relativierung).

Aktive Erinnerung zeigt uns, was wir uns sonst nicht vorstellen können: dass Menschen guten – nein, „heroischen“ Gewissens zu allen Tötungshandlungen fähig sind, wenn es ihnen zur Selbstbehauptung des Kollektivs notwendig erscheint, dem sie sich im Innersten zurechnen. Dies gilt auch für Massenvernichtung in den Kriegen. Es ist also *nicht* das „sogenannte Böse“, es ist *nicht* „der“ Aggressionstrieb in uns, der sich hier Bahn bricht. Eichmann war kein Triebtäter. Es ist viel schlimmer: Es ist die Selbstgerechtigkeit einer Moral, die sich auf ein imaginiertes und dann verabsolutiertes Kollektiv bezieht (durch welchen Glauben dies auch immer jeweils definiert sein mag), die alle anderen moralischen Impulse und Bedenken ausschaltet und Massen massenmorden lässt. Dieses Wissen ist aber vielleicht das wichtigste Vermächtnis des 20. Jahrhunderts, seiner Weltkriege und Völkermorde. Wir haben es weiterzugeben. Die Forderung nach völkischer Homogenität, die Reduktion von Politik auf Freund und Feind und die Rehabilitation der Intoleranz würde dagegen Deutschland letztlich auf einen neuen Nibelungenzug vorbereiten – wohin auch immer.

¹⁷ Vgl. Institut für Staatspolitik (Hrsg.), „Meine Ehre heißt Reue“. Der Schuldstolz der Deutschen, Albersroda 2007.

Karin Priester

Fließende Grenzen zwischen Rechts-extremismus und Rechtspopulismus in Europa?

Der französische Populismus- und Rechts-extremismusforscher Pierre-André Taguieff hat in den 1980er Jahren für den bis dahin als rechtsex-

Karin Priester

Dr. phil., geb. 1941; Prof. em. für Soziologie an der Universität Münster, Institut für Soziologie, Scharnhorststraße 121, 48151 Münster. priestek@uni-muenster.de

trem geltenden französischen Front National (FN) die Bezeichnung „nationalpopulistisch“ eingeführt, ohne dass dieser einen substantziellen Richtungswechsel vorgenommen hatte. Der FN ergriff rasch dieses Unbedenklichkeitsattest, das seine Nähe zum Vichy-Regime und die Leugnung des Holocaust durch prominente Mitglieder ausblendete und bezeichnet sich seit den 1990er Jahren selbst als „populistisch und stolz darauf“.¹ Diese Kontaminierung von Rechts-extremismus (RE) und -populismus bedeutet einerseits eine Verharmlosung und Banalisierung des RE. Andererseits verweist sie auf einen Modernisierungsschub im RE seit den 1980er Jahren, bei dem der FN eine Vorreiterrolle vor allem für die British National Party (BNP) und den Vlaams Belang (VB) gespielt hat. Das neue Erfolgsrezept, mit dem man die Stigmatisierung als rechtsextreme Randpartei abzustreifen gedachte, beruhte auf ethno-nationalistischer Fremdenfeindlichkeit und der Vermischung von Anti-System- mit Anti-Establishment-Rhetorik. „Die extreme Rechte konnte auf diese Weise politischen Protest schüren und zugleich verhindern, als antidemokratisch stigmatisiert zu werden.“²

¹ Nonna Mayer, *Votes populaires, votes populistes*, in: Hermès, (2005) 42, S. 161.

² Matthew J. Goodwin, *The Extreme Right in Britain: Still an „Ugly Duckling“ but for How Long?*, in: *The Political Quarterly*, 78 (2007) 2, S. 244.

Auch die Einführung des Begriffs Ethnopluralismus wirkte modernisierend. Er zielt nicht mehr wie der Kolonialrassismus auf die Unterwerfung fremder Ethnien, sondern auf deren Ausschluss aus Europa. Der biologische Rassismus gilt als überholt und wird durch die These von der unhintergehbaren Differenz von Ethnien ersetzt, die in einer globalen Apartheid separiert bleiben sollen.

Zur Terminologie

Michael Kohlstruck unterscheidet zwischen Anti-System- und Anti-Establishment-Parteien. Rechtsextreme Parteien sind Anti-Systemparteien, populistische dagegen „nur“ Anti-Establishment-Parteien, die sich als Gegenstimme zu einer als Oligarchie bezeichneten politischen Elite verstehen. „Gegenstimmen setzen keine eigenständige weltanschauliche Konzeption (...) voraus, sie kanalisieren lediglich ein verbreitetes Unbehagen.“[¶] Dies ist allerdings nur eine analytische Trennung, da rechtsextreme Parteien sich auch einer Anti-Establishment-Rhetorik bedienen.[¶]

Der Unterschied zwischen RE und Rechtspopulismus liegt vor allem auf ideologischem Gebiet: RE vertritt eine holistische Ideologie, in deren Zentrum die ethnisch-kulturell homogene Volksgemeinschaft steht. Daraus folgt eine antipluralistische, antiliberalistische Staats- und Gesellschaftskonzeption, die unterhalb dieser Ebene Spielraum für verschiedene Richtungen lässt, für völkische nationalsozialistische Traditionalisten, Deutschnationalen beziehungsweise die „klassische“ Rechte in anderen Ländern

¶ Michael Kohlstruck, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Graduelle oder qualitative Unterschiede?, in: Richard Faber/Frank Unger (Hrsg.), Populismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2008, S. 224. In der angelsächsischen Literatur haben sich die Bezeichnungen *Radical Right* oder *Populist Radical Right* für den Rechtspopulismus unter Einschluss des FN durchgesetzt, was der in Deutschland üblichen Unterscheidung zwischen Rechtsradikalismus als (noch) verfassungskonform und Rechtsextremismus als verfassungswidrig entspricht. Vgl. Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge/UK 2007.

¶ Exemplarisch die Rede Jean-Marie Le Pens in Valmy 2006, online: www.frontnational.com/doc_interventions_detail.php?id_inter=43 (8.1.2010).

und Nationalrevolutionäre.[¶] Diese sind zwar eine Minderheit im RE, aber europaweit unter verschiedenen Bezeichnungen (Strasserismus, Solidarismus, Dritte Position) vernetzt. RE hat ein janusköpfiges Verhältnis zu Gewalt und Legalität. Symptomatisch ist hier die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die sich mit ihrem Vier-Säulen-Modell[¶] als Partei und zugleich als Bewegung unter Einschluss gewaltbereiter Kameradschaften versteht. Wirtschaftspolitisch reicht das Spektrum von einer völkisch-sozialen, „raumorientierten“ Marktwirtschaft (NPD) bis zu einer berufsständischen Ordnung in einem Lehensträgersystem. Der Staat als Lehensherr ist Eigentümer des Produktivkapitals und vergibt es als Lehen an privatkapitalistisch agierende Besitzer. Diese Position wird in nationalrevolutionären Kreisen favorisiert und hat ihre Wurzeln im italienischen Korporativismus, im britischen Distributismus und im französisch-belgischen Solidarismus. Statt eines Überblicks über rechtsextreme Parteien und Bewegungen[¶] in Europa werde ich im Folgenden drei Schwerpunkte behandeln, die aktuelle Tendenzen des Rechtsextremismus in Europa widerspiegeln:

- die soziale Unterschichtung des RE seit den 1990er Jahren,
- die Transnationalisierungskonzepte der extremen Rechten,
- ihre zunehmende Vernetzung auf Parteien- und Bewegungsebene.

¶ Der nationalrevolutionäre Publizist Jürgen Schwab unterscheidet im deutschen RE neuerdings auch die Rechtspopulisten als „Realo“-Flügel. Vgl. Jürgen Schwab, Die Fraktionen im Nationalen Widerstand, Artikel vom 10.3.2010, online: www.freies-netz-sued.net/?p=2878 (11.7.2010)

¶ Die Strategie der NPD beruht seit 1995 auf vier Säulen: dem Kampf um die Köpfe, um die Parlamente, um die Straße. Mit der vierten Säule, dem Kampf um den organisierten politischen Willen, ist die Vereinheitlichung des rechtsextremen Lagers gemeint. Vgl. Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009. Vorabfassung, Berlin 2009, S. 76.

¶ Vgl. hierzu Carsten Hübner, *Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa. Eine Bestandsaufnahme vor der Europawahl 2009*, o. O. 2008, online: www.gabi-zimmer.de/uploads/media/Rechtsextreme_Netzwerke_und_Parteien_in_Europa_-_C._H%C3%BCbner_DEZ:_08_.pdf (13.6.2010).

Soziale Frage und „nationale Präferenz“

Seit den 1960er Jahren, mit Verspätung in Italien und Frankreich, profitiert der RE vom *class dealignment*, der Entkoppelung von sozialer Lage und Wählerverhalten, und dringt auch in ehemals linke Wählerschichten ein. Zu Beginn der 1990er Jahre gesellten sich im Zuge von Globalisierung, Deregulierung und Neoliberalismus zum „tüchtigen und fleißigen“ Mittelstand als ursprünglicher Basis des RE die „kleinen Leute“ und die „soziale Frage“ wurde akut.⁸

Deutschland: Im NPD-Aktionsprogramm heißt es: „Globalisierung bedeutet Arbeitslosigkeit, Lohndumping, Sozialabbau, Naturzerstörung und Krankheit.“⁹ Als Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung tritt die NPD für den Sozialstaat in der ethnisch homogenen Volksgemeinschaft ein. „Wer den Sozialstaat will, muss sich zur Volksgemeinschaft bekennen.“¹⁰

Frankreich: Für den FN spricht die Wahlforscherin Nonna Mayer vom „Arbeiterklassenlepenismus“ (*ouvriéro-lepenisme*), zeigt aber, dass die Präsidentschaftswahlen von 2002 dem FN zwar Stimmengewinne bei Arbeitern im privaten Sektor, zugleich aber auch bei mittelständischen Unternehmern, vor allem aber bei Bauern, hier um mehr als das Doppelte, gebracht haben. Als schicht- und klassenübergreifende Partei mobilisiert der FN sozial heterogene, aber unterdurchschnittlich gebildete Wähler mit dem Leitthema der Immigration. Nachdem der FN 1997 mit 14,95 Prozent zur drittstärksten Partei aufgestiegen war, erlitt er bei den Parlamentswahlen von 2007 einen Rückgang auf nur noch 4,5 Prozent und erodiert zunehmend durch Abspaltungen. Die strategische Ausrichtung auf eine reine Anti-Immigrations-Partei stößt an ihre Grenzen. Daher spricht Le Pen inzwischen auch Menschen mit Migrationshintergrund als potentielle FN-Wähler an: In einer Rede in Valmy am 20. September 2006 sprach er nicht mehr nur „autochthone“ Franzosen (*français de souche*) an, sondern auch solche mit Migrationshin-

⁸ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus. Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage*, Berlin 2006.

⁹ NPD-Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, hrsg. vom NPD-Parteivorstand, Berlin o.J. (2008), S. 16.

¹⁰ Ebd., S. 14.

tergrund. Im Politbüro und im Zentralkomitee des FN sind zwei schwarze Franzosen und ein arabischstämmiger vertreten.

Großbritannien: Hier findet die BNP die meisten Anhänger in deindustrialisierten Industriegebieten und in „weißen“, von multiethnischen Vierteln umgebenen Enklaven. Oft handelt es sich um enttäuschte ehemalige Labour-Wähler.¹¹ Schlüsselthemen sind hier, wie auch in der FPÖ, die ebenfalls starken Zulauf aus der Unterschicht hat, Asyl und Immigration. Strategisch proklamieren Rechtspopulisten und Rechtsextreme daher gleichermaßen die „nationale Präferenz“. Diese Ethnisierung der sozialen Frage zeigt sich in Slogans wie: „Eigen volk eerst“ (VB), „Les Français d'abord!“ (FN), „Sozial geht nur national“ (NPD), „British workers first!“ (BNP), „Willst du eine (Sozial-)Wohnung haben, musst du nur ein Kopftuch tragen“ (Freiheitliche Partei Österreichs, FPÖ).

In Italien sind weniger rechtsextreme Kleinstparteien¹² von Bedeutung als der Eintritt der postfaschistischen *Alleanza Nazionale* (AN) und der *Legha Nord* in das bürgerliche Lager. Silvio Berlusconi im Jahr 2008 gegründete Sammlungspartei *Popolo della Libertà* unter Einschluss der AN und der neofaschistischen *Azione Sociale* unter Führung der Duce-Enkelin *Alessandra Mussolini* bedeutet einen weiteren Rechtsruck. Vor allem die *Legha Nord* konnte nach einer Phase des elektoralen Niedergangs vom Unmut vieler norditalienischer Arbeiter profitieren. Enttäuscht von der seit 2007 bestehenden Mitte-Linkspartei *Partito Democratico*, wenden sie sich nicht rechtsextremen Parteien wie der *Forza Nuova*¹³ zu, sondern dem Rechtspopulismus als Anwalt des „kleinen Mannes“. Gerade in dieser Grup-

¹¹ Vgl. Nigel Copsey, *British Fascism. The British National Party in the Quest for Legitimacy*, Houndmills–New York 2004; Roger Eatwell/Matthew J. Goodwin (eds.), *The New Extremism in 21st Century Britain*, London 2010; Thomas Grumke/Andreas Klärner, *Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990*, Berlin 2006.

¹² Vgl. Karin Priester, *Rechts von Berlusconi. Italiens Faschisten, Hooligans und radikale Katholiken*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (2008) 6, S. 91–102.

¹³ *Forza Nuova* ist seit 2004, neben der NPD und weiteren rechtsextremen Kleinparteien, in der Europäischen Nationalen Front (ENF) zusammengeschlossen. Vgl. C. Hübner (Anm. 7), S. 37 ff.

pe ist aber auch eine hohe Wahlenthaltung festzustellen.¹⁴

Ungarn: In Ostmitteleuropa ist der ungarische RE am dynamischsten. Die 2002 gegründete rechtsextreme Partei Jobbik (Bewegung für ein besseres Ungarn) profitiert nicht nur von den durch Liberalisierung, Privatisierung und Sozialkürzungen ausgelösten sozialen Verwerfungen, sondern hält auch das Trauma der Gebietsverluste Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg wach. Bei den Parlamentswahlen im April 2010 stieg sie mit 16,7 Prozent zur drittstärksten Partei auf. Sie rekrutiert ihre Anhänger unter Facharbeitern und Studenten sowie in ökonomisch benachteiligten Provinzen. Mit ihrem paramilitärischen Arm, der Neuen Ungarischen Garde, schürt sie virulenten Antisemitismus und Antiziganismus. Das Ziel der Wiederherstellung Großungarns in den Grenzen von 1915 teilt sie mit dem Sieger der Parlamentswahlen, dem nationalkonservativen Viktor Orbán, mit dessen Partei Fidesz sie bereits seit längerem auf kommunaler Ebene zusammenarbeitet.¹⁵

Der ostmitteleuropäische RE unterscheidet sich vom westlichen in mehrfacher Hinsicht:

- in dem vor allem von der ungarischen, rumänischen und polnischen extremen Rechten forcierten Irredentismus vor dem Hintergrund der späten Nationalstaatsbildung dieser Länder;
- in der größeren Akzeptanz des RE in der Intelligenz, insbesondere bei Studenten;
- in der fehlenden Abgrenzung der bürgerlichen Parteien von nationalistischen und minderheitsfeindlichen Tendenzen. Die extreme Rechte „orientiert sich in Mittel- und Osteuropa ideologisch mehr an der Vergangenheit als ihr westliches Gegenüber“.¹⁶

¹⁴ Vgl. Rado Fonda, *Analisi del voto dei lavoratori dipendenti*, 2008, online: www.postpoll.it/bimestrale/scenari/analisi_del_voto_dei_lavoratori_dipendenti.html (15.6.2010).

¹⁵ Vgl. András Bozóki, *Consolidation or Second Revolution? The Politics of the New Right in Hungary*, in: *Slovak Foreign Policy Affairs*, (2005) 1, S. 17–28; Melani Barlai/Florian Hartleb, *Ungarischer Populismus und Rechtsextremismus. Ein Plädoyer für die Einzelfallforschung*, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, (2008) 4, S. 34–51.

¹⁶ Michael Minkenberg, *Rechtsradikalismus in Mittel- und Osteuropa nach 1989*, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), *Handbuch Rechtsradikalismus*, Opladen 2002, S. 72.

Transnationalisierungskonzepte der extremen Rechten

Auch ultranationalistische Parteien haben immer schon internationale Kooperation gesucht. Erinnerung sei nur an den Antikominternpakt zwischen Berlin und Tokio, und später auch Rom, an die Versuche, den italienischen Faschismus als paneuropäisches Entwicklungsmodell zu universalisieren, an die international zusammengesetzte Waffen-SS als Vorkämpferin für ein vereintes Großeuropa, an den in den 1940er Jahren von dem britischen Faschistenführer Sir Oswald Mosley propagierten Eurofaschismus oder an das von der italienischen neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano* (MSI) initiierte, bereits 1951 in Schweden gegründete paneuropäische Netzwerk „Europäische Soziale Bewegung“. Perspektivisch stehen sich im RE drei Richtungen gegenüber: die nationalstaatliche, die neoimperiale und die regionalistische.

Für ein „Europa der Nationen“ tritt vor allem der FN ein. 2006 erklärte Le Pen: „Sarkozy ist der Lakai des Atlantismus und des Empire, während ich die kleinen, souveränen Nationen verteidige.“¹⁷

Dagegen tritt das neoimperiale „Nation Europa“-Konzept für einen europäischen Großraum mit der Achse Paris-Berlin-Moskau ein. Karl Richter, Leiter des parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen und seit 2009 stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD, forderte 1992: „Die Zeit ist reif für eine grundlegende Umorientierung der europäischen Völker – weg vom raumfremden, überstaatlichen Weltpolizisten, hin zu einer neuen kontinentalen Großraumordnung, die europäischen Interessen endlich Vorrang einräumt und Europa wieder in den Rang einer souveränen handelnden Größe erhebt.“¹⁸ Neoimperiale Ziele verfolgt auch die russische Partei *Evracija* unter Alexander Dugin, der den Eurasismus als Alternative zum

¹⁷ Le Pen (Anm. 4).

¹⁸ Zit. nach: Samuel Salzborn/Heribert Schiedel, „Nation Europa“. Ethnoföderale Konzepte und kontinentale Vernetzung der extremen Rechten, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (2003) 10, S. 1211.

Atlantismus proklamiert.¹⁹ Ebenso wie der rechtsextreme Wladimir Schirinowski von der „Liberal-Demokratischen Partei“ verfügt Dugin über enge Kontakte zum politischen Establishment. Die Eurasien-Idee stößt auch im deutschen RE auf Interesse.²⁰

Ab 2000 rückte Jörg Haider mit dem dritten, dem regionalistischen Modell, in den Vordergrund, dessen FPÖ, wie auch die Lega Nord, für ein föderal strukturiertes Europa der Ethnoregionen plädiert. Dieses Konzept setzt auf die regionale, kulturelle und sprachliche Segmentierung nach Zugehörigkeit zu Volksgruppen oder Landsmannschaften, blieb aber in seiner Reichweite begrenzt. Haiders Nachfolger Heinz-Christian Strache vertritt wieder das Modell souveräner, gegen die EU gerichteter Nationen.

Seit dem Einzug rechtsextremer Abgeordneter in das europäische Parlament Mitte der 1980er Jahre gibt es auch hier Bestrebungen zu transnationaler Zusammenarbeit. Im Oktober 2005 trat die Euronat²¹ als Vereinigung nationalistischer Parteien die Nachfolge der kurzlebigen Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ an, an der auch die FPÖ beteiligt war. Sie war von dem als Holocaustleugner verurteilten Franzosen Bruno Gollnisch, dem Vizepräsidenten des FN, geleitet worden. Die jüngste Initiative wurde 2009 in Budapest mit der „Allianz der europäischen nationalen Bewegungen“ gestartet, angeführt vom FN und der ungarischen Jobbik. Ihr Ziel ist die Anerkennung als Europartei.

Vernetzungen des Rechtsextremismus

Während der europäische RE auf Parteebene gut untersucht ist, bestehen For-

¹⁹ Vgl. Andreas Umland, Intellektueller Rechtsextremismus im postsowjetischen Russland, in: Berliner Debatte Initial, (2006) 17, S. 33–43.

²⁰ Vgl. den im rechtsextremen Regin-Verlag erschienenen Sammelband „Vision Eurasien. Jenseits von Nationalismus und Internationalismus“, Reihe „Junges Forum“, Nr. 8, o.J. (2007), in dem u.a. die Schaffung eines eurasischen Wirtschaftsraums thematisiert wird. Auch die belgische Euro-Rus tritt als international vernetzter geopolitischer Think Tank für ein Europa von Gibraltar bis Wladiwostok ein.

²¹ Mitglieder sind der FN, die BNP, die MSI/FT (Italien), Nationaldemokraterna (Schweden) und Democracia Nacional (Spanien).

schungsdefizite hinsichtlich seiner Vernetzung außerhalb von Parteien.²² Der Belgier Robert Steuckers, Chefideologe und Kaderausbilder des VB und Schüler des ehemaligen SS-Mitglieds Jean Thiriart, eines Vorkämpfers für das „vierte Reich Europa“, ist der geistige Kopf des paneuropäischen Netzwerks Synergies Européennes (Synergon) mit Sektionen in zahlreichen europäischen Ländern. Synergon ist nationalrevolutionär und bioregionalistisch ausgerichtet und organisiert europaweit Seminare, Tagungen und Kolloquien, bei denen auch der Chefideologe der Lega Nord, Gianfranco Miglio, auftrat. In Deutschland tagte Synergon im Collegium Humanum in Vlotho, das 2008 verboten wurde. Unter dem Deckmantel von Anthroposophie und Lebensschutz hatte es ein Schulungszentrum für Nazi-Skins und ein internationales Zentrum der Holocaust-Leugner mit Horst Mahler (NPD) als Referenten beherbergt. Als Neonazi-Forum, das selbst in der NPD auf Vorbehalte stößt, hat sich seit 2002 der Internet-Weblog Altermedia etabliert. Das Portal wird in den USA gehostet und hat in Europa nationale Sektionen. Es präsentiert sich als *World Wide News for People of European Descent* und huldigt der Suprematie der weißen Rasse.

Auf die rechtsextreme Bewegungsszene außerhalb der Parteien, die *groupuscular right* (Roger Griffin), kann hier nur kurz cursorisch eingegangen werden. International vernetzt sind Gruppen wie Blood & Honour und ihr bewaffneter Arm Combat 18 sowie die Musikszene von Rechtsrock, *National Socialist Black Metal* (NSBM) bis *Dark Wave*.²³ Für den rechtsextremen Nachwuchs sind freie, stark fluktuierende Zusammenschlüsse (Kameradschaften oder Autonome Nationalisten) häufig attraktiver als eine Parteimitgliedschaft. Auch hier hat ein strategisches Umdenken stattgefunden, weg von klaren Befehlshierarchien, hin zu einer nicht-

²² Vgl. Jens Rydgren, The Sociology of the Radical Right, in: Annual Review of Sociology, (2007) 33, S. 257.

²³ Bei dem Treffen der internationalen Neonaziszene, dem „Fest der Völker“ in Thüringen, traten 2005 auch zahlreiche Blood & Honour-Mitglieder auf. Dieses Rock-Festival ist mit der Europäischen Nationalen Front (ENF) vernetzt, die Redner aus zahlreichen europäischen Ländern beisteuerte.

hierarchischen, polyzentrischen *leaderless resistance*.

2005 formulierte der Neonazi-Aktivist Christian Worch in Anlehnung an die US-amerikanische Militärdoktrin: „Kommunikation und Vernetzung traten an die Stelle früherer organisatorischer Strukturen und erweisen sich sogar als funktionsfähiger. (...) Die Revolution findet von unten nach oben statt.“²⁴ Wer sich mental noch in Zeiten von Wehrsportgruppen befinde, gleiche einer Kavallerietruppe, die gegen Panzer antritt. Auch die NPD vertritt eine „völkische Graswurzelrevolution“ (NPD-Theoretiker Jürgen Gansel) und bemüht sich um ihre alltagskulturelle Verankerung auf kommunaler Ebene.

Libertarier, Rechtspopulisten, Rechtsextreme: fließende Grenzen

RE spricht unterdurchschnittlich formal gebildete Schichten an, mit denen sich das Bürgertum nicht gemein macht. Anti-Establishment-Protest artikuliert sich hier als Kampf für einen staatsfreien Kapitalismus. In den USA formiert sich dieser minimalstaatliche Libertarismus in der *Tea Party*, die auch rechtsextreme Splittergruppen wie Milizen, Patriot-Gruppen oder weiße Suprematisten anzieht.

In Deutschland findet er ein Forum in der Zeitschrift „eigentümlich frei“, die sich als „Marktplatz für Liberalismus, Anarchismus und Kapitalismus“ versteht. Ihre ideologischen Leitfiguren sind Murray Rothbard und die Philosophin Ayn Rand, die Eigennutz und Egoismus moralphilosophisch als Tugenden legitimiert. Ziel ist die staatlich ungehinderte Nutzenmaximierung neuer „Leistungsträger“ in Finanz-, Marketing-, Management- und Akademikerkreisen oder im PR- und IT-Bereich. Das Grundübel sehen sie im „Sozialdemokratismus“, von dem auch die CDU unter dem Vorsitz von Angela Merkel befallen sei. Libertarier sind gegen die von den Grünen geschürte „öko-alarmanistische Klimaangst“, gegen Feminismus und „Genderterror“, gegen die „gutmenschlich“ auftretenden Kirchen, gegen die „Dik-

²⁴ Christian Worch, Gedanken über freien und autonomen Nationalismus, Beitrag vom 26. 1. 2005, online: <http://stoerti.atSPACE.com/260105.html> (8. 6. 2008).

tatur der *political correctness*“²⁵ gegen den Sozialstaat und den „Gleichheitskult“. Seit 2007 sucht der Herausgeber von „eigentümlich frei“, André Lichtschlag, der ein Bündnis radikal libertärer und nationalkonservativer Kräfte anstrebt, auch die Nähe zum RE. Neben dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt und dem Nationalanarchisten Peter Töpfer kam Angelika Willig, bis 2009 Chefredakteurin von „Hier & Jetzt“, der Theoriezeitschrift der sächsischen NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten und Vordenkerin eines grundsätzlichen Systemwechsels, zu Wort. Als ideologisches Bindeglied zwischen Libertarismus und RE fungiert der Sozialdarwinismus als Ideologie der naturgewollten Überlegenheit der Starken gegenüber den Schwachen, der Elite gegenüber der Masse.

Perspektiven des Rechtsextremismus

RE ist in Westeuropa auf Parteebene marginalisiert. Ein Ausbruch aus dieser Lage kann derzeit nur über eine Annäherung an den Rechtspopulismus erfolgen. 2006 schrieb der Nationalrevolutionär Jürgen Schwab, bis 2004 NPD-Mitglied, auf Altermedia: „Seit geraumer Zeit ist in mir die Überzeugung gereift, dass ein Teil der Völkischen strukturell pro-westlich ist.“²⁶ Schwab berührte damit „einen der zentralen ideologischen Streitpunkte, an dem sich die Geister in der europäischen extremen Rechten entzweien.“²⁷ Die Freund-Feind-Debatte kreist um die sogenannte „Israel-Connection“ eines Teils der europäischen Rechten.²⁸ Bislang vertritt der

²⁵ Was der Weblog Altermedia für den RE ist, ist der Politically Incorrect-Blog (www.pi-news.net) für den Rechtspopulismus im Umfeld der PRO-Bewegungen. Mit rund 35 000 Zugriffen täglich ist er einer der meist besuchten deutschsprachigen rechten Blogs. Hauptthemen sind das „Gutmenschentum“ und die „Islamisierung“ Europas.

²⁶ Jürgen Schwab, Das „weiße Europa“ als Vorhut der USA, Beitrag vom 7. 8. 2006, online: http://de.altermedia.info/general/6565_6565.html (16. 6. 2010).

²⁷ Bernard Schmid, Für Israel, gegen Araber? Für Araber, gegen Juden?, 2009, online: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Israel/rechte.html (19. 2. 2010).

²⁸ Vgl. Rigolf Hennig, Welchen Weg geht die NPD?, in: Volk in Bewegung, April 2009 oder die Debatte um die 2004 gegründete „Kontinent Europa Stiftung“ des Schweden Patrik Brinkmann, dem die Völkischen Philosemitismus vorwerfen. Das DVU-Mitglied Brinkmann strebt eine Annäherung des RE an die PRO-Bewegungen an und versteht sich als proisraelisch.

RE einen gegen die USA, den „Hauptträger des weltweiten Imperialismus“,¹⁹ gerichteten „Befreiungsnationalismus“. Dies könnte sich, so Schwab, ändern, wenn der RE sich im Namen des „weißen Europa“ als Vorhut der USA instrumentalisieren und für den Kampf gegen den neuen Feind, den Islamismus, einspannen lasse. Noch sind die USA und Israel der Erzfeind des RE. Aber, ausgehend von den weit- aus erfolgreicherem Rechtspopulisten mit dem Niederländer Pim Fortuyn als Vorreiter, tritt zunehmend der Islamismus an dessen Stelle.

Der RE steht damit vor einem Dilemma. Schließt er sich diesem Feindbild an, um über die Islamophobie neue Protestwähler zu mobilisieren, gibt er seine Identität als antiwestliches Bollwerk des „nationalen Widerstands“ auf und nähert sich dem prowestlichen Rechtspopulismus an. Eine Gefahr geht in Westeuropa nicht vom RE per se aus, sondern von seiner Ligatur mit dem Rechtspopulismus. Dabei zeigt sich, dass der liberale Impetus eines Pim Fortuyn (Abwehr der „Islamisierung“ im Namen des aufgeklärten, toleranten Westens) bei der FPÖ einer christlichen „Abendlandrhetorik“ gewichen ist,²⁰ die eine Brücke zum Klerikalfaschismus²¹ schlagen könnte. Der „Kampf der Kulturen“ wird unterschiedlich akzentuiert, und vieles ist noch im Fluss. Aber nach dem ethnopluralistischen Modernisierungsschub der 1980er Jahre versuchen Teile des RE, über die Umpolung des Feindbildes eine neue, diesmal antiislamistische „Modernisierungswelle“ einzuleiten.

¹⁹ NPD-Hochschulbund, 14 Thesen zum Befreiungsnationalismus, o.J. online: http://logr.org/freies_nordhausen/2009/12/18/14-thesen-zum-befreiungsnationalismus/ (21. 6. 2010).

²⁰ Vgl. die FPÖ-Slogans „Abendland in Christenhand“, „Daham statt Islam“, „Pummerin (eine Glocke des Wiener Stephansdoms, K. P.) statt Muezzin“ und die 2010 gegründete Christlich-Freiheitliche Plattform als Vorfeldorganisation der FPÖ.

²¹ Das Sammelbecken der reaktionärsten, antimodernistischsten und antisemitischsten Kräfte im europäischen RE ist die ENF (Anm. 13), die sich auf den rumänischen Faschistenführer Cornelin Zelea Codreanu und die spanische Falange beruft. Ihre ideologische Grundlage ist der katholische Integralismus. Mit Ausnahme der NPD kommen diese militanten, zu Esoterik neigenden „Taliban des RE“ aus katholisch geprägten Ländern (Italien, Frankreich, Polen, Rumänien, Spanien).

Matenia Sirseldoudi · Syed Mansoob Mursheed · Sara Pavan

Radikalisierung von europäischen Muslimen: Zwei Erklärungsansätze

Matenia Sirseldoudi

Radikalisierungsprozesse in der Diaspora

Spätestens seit sich europaweit potenzielle terroristische Attentäter aus der zweiten und dritten Migrantengeneration muslimischen Glaubens und jungen Konvertiten rekrutieren, stellt sich die Frage nach einem möglichen Zusammenhang zwischen der Religion dieser Menschen und den daraus in europäischen Gesellschaften entstehenden Radikalisierungspotenzialen. Denn mit dem Auf-

Matenia Sirseldoudi

M. A., geb. 1971; Leiterin des Projekts „Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren“ und Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Beim Schlump 83, 20144 Hamburg. sirseldoudi@ifsh.de

kommen jihadistisch-motivierter terroristischer Gewalt ist das Risiko von Anschlägen mit hohen Opferzahlen und gravierenden Sachschäden stark gestiegen. Außerweltlich orientierte Attentäter nehmen scheinbar weder auf ihre weltlichen Bezugsgruppen noch auf sich selbst Rücksicht – je verheerender der Anschlag, desto größer die vermeintliche Huldigung an den Gott, in dessen Namen der Anschlag verübt wird. Angesichts dieser Folgen von terroristischen Anschlägen hat sich der Kampf gegen den Terrorismus immer stärker ins Vorfeld der eigentlichen terroristischen Tat verlagert und richtet sich verstärkt auch gegen islamistische Strömungen, die terroristischer Gewalt als Rechtfertigungsgrundlage dienen.

Islamischer Aktivismus (Islamismus)

Mit „Islamismus“ wird gemeinhin die aktive Werbung für islamische Glaubenssätze, Vorschriften, Gesetze oder Politikprogramme bezeichnet. Er wird meist mit islamischem Aktivismus oder radikalem Islam gleichgesetzt. Die folgende Typologisierung islamistischer Bewegungen und Organisationen entspricht der Definition der International Crisis Group (ICG).¹

Als *politischer Islam* werden islamisch geprägte politische Bewegungen kategorisiert, wie sie von den ägyptischen Muslimbrüdern und ihren Ablegern in Algerien, Jordanien, Kuwait, Palästina, Sudan und Syrien repräsentiert werden oder von nationalen Bewegungen wie der türkischen Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) sowie der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (Parti pour la Justice at le Développement, PJD) in Marokko. Ihr Ziel ist es, politische Macht auf nationaler Ebene zu erlangen. Diese Bewegungen akzeptieren im Allgemeinen den Nationalstaat, operieren innerhalb seines konstitutionellen Rahmens, meiden Gewalt,² verfolgen eine eher reformistische religiöse Vision und berufen sich auf universalistische demokratische Normen. Politisches Handeln genießt Vorrang vor religiöser Missionierung oder der Anwendung gewaltsamer Mittel. Die religiös-politische Bewegung organisiert sich meist in Parteien.

Als *missionarischen Islamismus* bezeichnet man die islamische Mission zur Bekehrung (*al-Da'wa*), die vornehmlich in zwei Varianten existiert: der stark strukturierten, aus Indien kommenden Tablighi-Bewegung und der sehr diffusen Salafiyya, die ihren Ursprung in Saudi Arabien hat und nun global aktiv ist, mit Präsenz im subsaharischen

¹ Vgl. ICG, *Understanding Islamism*, Kairo–Brüssel 2004, S. 3f.; Guido Steinberg, *Der Islamismus im Niedergang?*, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Islamismus*, Berlin 2004; Quintan Wiktorowicz (ed.), *Islamic Activism*, Bloomington–Indianapolis 2003.

² Als Ausnahme ist der – auch bewaffnete – Widerstand zu sehen, zu dem im Falle fremder Besatzung gegriffen wird. Der Übergang zum bewaffneten Jihad wird dann fließend. Der Archetyp einer solchen Bewegung ist die palästinensische Hamas. Vgl. Matenia Sirseloudi, *Assessment of the link between external conflicts and violent radicalisation processes*, Brüssel 2006, S. 3f.

Afrika, in Südostasien und zunehmend auch in Europa. In beiden Fällen ist die Übernahme politischer Macht normalerweise ebenso wenig das Ziel wie die Organisation in Parteien. Der vorrangige Zweck dieser Bewegungen ist die Stärkung der muslimischen Identität, des islamischen Glaubens und der moralischen Ordnung des Islam gegen die Kräfte des Unglaubens. Die Missionierung erfolgt entweder durch Predigen (*al-Da'wa*) zur Stärkung und Revitalisierung des Glaubens (*al-Iman*) und der moralischen Ordnung oder durch den Zusammenhalt der Glaubensgemeinschaft (*al-Umma*).

Die dritte Variante, der *jihadistische Islamismus*, steht für den islamischen bewaffneten Kampf (*al-Jihad*),³ der von Gewalt propagierenden und anwendenden Aktivisten getragen wird. Diese wähen sich in der militärischen Verteidigung des *Dar al-Islam* (der Region, die historisch der muslimischen Herrschaft unterworfen war) und der Umma gegen ungläubige Feinde. Zwei Glaubensstränge können dabei unterschieden werden: Die sogenannte jihadistische Salafiyya (*al-Salafiyya al-jihadiyya*),⁴ zusammengesetzt aus Gläubigen salafistischer Ausrichtung, die sich radikalisiert und den nichtgewalttätigen Aktivismus der *Da'wa* und den Weg des politischen Islam verlassen haben, um sich dem bewaffneten Jihad zu verschreiben. Der zweite Glaubensstrang sind die sogenannten Qutb-Anhänger (*al-Qutbiyyin*). Das sind Aktivisten, die vom radikalen Gedankengut des Muslimbruders Sayyid Qutb (1906–1966) beeinflusst sind. Sie führten ihren Jihad zunächst gegen den „nahen Feind“, das heißt gegen lokale Regime, die als sündig (*kufr*) verunglimpft werden, darunter insbesondere Ägypten. Später wurde der Kampf auf den globalen Jihad und gegen „den fernen Feind“, das heißt gegen Israel und den „Westen“, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, ausgeweitet. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich diese beiden jihadistischen Strömungen gegenseitig beeinflusst. Osama bin Ladens Al-Qaida-Netzwerk zum

³ Etymologisch bedeutet der Begriff die Bemühung, ein bestimmtes Objekt zu erreichen. Darunter wird auch eine individuelle Bemühung um den Glauben oder zum moralischen Handeln (großer Jihad) verstanden.

⁴ Vgl. Thomas Hegghammer, *Jihadi Salafis or Revolutionaries? On Religion and Politics in the Study of militant Islamism*, London 2009.

Beispiel repräsentiert eine Synthese aus jihad-salafitischen und qutbistischen Elementen.

Hervorzuheben ist, dass die *politischen Strömungen* (wie die Muslimbruderschaft oder die türkische AKP) die am wenigsten radikalen Gruppierungen darstellen. Sie gehen am weitesten in der Anerkennung demokratischer Normen und Prinzipien, die bisher als unislamisch gemieden wurden. Außerdem wird hier eine modernistische Haltung zum islamischen Recht eingenommen. Rein religiöse und missionarische Islamisten dagegen tendieren eher dazu, sich bei Konflikten sehr schnell zu radikalieren. Da ihnen jegliche Erfahrung im politischen System und die Neigung zur politischen Teilhabe fehlt beziehungsweise verleidet wurde, entschließen sie sich auch eher für den bewaffneten Jihad.

Entstehungsgeschichte des Jihadismus

Der Jihadismus, die vom klassischen Jihad abzugrenzende Ideologie militanter Islamisten, speist sich aus unterschiedlichen Denkschulen und baut auf einer fragmentierten Wissensgrundlage auf. Der Rückgriff auf den Jihad als bewaffnete Verteidigung der islamischen Glaubensgemeinde war bereits ein wichtiges Charakteristikum des Widerstandes gegen die koloniale Eroberung. Seit dem Ende der kolonialen Ära lebte die Idee vom Jihad in einem komplexen Prozess, der sich aus vier Strängen speist, wieder auf:

1. Aufkommen einer doktrinären jihadistischen Tendenz in Ägypten in den 1970er und 1980er Jahren basierend auf dem radikalen Denken von *Sayyid Qutb*,
2. Mobilisierung jihadistischer Energien in der muslimischen Welt für den Krieg gegen die *sowjetische militärische Präsenz in Afghanistan* und das *prosowjetische Regime in Kabul (1979–1989)*,
3. langwierige, aber erfolglose Aufstände gegen *vermeintlich un-islamische Regime*, insbesondere in Algerien (seit 1991) und Ägypten (bis 1997),
4. der von *Al-Qaida* in den späten 1990er Jahren ausgerufenen *Jihad gegen den Westen*.

Während Qutbs Schriften eine Ausweitung des Jihad-Konzeptes nach innen in die

Glaubensgemeinschaft darstellen,⁵ beziehen sich Al-Qaidas Neuerungen auf die äußere Reichweite des Jihad. Traditionell ist Jihad als „Heiliger Krieg“ an ein bestimmtes Territorium gebunden, doch bin Ladens „Fatwa gegen Juden und Kreuzfahrer“ aus dem Jahr 2001 entterritorialisierte ihn und weitete ihn auf die ganze Welt aus. Aus dem ursprünglich auf Afghanistan konzentrierten Jihad entwickelte sich so das neue Narrativ *des entterritorialisierten globalen Jihadismus*.⁶

Warum trifft dieses Denken in Europa auf fruchtbaren Boden?

Im islamistischen Narrativ finden gerade Muslime und junge Konvertiten in der Diaspora Anknüpfungspunkte für kollektive Identitätszuschreibungen. Das Mitgefühl mit Glaubensbrüdern etwa in Bosnien, Palästina oder Tschetschenien vermischt sich mit eigenen Demütigungs- und Opfererfahrungen, die „dem Westen“ angelastet werden; der junge „Beur“ maghrebischer Herkunft in Frankreich oder der „Paki“ in Großbritannien identifiziert sich mit dem palästinensischen „Chebab“, der – wie in den elektronischen Medien gezeigt – von der israelischen Armee „gedemütigt“ wird.⁷ Islam wird so als Gegenmodell zum Westen stilisiert und bietet eine alternative – reaktive – Identität, die manchmal dem militanten Jihad näher steht als der westlich-liberalen Kultur des Residenzlandes.⁸ Besonders problematisch wird diese Konstellation

⁵ Qutbs Gedanken befürworteten den militanten Widerstand gegen die eigenen Herrscher, weswegen der sich auf sie beziehende Islamismus von diesen mit massiver Repression bekämpft wurde. In Algerien führte dies zu einem Bürgerkrieg, in anderen Ländern zur Entstehung von Untergrundstrukturen und dem Ausweichen militanter Islamisten in den internationalen Raum, insbesondere nach Europa. Vgl. Ray Takey/Nikolas Gvosdev, *Radical Islam: The death of an ideology?*, in: *Middle East Policy*, 11 (2004) 4, S. 86–95.

⁶ Vgl. Juan Jose Escobar Stemann, *Middle East Salafism's Influence and the Radicalization of Muslim Communities in Europe*, in: *MERIA*, 10 (2006) 3, S. 1–14; Ghaffar Hussain, *A brief history of Islamism*, London 2010.

⁷ Vgl. Farhad Khosrokhavar, *Quand Al-Qaida parle. Témoignages derrière les barreaux*, Paris 2006.

⁸ Vgl. Matenia Sirseldoudi, *Zwischen Assimilation und Abgrenzung. Die Bedeutung der Religion für die Identität der türkischen Diasporagemeinschaft in Deutschland*, in: Bernd Oberdorfer/Peter Waldmann (Hrsg.), *Die Ambivalenz des Religiösen*, Freiburg 2008, S. 289–314.

dann, wenn sich das Residenzland und der Referenzort der kollektiven Identität (wie die globale Umma) in einem bewaffneten Konflikt gegenüberstehen. Im Namen einer höheren Sache, der Verteidigung der vom Westen bedrohten Glaubensbrüder und -schwestern, können sich junge Muslime (auch konvertierte) für empfundene Kränkungen rächen. Im Jihadismus finden sie Rechtfertigung sowohl den Westen im Allgemeinen als auch – im Falle des sogenannten *homegrown terrorism* – das Residenzland in concreto zu bekämpfen.

An der Vielfalt der Herkunftshintergründe und der Persönlichkeitsmuster radikaler Jihadisten wird auch das große *integrative Potenzial* des engeren Jihad-Narrativs deutlich.⁹ Dies ist zunächst auf seinen religiösen Gehalt zurückzuführen. Religion vermag Menschen jenseits von ethnischer, nationaler und sozialer Zugehörigkeit zu einen. Jihadisten nutzen allgemeine religiöse *Frames*¹⁰ wie (oft aus dem Kontext gerissene) Koranpassagen, theologische Abhandlungen oder Appelle an die muslimische Solidarität mit den unter „dem Westen“ leidenden Glaubensbrüdern (wie in Afghanistan), um ihre Ziele einer breiteren Öffentlichkeit akzeptabel zu machen.¹¹ Der Kampf gegen den Westen wird dabei zur individuellen religiösen Pflicht eines jeden Muslim deklariert und Gruppierungen im Umfeld von Al-Qaida geben taktische Ratschläge, wie dieser Jihad zu führen ist. In dieser Geschichtsinterpretation passt alles in ein kohärentes Bild: die Kreuzzüge, Kolonialismus, die Gründung des israelischen Staates, Kriege in Palästina, Afghanistan, Irak, Somalia, Sudan, Bosnien und Tschetschenien. In den Augen der Jihadisten repräsentieren diese Kriege einen imperialistischen Feldzug der Ungläubigen gegen die muslimische Welt. In diesem Kontext erscheint der Kampf im Namen des Islam als globale Defensive und revolutionäre Bewegung gegen den Westen.

⁹ Eindrückliche Beispiele sind die Autobiografie des wohl in Pakistan bei einem Angriff umgekommenen Deutschen Eric Breining, die einige Tage nach seinem Tod im Internet im Umlauf war, oder das recht professionelle, auf eine an westliche Hochglanzmagazine gewöhnte Leserschaft zugeschnittene englischsprachige Jihad-Magazin *Inspire*. Vgl. Die Welt vom 15.10.2010.

¹⁰ Vgl. Anja Dalgaard-Nielsen, *Studying violent radicalization in Europe*, Kopenhagen 2008.

¹¹ Vgl. Thomas Hegghammer, *Al-Qaida statements 2003–2004*, Norwegian Defence Research Establishment 2005; Gilles Kepel/Jean-Pierre Milelli (eds.), *Al-Qaida. Texte des Terrors*, München–Zürich 2006.

Im jugendlichen Eifer ist es nicht untypisch, sich für Ideale und gegen vermeintliches Unrecht in der Welt zu engagieren. Den gesamten, mehrstufigen Radikalisierungsprozess bis hin zur Bereitschaft zu töten (und zu sterben) durchlaufen aber nur sehr wenige.¹² Dieser führt bei jihadistisch motivierten Gewalttätern von der Identifikation mit der globalen Umma und mit Muslimen weltweit, die sich in Bedrängnis fühlen, über die Reduktion der eigenen Identität auf die muslimische Religionszugehörigkeit und die absolute Abgrenzung von der Gesellschaft, dem weiteren sozialen Umfeld und der eigenen Familie bis hin zur Hinwendung zum militanten „Heiligen Krieg“ als Mittel zur Durchsetzung der eigenen ideologischen Ziele – im äußersten Fall durch Verlust des eigenen Lebens. Dabei kristallisieren sich im Wesentlichen drei diesen Radikalisierungsprozess determinierende Faktoren heraus:

1. die Ausprägung der islamistischen Bewegung und konflikthafte Entwicklungen am Referenzort kollektiver Identität (im Heimatland, in bestimmten Zielgebieten oder in der globalen Umma),¹³
2. die Situation im Land des gegenwärtigen Aufenthalts (wie die Migrationssituation, fehlende Integration, Diskriminierung und die Rolle der Religion in der Diaspora),¹⁴
3. eine psychologisch-individuelle Vulnerabilität, sei es eine persönliche Krisensituation, die Individuen empfänglich macht für radikales Gedankengut, sei es die Einbindung über Primärkontakte in radikale Netzwerke.¹⁵

¹² Neben Eric Breining sind weitere Beispiele der im bayerischen Ansbach aufgewachsene Deutsch-Türke Cüneyt Ciftci oder die als Mitglieder der „Sauerlandgruppe“ bekannt gewordenen Deutsch-Türken Attila Selek und Adem Yilmaz sowie die beiden Konvertiten Daniel Schneider und Fritz Gelowicz.

¹³ Externe Einflussfaktoren, die in Konflikten außerhalb Deutschlands zu suchen sind, sind bislang jedoch nicht ausreichend erforscht und thematisiert worden. Risikoeinschätzungen aus der Praxis, wie zum Beispiel die des Präsidenten des Bundeskriminalamts Jörg Ziercke, beziehen dagegen regelmäßig externe Risikofaktoren wie das deutsche Afghanistan-Engagement in ihre Risikomatrix ein, ohne aber detaillierte Wirkungsabläufe nachzuzeichnen.

¹⁴ Vgl. Olivier Roy, *Globalized Islam*, New York 2004.

¹⁵ Vgl. Saskia Lützing, *Die Sicht der Anderen*, Köln 2010.

Identität und Radikalisierung

Obwohl in den vergangenen Jahren immer öfter von Selbstradikalisierung die Rede ist, und der erste Impuls hin zur Rekrutierung in terroristische Netzwerke von den Rekruten selbst ausgeht, gibt es doch Strukturen, wie sogenannte *gatekeeper* (oftmals ehemalige Kämpfer), radikale Prediger und Propaganda im Internet, die als Pull-Faktoren anfällige Personen in Richtung gewaltsamer Radikalisierung führen können. Erst wenn beides zusammenkommt, oft in einer sogenannten kognitiven Öffnung,¹⁶ besteht die Gefahr, dass sich das radikalisierte Individuum auf den Pfad hin zum terroristischen Anschlag begibt.

Je stärker sich junge Muslime in Deutschland mit der globalen Umma statt mit dem Herkunftsland ihrer Eltern oder mit Deutschland identifizieren, desto offener werden sie für islamistische Strömungen aller Art. Da selbst Jihadisten ihre Botschaften in allgemeingültige religiöse *Frames* einbetten, scheint für das Gutheißen von Gewalt kein grundlegender Bruch mit der Religion notwendig zu sein. Derzeit findet an den Rändern der islamischen Welt und in der europäischen Diaspora eine Expansion der Salafiyya-Bewegung statt. Diese lässt sich schwer trennen von ihrer gewaltbereiten Abspaltung, der jihadistischen Salafiyya (*al-Salafiyya al-jihadiyya*), die gerade auf die Fantasie junger und zunehmend mobiler, wenn nicht völlig deterritorialisierter Teile der jungen muslimischen Bevölkerung große Faszination ausübt.

Internationale Konflikte, in denen westliche Streitkräfte muslimischen Kämpfern gegenüberstehen, produzieren Bilder und Mythen für eine selbst-perpetuierende Rechtfertigung des Jihad. In einer *globalisierten Medienwelt* wird die so erzeugte *Anschlussfähigkeit des Jihadismus* mehr als alles andere zur Radikalisierung von Menschen weltweit beitragen, die Glauben und Halt in einem radikalen Narrativ suchen – seien diese in Europa oder sonst wo auf der Welt.

¹⁶ Das Konzept der „kognitiven Öffnung“ kann sowohl für ein traumatisierendes biographisches Ereignis stehen, als auch dieses intendiert herbeiführen durch Diskussionen und „Aufklärung“ über den vermeintlichen Kampf der Ungläubigen gegen den Islam. Dieser Prozess ist notwendig, weil durch ihn bestehende Glaubens- und Wertesysteme infrage gestellt und Individuen für alternative Sichtweisen und Perspektiven empfänglicher gemacht werden. Vgl. Quintan Wiktorowicz, *Radical Islam rising*, Lanham–Boulder 2005.

In der vergangenen Dekade hat in den westeuropäischen Staaten die Besorgnis über das Phänomen des „hausgemachten Terrorismus“ (*home-grown terrorism*) zugenommen. Einzelne radikale Muslime, zum Teil in Europa geboren und aufgewachsen, waren an terroristischen Gewaltakten beteiligt, wie den Bombenanschlägen auf Vorortzüge in Madrid im März 2004, der Ermordung Theo van Goghs in Amsterdam im November 2004 und den Bombenanschlägen in London im Juli 2005. Diese Ereignisse leisten der Verfestigung von Theorien einer kulturellen Konfrontation zwischen „dem Westen“ und „dem Islam“ Vorschub und befördern Debatten über die „Integrationsfähigkeit“ muslimischer Gemeinschaften in Europa. Obwohl es eine Vielzahl an Arbeiten darüber gibt, wie es zur Radikalisierung von Menschen kommt, wird oft angenommen, diese vollziehe sich in einem sozioökonomischen und politischen Vakuum. Vor allem kulturalistische Hypothesen machen die Radikalisierung – und den Terrorismus – als spezifisches Charakteristikum der islamischen Praxis aus.¹⁷ Außer acht gelassen wird dabei, dass Weltreligionen wie der Islam nicht monolithisch sind. Noch gravierender ist, dass Identität nur eindimensional gesehen und die Vielfalt der Identitäten, die Individuen haben können, ignoriert wird.¹⁸ So ist es keineswegs ungewöhnlich, dass sich jemand gleichzeitig als Muslim und Europäer ver-

Syed Mansoob Murshed

Ph. D., geb. 1958; Professor für Economics of Conflict and Peace am International Institute of Social Studies (ISS) an der Erasmus-Universität Rotterdam, Kortenaerkade 12, 2518 AX, Den Haag/NL. murshed@iss.nl

Sara Pavan

M. Sc., geb. 1980; Universität Amsterdam/NL. sara_pavan@yahoo.com

Übersetzung aus dem Englischen von Georg Danckwerts, Krefeld.

¹⁷ Vgl. Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München–Wien 1996.

¹⁸ Vgl. Amartya Sen, *Violence, Identity and Poverty*, in: *Journal of Peace Research*, 45 (2008) 1, S. 5–15.

steht und Demokratie, Pluralität und Menschenrechte respektiert.

Eine alternative Erklärung für die Verbitterung vieler Muslime kann im Zusammenspiel von sozioökonomischer Benachteiligung und kultureller Kränkung liegen. Den Aspekt der sozioökonomischen Benachteiligung führte bereits Ted Gurr in seiner klassischen Arbeit über die relative Deprivation als Ursprung von Rebellion an.[¶] Relative Deprivation bezeichnet in diesem Fall „diejenigen Formen wahrgenommener Benachteiligung, (...) die entweder aus dem Vergleich der Situation mit der anderer Personen oder aus dem Vergleich der Situation der eigenen Gruppe mit der einer anderen Gruppe resultiert“.[¶] Denn die Position, welche die Gruppe in der gesellschaftlichen Hierarchie einnimmt, ist mit entscheidend für ihr kollektives Selbstwertgefühl. Die wahrgenommene strukturelle Diskriminierung und Ungleichheit einer Gruppe im Vergleich zu einer anderen führt bei einigen Gruppenmitgliedern dazu, die Ungleichheit öffentlich anprangern und bekämpfen zu wollen.

Anatomie der Radikalisierung

Vor diesem Hintergrund dokumentierte Frances Stewart die systematische und strukturelle Benachteiligung muslimischer Gruppen in allen westeuropäischen Staaten: Sie reiche von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft niedrigerem Einkommen bis zu Unterrepräsentierung im öffentlichen Leben. Muslimische Bürgerinnen und Bürger seien in allen europäischen Staaten im Durchschnitt ärmer, stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und unterproportional im öffentlichen Leben vertreten, zusätzlich zu dem schlechten Image, das mit ihrer kulturellen Identität assoziiert wird.[¶] Denn in einigen

¶ Vgl. Ted Robert Gurr, *Why Men Rebel*, Princeton 1970.

¶ Carina Wolf et al. zit. nach: Gudrun Hentges/Gerd Wiegel, *Arbeitswelt, soziale Frage und Rechtspopulismus in Deutschland*, in: Christoph Butterwegge/dies. (Hrsg.), *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen 2008, S. 152.

¶ Vgl. Frances Stewart, *Global Aspects and Implications of Horizontal Inequalities: Inequalities Experienced by Muslims Worldwide*, Centre for Research on Inequality, Working Paper, Nr. 60, November 2008.

europäischen Ländern ist es weniger politisch inkorrekt, sich offen abfällig über Muslime und den Islam zu äußern. So haben auch nach Untersuchungen des Pew Research Center unter Nichtmuslimen negative Äußerungen über Muslime in den vergangenen Jahren merklich zugenommen: In Spanien äußerten sich 52 Prozent, in Deutschland 50 Prozent, in Frankreich 38 Prozent, in Großbritannien 23 Prozent der Befragten negativ über Muslime.[¶] In Deutschland beispielsweise erwarteten im Jahr 2007 58 Prozent der Befragten einen kommenden Konflikt mit den Muslimen (eine Zunahme um das Doppelte seit 2004), 46 Prozent äußerten Sorge vor einem unmittelbar bevorstehenden terroristischen Akt und 42 Prozent glaubten, unter der muslimischen Bevölkerung könnten sich Terroristen verstecken.[¶]

Wie transformieren sich diese Arten der kollektiven Kränkungen zu individuellen Kränkungen, und umgekehrt: warum werden individuelle Nachteile (anderer Gruppenmitglieder) als kollektive Nachteile wahrgenommen?[¶] Es beginnt damit, dass Individuen Selbstvergewisserung nicht nur aus dem Konsum oder der Identifikation mit einer Sache ziehen können, sondern auch aus ihrem Verhalten, das mit ihrer Identitätswahrnehmung und dem Verhalten gleichgesinnter Mitglieder ihrer Gruppe korrespondiert. Dazu zählen gemeinsame Rituale, Werte, Überzeugungen und Symbole wie die gemeinsame Verrichtung des Gebets. Und nicht nur aus eigenen Handlungen bezieht der Einzelne diese Selbstvergewisserung, sondern auch aus ähnlichen Handlungsweisen von Gleichgesinnten, die zu seiner Gruppe und vor allem zu seinem Selbstbild gehören, auch dies in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Stellung dieser Gruppe.[¶] Hinzu kommen

¶ Dieselbe Umfrage zeigte auch ein zunehmendes muslimisches Identitätsbewusstsein unter den Muslimen in Europa. Vgl. *Unfavorable Views of Jews and Muslims on the Increase in Europe*, September 2008, online: <http://pewglobal.org/reports/display.php?ReportID=262> (3. 10. 2010).

¶ Vgl. ICG, *Islam and Identity in Germany*, März 2007, online: www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/181_islam_in_germany.ashx (7. 10. 2010).

¶ Vgl. Syed Mansoob Murshed/Sara Pavan, *Identity and Islamic Radicalization in Western Europe*, MI-CROCON Research Working Paper, Nr. 16, 2009.

¶ Vgl. George Akerlof/Rachel E. Kranton, *Economics and Identity*, in: *Quarterly Journal of Economics*, 3 (2000) 115, S. 715–753.

ökonomische Faktoren (wie eben Benachteiligungen der jeweiligen Gruppe), die das Selbstbild ebenso beeinflussen wie externe (beispielsweise die Außenpolitik westlicher Staaten gegenüber der muslimischen Welt).

Man könnte argumentieren, dass fehlende gesellschaftliche Anerkennung der primären Identitätskomponenten (wie religiöser oder kultureller Identität) Individuen dazu bewegt, sich derer zugunsten angesehenerer Komponenten zu „entledigen“. Solche Reaktionen wären allerdings entweder unaufrichtig oder würden eher auf strategischen Überlegungen basieren. Hinzu kommt, dass viele Individuen durch andere Gruppenmitglieder von nicht gruppenkonformen Verhaltensweisen abgehalten werden (Stichwort soziale Kontrolle). Oft zeigt sich, dass die Gemeinschaft, sobald ein Gruppenmitglied aufgrund eines „unangemessenen“ Verhaltens eines anderen Gruppenmitglieds Nachteile erleidet, dafür sogt, dass das „fehlgeleitete“ Mitglied in den „Schoß“ der Gruppe zurückfindet. Dies gilt verstärkt in armen, aber kulturell homogenen Gemeinschaften, die in hohem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind und in beengten Wohnverhältnissen in isolierten „Gettos“ mit engem verwandtschaftlichem Zusammenhalt leben. In diesen sozialen Räumen spielt die Gruppenzugehörigkeit eine besondere Rolle, da die Gruppe als Schutzraum vor wahrgenommener Diskriminierung im öffentlichen Raum gilt.

Andererseits können auch Konflikttreiber (wie Demagogen oder Hassprediger) sich dieses kooperativen Verhaltens bestimmter Gemeinschaften bedienen, um kollektives Handeln zu erreichen: Durch den Verweis auf kollektive Kränkungen werden die Gruppenidentität und das Zusammengehörigkeitsgefühl gleichgesinnter Individuen gestärkt und die Mitglieder mobilisiert. Für radikal-islamistische Aktivisten spielt die innere Motivation, gegen die wahrgenommene Ungleichheit und Diskriminierung anderer Gruppenmitglieder vorgehen zu wollen, eine wesentliche Rolle, weshalb Täter extremer Gewaltakte nicht immer ungebildet und arm sind: Es ist nicht unbedingt persönliche Armut, die zur Mitgliedschaft in einer radikalen Gruppe führt, es kann auch die (subjektiv) wahrgenommene (ökonomische und kulturelle) Benachteiligung sein, welche die Gruppe insgesamt erfährt. Aus der Warte extremistischer Gewalttäter können daher Gewalthandlungen wie ein Selbstmord-

attentat rational sein, wenn das ausführende Individuum eine Alles-oder-Nichts-Entscheidung zwischen Solidarität und individueller Selbstbestimmtheit gefällt hat.

Zusammenspiel zwischen „Angst“ und „Hass“

Auch die Existenz virulenter islamfeindlicher Botschaften erzieht nicht nur zur „Angst“, sondern erzeugt auch „Hass“ auf der Gegenseite. Denn nicht anders als benachteiligte Muslime, die von Konfliktmaklern indoktriniert und zu Aktionsgruppen zusammengefasst werden, einen tiefen Hass gegen den Westen empfinden mögen, versuchen bestimmte Politiker und politische Parteien im Westen, sich persönlichen Erfolg und Wählerstimmen dadurch zu sichern, dass sie „Angst“ schüren, indem sie Gefahren predigen, die vom Islam insgesamt und von muslimischen Migranten im Besonderen ausgehen. Mit „Angst“ ist hier das Unbehagen der Mehrheitsgesellschaften gemeint, welches sowohl Ursache als auch Folge von hetzerischen Botschaften in den öffentlichen und politischen Diskursen ist. „Hass“ meint die Verhaltensweisen und Handlungen muslimischer Migranten, die von gewaltlosen Handlungen bis hin zu Terrorismus reichen können. So führte im Jahr 2001 zum Beispiel die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) ihren Wahlkampf mit einem Plakat, das eine junge blonde Frau mit dem Kommentar zeigte: „Wenn sie in den Ruhestand geht, werden wir eine mehrheitlich muslimische Nation sein.“ Die Partei konnte die Zahl ihrer Wählerstimmen um 70 Prozent verbessern. Im August 2007 versprach der Landeshauptmann von Kärnten Jörg Haider, den Bau von Moscheen und Minaretten in seinem Bundesland verbieten zu lassen; im September 2008 kam der österreichische Rechtspopulist bei den Nationalratswahlen auf 28 Prozent der Wählerstimmen. Die Anziehungskraft antimuslimischer politischer Parteien nimmt zu.

Der Erfolg solcher Parteien hängt von mindestens zwei Faktoren ab: dem Bedürfnis von Teilen der Mehrheitsgesellschaft nach Sündenböcken und ihren persönlichen Erfahrungen mit diesen Minderheitengruppen. Vor allem Personen, deren Arbeitsplätze schutzlos den Kräften der Globalisierung oder aus anderen Gründen ökonomischen Unsicherheiten ausgeliefert sind, sind besonders an-

fällig dafür, die Suche nach der „Wahrheit“ zugunsten von hetzerischen Botschaften aufzugeben. Sobald der öffentliche Druck zunimmt, sehen sich auch staatliche und politische Akteure mit eher assimilatorischen Standpunkten zur muslimischen Einwanderung zum Handeln gezwungen. Dies geschieht oft in Form von legislativen Maßnahmen (Erschwerung des Familiennachzugs) oder in Gestalt einer integrationistischen Nationalisierungspolitik, die etwa die „kulturelle Befähigung“ von Muslimen überprüfen lässt (Loyalitätstests als Nachweis einer demokratischen Grundhaltung).

„Angst“ und „Hass“ erklären, welches das Aufkommen von islamischem Fundamentalismus in Westeuropa begünstigt. Hier wird die Verantwortung politischer Eliten deutlich, wenn es darum geht, übertriebener Ängstlichkeit vor dem Islam entgegenzutreten. Auch werden integrationspolitische Strategien, die auf „moderate Muslime“ ausgerichtet sind, kaum geeignet sein, Radikalisierung zu beschränken, geschweige denn Terrorismus zu bekämpfen, solange für die Zielgruppen nicht gleichzeitig gleiche wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Chancen gewährleistet sind. Dies wiederum bedeutet, dass die für Muslime nach wie vor geltenden horizontalen (im Sinne kultureller) und vertikalen (im Sinne sozialer) Ungleichheiten beseitigt werden müssen.

Schlussfolgerungen

Eine politisierte kollektive Identität kann das konflikträchtige Zusammenspiel von

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

**Bensberger
Gespräche**

**Die sicherheits-
politische Verantwortung
Deutschlands**

24.-26. Januar 2011
Bergisch Gladbach/Bensberg

Anmeldung:
www.bpb.de/bensberggespraeche

Bundeswehrreform
Medien
NATO
EU
Russland

APuZ

45/2010 · 8. November 2010

Gesundheit

Paul U. Unschuld

Kranke als Ressource, Gesundheit als Ware

Nils C. Bandelow · Florian Eckert · Robin Rüsenberg

Reform(un)möglichkeiten in der Gesundheitspolitik

Stefan Felder

Ökonomie des Gesundheitswesens: Genese und Optimierung

Kerstin Funk

Gesundheitspolitik in internationaler Perspektive

Uwe H. Bittlingmayer · Diana Sahrai

Gesundheitliche Ungleichheit. Plädoyer für eine ethnologische Perspektive

Thomas Lampert · Thomas Ziese · Bärbel-Maria Kurth

Gesundheitliche Trends in Ost- und Westdeutschland

Detlef Briesen

Was ist „gesunde Ernährung“?

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Asiye Öztürk
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
22. Oktober 2010

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.
Jahresabonnement 34,90 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 19,00 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Societäts-Verlag
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fsd.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

- Gero Neugebauer*
3–9 **Zur Strukturierung der politischen Realität**
Extremismus ist ein interessengeleiteter Begriff. Durch die Veränderung der Konfliktstruktur in der Folge des sozialen Wandels ist die Bedeutung der Begriffe „rechts“ und „links“ zur Strukturierung der politischen Realität eingeschränkt.
- Matthias Mletzko*
9–16 **Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen**
Es wird Leib und Leben bedrohende Gewalt rechter und linker militanter Szenen verglichen. Rechte Gewalt lässt deutlich öfter Tötungsbereitschaften erkennen. Im linken Phänomenbereich sind solche aber auch vorhanden.
- Ulrich Dovermann · Eren Güvercin*
17–20 **„Auf Fragen von Extremisten reagieren können“**
Aus Sicht der politischen Bildung ist entscheidend, welche Inhalte im Extremismus diskutiert und wie sie von der Gesellschaft rezipiert werden. Trotz Neuordnung der Extremismusprogramme bleibt Rechtsextremismus der Schwerpunkt.
- Jan Schedler*
20–26 **„Autonome Nationalisten“**
Die „Autonomen Nationalisten“ sind eine ästhetisch-stilistische und strategisch-aktionistische Neuerung im deutschen Neonazismus. Durch die Adaption linker Codes und Inszenierungsformen hat er sein Auftreten modernisiert.
- Roland Eckert*
26–33 **Kulturelle Homogenität und aggressive Intoleranz**
Im Zentrum der Gedankenwelt der Neuen Rechten steht das „Recht auf kulturelle Differenz“. Ihre Forderung nach völkischer Homogenität und die Rehabilitation der Intoleranz ignorieren das wichtigste Vermächtnis des 20. Jahrhunderts.
- Karin Priester*
33–39 **Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa**
Der Unterschied zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus liegt vor allem auf ideologischem Gebiet. Aktuelle Tendenzen spiegeln die soziale Unterschichtung, Transnationalisierung und Vernetzung wider.
- Matenia Sirsieloudi · Syed Mansoob Murshed · Sara Pavan*
39–46 **Radikalisierung von europäischen Muslimen: Zwei Ansätze**
In Europa nimmt die Sorge vor dem *home-grown terrorism* zu. Die Radikalisierung vollzieht sich nicht in einem sozioökonomischen und politischen Vakuum. Auch internationale Konflikte dienen zur Rechtfertigung des Jihad.